

Neugestaltung von Recht und Wirtschaft

Herausgegeben von E. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat a. D.

Heft 52

Rassen- und Erbpflege in der Gesetzgebung des Reiches

Von

Dr. Wilhelm Stuckart

Staatssekretär im
Reichsministerium des Innern, Berlin

Dr. Rolf Schiedermair

Oberregierungsrat im
Reichsministerium des Innern, Berlin

3. erweiterte Auflage



Leipzig 1942

Verlag W. Kohlhammer · Abteilung Schaeffer

Soeben erschien im Verlage W. Kohlhammer, Abteilung Schaeffer, Leipzig C 1
Schaeffer's Neugestaltung von Recht und Wirtschaft
 13. Heft 1. Teil, 2. Teil

Neues Staatsrecht I u. II

Von

Dr. Wilhelm Stuckart Dr. Rolf Schiedermaier
 Staatssekretär im Oberregierungsrat im
 Reichsministerium des Innern, Berlin Reichsministerium des Innern, Berlin

131 Neues Staatsrecht I. Der neue Staatsaufbau.
 16. durchgesehene und ergänzte Auflage. 173 Seiten.
 Ladenpreis kartoniert 3,30 M.

**132 Neues Staatsrecht II. Die Errichtung des Groß-
 deutschen Reiches.**
 15. durchgesehene und ergänzte Auflage. 101 Seiten.
 Ladenpreis kartoniert 2,10 M.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung: Rasse, Vererbung und Volk	5
Erster Abschnitt: Rasse und Gesetzgebung	9
Erster Teil: Grundlagen der deutschen Rassen Gesetzgebung	9
I. Die rassenpolitischen Forderungen	9
II. Das deutsche Rassenproblem	11
III. Die gesetzlichen Begriffsbestimmungen	13
Zweiter Teil: Anforderungen an die Reinheit des Blutes	19
I. Die NSDAP., ihre Gliederungen und angeschlossene Verbände	19
II. Der Ehrendienst am deutschen Volke	24
III. Die Ausübung politischer Rechte	26
IV. Die Bekleidung öffentlicher Ämter	32
V. Stände und Berufe	36
Dritter Teil: Die Verhütung der Rassenmischung	49
I. Die Eheverbote	50
II. Verbotener Geschlechtsverkehr und Beschäftigungsverbot	56
Vierter Teil: Die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft	58
I. Die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft	59
II. Die Beseitigung sonstigen wirtschaftlichen Einflusses	71
Fünfter Teil: Die gesetzliche Regelung von Sondergebieten	77
I. Polizeirechtliche Vorschriften	77
II. Das Namensrecht der Juden	80
III. Das jüdische Vereins-, Schul- und Fürsorgewesen	81
IV. Mietverhältnisse mit Juden	87
Zweiter Abschnitt: Erbpflege und Gesetzgebung	91
Erster Teil: Verhinderung der Fortpflanzung erblich Minderwertiger	91
I. Die Unfruchtbarmachung	92
II. Die Absonderung	109
Zweiter Teil: Wahrung der Ehegesundheit	112
I. Die Eheverbote	114
II. Das Eheungleichheitszeugnis	118
III. Folgen des Verstoßes gegen ein Eheverbot	122
IV. Befreiungen	124
Sachverzeichnis	125

Abkürzungen.

NDG.	= Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.
AVD.	= Ausführungsverordnung.
BGB.	= Bürgerliches Gesetzbuch.
BlutschG.	= Blutschutzgesetz (Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre) vom 15. IX. 1935.
DBG.	= Deutsches Beamtengegesetz vom 26. I. 1937.
DDO.	= Deutsche Gemeindeordnung.
DSO.	= Durchführungsverordnung.
EheG.	= Ehegesetz vom 6. VII. 1938.
EhegesG.	= Ehegesundheitsgesetz vom 18. X. 1935.
ErbfrG.	= Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. VII. 1933.
ErbpflegeVD.	= Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und des Ehegesundheitsgesetzes vom 31. VIII. 1940.
PFG.	= Personenstandsgesetz vom 3. XI. 1937.
RAVG.	= Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. VI. 1935.
RAO.	= Reichsärzteordnung vom 13. XII. 1935.
RBürgG.	= Reichsbürgergesetz vom 15. IX. 1935.
RG.	= Reichserbhofgesetz vom 29. IX. 1933.
RGD.	= Reichsgewerbeordnung.
RGStr.	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen.
RV.	= Reichsversicherungsordnung.
StGB.	= Strafgesetzbuch.
VO.	= Verordnung.
WehrG.	= Wehrgesetz vom 21. V. 1935.
ZPO.	= Zivilprozeßordnung.

Schrifttum.

- Brandis: Die Ehegesetze von 1935, 1936.
 Frieße-Lemme: Die deutsche Erbpflege, 1937.
 Günther: Rassenkunde des deutschen Volkes, 18. Aufl., 1937.
 Gütt-Linden-Raffeller: Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetz, 1936.
 Gütt-Rubin-Rüttle: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, 2. Aufl., 1936.
 Knoft: Feststellung und Nachweis der Abstammung, 1939.
 Krüger: Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft, 1940.
 Institut zum Studium der Judenfrage: Die Juden in Deutschland, 1935.
 von Leers: Blut und Rasse in der Gesetzgebung, 1936.
 Wöjener-Knoft: Die Nürnberger Gesetze, 3. Aufl., 1939.
 Weiter-Wölter-Hallbauer: Sammlung deutscher Gesundheitsgesetze, Bb. I: Erb- und Rassenpflege, 1940.
 Wistow: Erbgesundheitsrecht, 1935 mit Nachtrag 1936.
 Rüttle: Die Verteidigung der Rasse durch das Recht, 1939.
 Rüttle: Rasse, Recht und Volk, 1937.
 Schiedermaier: Die Gesetzgebung zur Judenfrage (in „Die Verwaltungs-Akademie“), 1939.
 Studart-Schiedermaier: Neues Staatsrecht, Bb. I, 16. Aufl. 1941, Bb. II, 15. Aufl. 1941.
 Studart-Globke: Kommentare zur Deutschen Rassegesetzgebung, Bb. I: Reichsbürgergesetz, Blutschutzgesetz, Ehegesundheitsgesetz, 1936.
 von Ulmenstein: Der Abstammungsnachweis, 4. Aufl., 1938.

Einleitung.

Rasse, Vererbung und Volk.

Der Nationalsozialismus stellt die Rasse in den Mittelpunkt des Volks- und Staatslebens, weil allein eine folgerichtige und zielbewusste Rassenpolitik die letzte Gewähr für eine gesicherte Zukunft des deutschen Volkes bietet.

- I. Rasse ist eine Gruppe von Menschen, die sich durch gemeinsame blutmäßig bedingte, in der gleichen Zusammensetzung anderweit nicht vorhandene körperliche, geistige und seelische Eigenschaften von anderen Menschengruppen abheben.

Rasse ist demnach kein geschichtlich-kultureller oder gar sprachwissenschaftlicher, sondern ein naturwissenschaftlicher Begriff.

1. Je weiter die Eigenschaften verschiedener Rassen übereinstimmen, desto näher sind die Rassen verwandt (artverwandte Rassen).

So weisen die in Europa heimischen Rassen, die nordische, fälische, westische, dinarische, ostische und ostbaltische Rasse, sämtlich ähnliche körperliche, geistige und seelische Eigenschaften auf.

2. Je weiter die Eigenschaften verschiedener Rassen voneinander abweichen, desto fremder sind die Rassen (artfremde Rassen).

So sind die Eigenschaften der Rassen, die außerhalb Europas beheimatet sind, sowohl von den Eigenschaften der europäischen Rassen verschieden, wie sie zum großen Teil auch untereinander stark abweichen.

- II. Die Erbmasse der Menschen ist ein Mosaik von tausenden, ja von zehntausenden körperlichen, geistigen und seelischen Anlagen, sog. Erbanlagen oder Erbeinheiten. Alle Erbanlagen eines Menschen vererben sich nach den Mendelschen Gesetzen auf seine Nachkommen.

In dem Kinde finden sich die Erbeinheiten beider Eltern wieder, und zwar so, daß sich die Erbmasse des Kindes aus den Erbanlagen des Vaters und denen der Mutter zusammensetzt. Jede einzelne dieser Erbeinheiten bewahrt ihre Eigenart im Laufe der Geschlechterfolge. Die Anlagen treten zwar nicht sämtlich gleich stark in Erscheinung; es gibt Anlagen, die vorherrschend auftreten und solche, die verdeckt werden. Auch die verdeckten Anlagen aber werden vererbt. Treffen verdeckte Anlagen gleicher Art zusammen, so können sie wieder

durchschlagen, d. h. sie können wirksam werden. Umgekehrt kann eine bei einem Vorfahren aufgetretene vorherrschende Anlage im Verlauf der Blutmischung unwirksam werden, wenn die gleiche Anlage von anderer Seite nicht mehr hinzutritt.

1. Bei einer Blutmischung zwischen Angehörigen derselben Rasse werden nur dieser Rasse eigentümliche Anlagen vererbt. Die aus dieser Blutmischung hervorgehenden Menschen sind daher körperlich, geistig und seelisch ausgeglichen; in dieser Harmonie ihres Seins liegt die Quelle ihrer Kraft und Leistung. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei einer Blutmischung von Angehörigen verwandter Rassen. Da auch hier regelmäßig nur Anlagen zusammentreffen, die verwandt sind und sich daher ergänzen, sind auch die aus dieser Blutmischung entstehenden Menschen aus ihrer inneren Harmonie heraus zur vollen Entfaltung ihrer Kraft befähigt.

2. Eine Blutmischung zwischen Angehörigen nicht verwandter Rassen führt dagegen zu einem anderen Ergebnis. Hier treffen Anlagen zusammen, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Als Folge davon treten in dem Träger dieser Anlagen innere Spannungen auf, die ihn seiner vollen Leistungsfähigkeit berauben und ihn wegen des vorliegenden inneren Bruchs für die Allgemeinheit trotz möglicher Befähigung im einzelnen wenig erwünscht erscheinen lassen.

III. Volk ist eine Gruppe von Menschen, die durch Blutsverwandtschaft, gleiches Schicksal, gemeinsamen Siedlungsraum, gleiche Sprache und Kultur miteinander verbunden und die sich dieser Verbundenheit als Schicksals- und Blutgemeinschaft auch bewußt sind.

1. Rasse und Volk sind nicht dasselbe. Ist Rasse ein naturwissenschaftlicher Begriff, so ist Volk ein geschichtlich-kultureller Begriff. Eine Einheit von Rasse und Volk hat in geschichtlicher Zeit wohl nicht mehr bestanden.

a) Heute setzt sich jedes Kulturvolk aus Angehörigen verschiedener Rassen und ihrer Mischungen untereinander zusammen. Auch das deutsche Volk bildet nicht etwa eine eigene deutsche Rasse. In ihm sind vielmehr alle europäischen Rassen vertreten, wobei die nordisch-sälsche Rasse am meisten beteiligt ist. Sie ist das gemeinsame und verbindende Grundelement unseres Volkes. Sie bestimmt den deutschen Volkscharakter und hat dem deutschen Volk seine arteigene Prägung verliehen.

b) In eine Rasse kann man nur hineingeboren werden. Die Zugehörigkeit zu einem Volke ist zwar regelmäßig, aber nicht unbedingt von der Geburt aus diesem Volke heraus abhängig. Man kann auch in ein der rassistischen Zusammen-

setzung nach verwandtes Volkstum aufgenommen werden und darin aufgehen. Niemals aber kann jemand als Angehöriger eines Volkes betrachtet werden, der einer Rasse angehört, die nicht mit den Rassen verwandt ist, aus denen sich das Volk zusammensetzt.

2. Das Volk wird vielfach — namentlich im Ausland — mit der Gesamtheit der Inhaber der gleichen Staatsangehörigkeit gleichgesetzt. Beides ist aber scharf voneinander zu trennen:

a) Für die Zugehörigkeit zu einem Volk ist nicht die Staatsangehörigkeit entscheidend, sondern das Volkstum, d. h. die auf Grund geschichtlich bedingter Schicksalsverbundenheit und blutmäßiger Verwandtschaft entstandene Gemeinschaft von Kultur und Sprache. Während Volk ein geschichtlich-kultureller Begriff ist, ist Staatsangehörigkeit ein reiner Rechtsbegriff.

b) Staatsangehöriger in einem Staate kann auch sein, wer gegenüber dem staatsführenden Volk fremdrassig ist. Dagegen kann ein solcher Rassenfremder niemals als Angehöriger des staatsführenden Volkes angesehen werden.

IV. Der Nationalsozialismus fand bei der Machtübernahme außer der schwierigen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Lage einen besonders bedrohlichen bevölkerungspolitischen Zustand des deutschen Volkes vor. Kulturelle Verfehlung, politischer Niedergang und völlige Entartungserscheinungen auf allen Lebensgebieten deuteten das immer stärker werdende rassistische und erbgesundheitliche Absinken des deutschen Volkes an.

1. Die Gründe für dieses Absinken des biologischen Niveaus des deutschen Volkes, insbesondere für seine starke Entnordung, waren mannigfaltiger Natur. In hervorragendem Maße hatten mitgewirkt:

a) Die Abtötung des natürlichen Rasseninstinktes durch liberale und marxistische Gleichheitsideen und die dadurch begünstigte Rassenkreuzung, insbesondere mit Juden.

b) Die starke Auswanderung wagemutiger und wanderlustiger nordischer Menschen nach überseeischen Ländern, der große Verlust an wehrhaft veranlagten Trägern bester deutscher Erbanlagen im Weltkriege, der zunehmende Geburtenrückgang gerade bei den rassistisch wertvollsten Bevölkerungsschichten infolge Verstäubung, Industrialisierung und wirtschaftlicher Not und die Überalterung der Bevölkerung.

2. Die drohende Gefahr forderte ein alsbaldiges Eingreifen der Gesetzgebung und zwar nach beiden Richtungen. Es galt, umgehend sowohl auf dem Gebiet der Rassenpflege wie auf dem der Erbpflege einschneidende und durchgreifende Maßnahmen durchzuführen:

- a) **Zweck Sicherung der Rassereinheit des Volkes.** Diesem Zweck dienen namentlich die Nürnberger Gesetze, die der Reichstag auf dem Parteitag der Freiheit im September 1935 angenommen hat (Reichsbürgergesetz, Blutschutzgesetz). Vgl. unten S. 14 ff., 49 ff.
- b) **Zweck Wahrung der Erbgesundheit des Volkes.** Diesem Zweck dienen namentlich das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und das Ehegesundheitsgesetz. Vgl. unten S. 91 ff., 112 ff.

Erster Abschnitt.

Rasse und Gesetzgebung.

Erster Teil.

Grundlagen der deutschen Rassengesetzgebung.

I. Die rassenpolitischen Forderungen.

Das liberalistische Zeitalter kannte keine Rassenfrage. Es war dem verhängnisvollen Irrtum von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, verfallen. Infolgedessen gab es für die damalige Staatsführung die Rassenfrage als staatspolitische Aufgabe nicht. Die Gesetzgebung der liberalistischen Zeit hat sich daher mit der Rassenfrage nicht befaßt. Der Nationalsozialismus stellt dagegen die Rassenfrage in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung.

I. Die nationalsozialistische Gesetzgebung begann alsbald, die sich aus der nationalsozialistischen Weltanschauung ergebenden rassenpolitischen Forderungen durch Aufstellung allgemein verbindlicher Normen zu verwirklichen.

1. Auf dem Gebiet der Rassenpflege im engeren Sinne erschien die Lösung zweier Probleme vordringlich:

a) Die Ausscheidung Artfremder aus dem deutschen Volkstörper.

Dieses Problem kann erst dann als endgültig gelöst gelten, wenn zwischen dem deutschen Volk und den Artfremden eine räumliche Trennung herbeigeführt ist (**Ausweisung und Auswanderung**). In dieser Richtung sind von Anfang an eine Reihe staatlicher Maßnahmen getroffen worden. Eine völlige räumliche Trennung ließ sich jedoch mit Rücksicht auf die tatsächliche politische Lage, die innerstaatsrechtlichen Verhältnisse und die bestehenden völkerrechtlichen Bindungen noch nicht durchführen. So betrug, obwohl inzwischen ein beträchtlicher Teil der Juden freiwillig ausgewandert war, nach der letzten Volkszählung (17. V. 1939) der Anteil der Juden an der Bevölkerung des damaligen Reichsgebiets noch immer 0,42 %.

Die notwendige Trennung mußte daher **zunächst** im Wege einer **rechtlichen Trennung** verwirklicht werden.

Für die Ausscheidung Artfremder aus dem deutschen Volkskörper ist das in der Weise geschehen, daß für die Erlangung wichtiger Rechte, für den Erwerb von Mitgliedschaften und für die Ausübung zahlreicher Verufe Anforderungen an die Reinheit des Blutes aufgestellt worden sind. Nur wer diese Anforderungen erfüllt, kann die Rechte und Mitgliedschaften erwerben oder den Beruf ausüben. Damit sind die Rassefremden von jedem Einfluß auf die Lebensgestaltung des deutschen Volkes ausgeschaltet.

b) **Die Verhinderung weiterer Rassenmischung.**

Die Verhinderung der Rassenmischung ist durch Aufstellung von entsprechenden mit **Estrafandrohung versehenen Verboten** sichergestellt.

2. Als **besonderes Problem** für die Gesetzgebung trat neben die Aufgaben der Rassenpflege im engeren Sinne (Ausscheidung der Artfremden, Verhinderung der Rassenmischung) die **Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben**. Außerdem mußten auch noch auf zahlreichen weiteren Gebieten Sondervorschriften für Juden erlassen werden, und zwar teils deshalb, weil es nicht gerechtfertigt erschien, bestimmte Vorschriften der nationalsozialistischen Gesetzgebung auf Juden anzuwenden, teils deshalb, weil die allgemeinpolitische Entwicklung der Judenfrage Sondervorschriften (z. B. **besondere polizeiliche Maßnahmen**) erforderlich machte.

II. Grundlage der Rassenschutzgesetzgebung ist grundsätzlich **nicht** die **Ungleichwertigkeit der Rassen**, sondern ihre **Ungleichartigkeit**. Die deutsche Rassengesetzgebung bezweckt die Art- und Bestandserhaltung des deutschen Volkes und den Schutz des deutschen Volkstums. Durch die aufgestellten allgemeinen, für Artfremde schlechthin geltenden Schutzbestimmungen soll **kein Werturteil über Angehörige anderer Rassen und Völker** gefällt werden, insbesondere sollen damit artfremde Völker, unter denen sich sehr hochstehende befinden, nicht minder gewertet werden. Die deutsche Gesetzgebung geht von der Erkenntnis aus, daß es der durch die Erschaffung verschiedener Rassen von der Vorsehung gegebenen Grundordnung und dem darauf beruhenden natürlichen und gesunden Empfinden eines jeden Volkes entspricht, sich gegen das Eindringen von Angehörigen artfremder Rassen in den eigenen Volkskörper zu wehren und die Rassenmischung der eigenen Volksgenossen mit Angehörigen artfremder Rassen zu vermeiden.

II. Das deutsche Rassenproblem.

Das Rassenproblem für das deutsche Volk sind die **Juden**, da an Angehörigen fremder Rassen in Deutschland lediglich die Juden zahlenmäßig ins Gewicht fallen. Bei allen Vorschriften rassenpolitischer Art ist dieser Tatsache Rechnung getragen worden.

Von Angehörigen sonstiger fremder Rassen, die es außer den Juden in Deutschland gibt, treten nur noch die Zigeuner in größerer Zahl auf. Aber auch sie kommen zahlenmäßig gegenüber den Juden kaum in Betracht. Deshalb konnte es in einer Reihe von Fällen als genügend angesehen werden, die gesetzlichen Vorschriften auf die Juden zu beschränken.

- I. Die Juden stellen ein **Rassengemisch** dar, das in seiner heutigen Zusammensetzung vielfach als „jüdische Rasse“ bezeichnet wird. Rassistische Abschließung durch Jahrhunderte hindurch, die zeit- und teilweise an Inzucht grenzte und in starkem Maße religiös bedingt war, hat aus **vorderasiatischen und orientalischen Rasseelementen** zusammen mit stark negroiden Einschlägen einen Menschentypus mit so ausgeprägten Merkmalen herausgebildet, daß das Judentum den Eindruck einer besonderen Rasse („sekundäre Rasse“) macht. Der nationalsozialistische Staat sieht im Judentum **keine religiöse, sondern eine blutmäßige Gemeinschaft**. Die Judenfrage ist ausschließlich eine Rassenfrage.

Die Juden sind **keine nationale Minderheit**. Eine Volksgruppenminderheit setzt voraus, daß ein Staat vorhanden ist, in dem das zugehörige Volk das Staatsvolk bildet. Die Juden haben keinen Staat mit einem jüdischen Staatsvolk. Palästina wird von Arabern und Juden in Anspruch genommen, besitzt aber darüber hinaus keine Eigenstaatlichkeit, sondern steht unter englischer Oberhoheit. Ferner gehört zu einer nationalen Minderheit irgendwo im Staatsgebiet ein geschlossener Siedlungsraum. Die Juden leben aber zerstreut im ganzen Reichsgebiet. Es fehlt ihnen also ein eigener Volks- und Kulturboden. Die Juden in Deutschland sind vielmehr **Splitter des über die ganze Welt zerstreuten**, seit fast zwei Jahrtausenden kein Volk im eigentlichen Sinne mehr bildenden Weltjudentums.

II. Die Judenfrage hat sich aus der Entwicklung im liberalistischen Zeitalter ergeben.

1. Vor der durch die **Französische Revolution** und die liberalistischen Anschauungen von der Gleichheit aller Menschen herbeigeführten „**Judenemanzipation**“ sind die Juden von allen europäischen Völkern als Fremdkörper (Parasit) empfunden und dementsprechend **als Fremde behandelt** worden. Blutmischungen zwischen Deutschen und Juden sind daher bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur in ganz vereinzelt Fällen vorgekommen.
2. Im **19. Jahrhundert** hat das emanzipierte, durch Spaltung der Wirtschaften die Weltherrschaft anstrebende Judentum den liberalistischen Zeitgeist geschickt auszunutzen verstanden, in-

dem es den auf gegensätzlicher Rasseeigenart beruhenden Unterschied zwischen Deutschtum und Judentum planmäßig und zielbewußt nach und nach vom rassistisch-völkischen Gebiet auf die religiöse Ebene verlagerte. Die Folge war, daß das natürliche Rasseempfinden der unter jüdisch-liberalem oder jüdisch-marxistischen Einfluß stehenden deutschen Menschen immer mehr abgetötet und das Judentum mehr und mehr nur als eine Religionsgemeinschaft empfunden wurde.

3. Diese Entwicklung führte dazu, daß die auch damals kaum 1 % der Bevölkerung des Deutschen Reiches ausmachenden Juden in der deutschen Wirtschaft geradezu eine Vormachtstellung erlangten. Auch auf das politische und kulturelle Leben erlangten sie einen Einfluß, der in keiner Weise in einem Verhältnis zu ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung des Deutschen Reiches stand. Die verhängnisvollste Folge war, daß das deutsche Blut durch die Mischehen, in denen es sich mit artfremdem Blut vermischte, immer mehr gefährdet wurde. Die Mischehen stiegen, weil man die Juden nur mehr als Religionsgemeinschaft ansah, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer stärker an.

III. Das rassistische Denken des Nationalsozialismus hat das Judenproblem wieder auf das zurückgeführt, was es in Wirklichkeit ist: die für alle europäischen Völker gefährlichste Rassenfrage und damit die für diese Völker letztlich entscheidende Lebensfrage.

1. Das nordische Rassegut ist, wie schon oben betont, namentlich für das deutsche Volk das beste und reinste Element der Volkwerdung. „Wo die nordische Rasse in der Geschichte erscheint, ist sie immer schöpferisch und wirkt nicht kulturvernichtend“ (Darré). Dabei ist, wie der Führer gesagt hat, der nordrassistische Mensch vielleicht nicht in seinen geistigen Eigenschaften an sich am größten, sondern im Ausmaße der Bereitschaft, alle Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Diese Gesinnung, die das Interesse des eigenen Ich zugunsten der Erhaltung der Gemeinschaft zurücktreten läßt, ist die letzte Voraussetzung für jede wahrhaft menschliche Kultur. Der Jude dagegen besitzt keine irgendwie kulturbildende Kraft, da der Idealismus, ohne den es eine wahrhafte Höherentwicklung nicht gibt, bei ihm nicht vorhanden ist und nie vorhanden war. Es handelt sich bei dieser Rasse, wie der Führer auf dem Parteitag der Arbeit betont hat, weder geistig noch moralisch um eine überlegene, sondern nach beiden Richtungen um eine durch und durch minderwertige! Die Judenvorschriften finden ihre Rechtfertigung daher nicht nur in der Andersartigkeit, sondern auch in der Anderswertigkeit des Judentums.

2. Infolge dieser tiefgehenden Rassefremdheit führte die blutmäßige Vermischung mit dem Judentum nicht nur zu einer Zerlegung des deutschen Blutes, sondern auch zu einer Zerreißung der deutschen Seele. Die Juden wurden so immer mehr für das deutsche Volk zum „Ferment der Dekomposition“ (Mommsen). Gleichzeitig mußten sie sich an, „den geistigen Besitz der Deutschen zu verwalten“. Die rassistisch bedingte Gegensätzlichkeit hätte bei fortschreitender Blutmischung zu einer völligen Zerlegung des deutschen Volkstums führen müssen. Bedingt aber die Reinheit der Rasse und ein durch sie befähigtes Volkstum die kulturelle und politische Höhe eines Staates, so war die Lösung der Judenfrage in einer den deutschen Belangen gerecht werdenden Weise ein Gebot der völkischen Selbsterhaltung und Notwehr. Der nationalsozialistische Staat duldet daher zwar zur Zeit noch Juden auf deutschem Boden, verbietet ihnen aber die weitere Vermischung mit den deutschen Volksgenossen. Unverrückbares Ziel der deutschen Judenpolitik ist und bleibt die Auswanderung aller Juden aus dem Reich.
3. Eine besonders schwierige rassenpolitische Aufgabe bildet das Problem der deutsch-jüdischen Mischlinge. Mischlinge anderer Arten sind in Deutschland so selten, daß ihr Vorhandensein besondere Maßnahmen nicht erforderlich gemacht hätte. Bedeutsam ist aber die Frage der deutsch-jüdischen Mischlinge. Diese besitzen nicht nur jüdisches, sondern auch deutsches Blut. Sie können deshalb weder die Rechtsstellung von Juden noch die von Deutschen erhalten. Entsprechend ihrer Blutzusammensetzung und je nach den Belangen der deutschen Volksgemeinschaft müssen sie vielmehr auf verschiedenen Gebieten wie Juden, auf anderen Gebieten wie Deutsche behandelt werden.

III. Die gesetzlichen Begriffsbestimmungen.

Die nationalsozialistische Rassengesetzgebung konnte nicht auf einer bestehenden gesetzlichen Grundlage weiterbauen. Es wurde vielmehr in ein Lebensgebiet gesetzgeberisch eingegriffen, das bisher jeder gesetzlichen Regelung in Deutschland entbehrte. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, in die Gesetzgebung neue Begriffe einzuführen, für deren wichtigste gesetzliche Begriffsbestimmungen geschaffen wurden. Das ist geschehen für die Begriffe: Jude, jüdischer Mischling und arische Abstammung. Daneben sind von Bedeutung: Deutschblütig, artverwandt, artfremd und deutsche Abstammung. Auch diese Begriffe werden in einem ganz be-

stimmten Sinne von der Gesetzgebung verwendet; eine gesetzliche Begriffsbestimmung ist jedoch nicht erfolgt.

Da die Kenntnis aller dieser Begriffe Voraussetzung für das Verständnis und die Handhabung aller Vorschriften rassenpolitischen Inhaltes ist, werden diese Begriffe nachstehend besonders erläutert.

A. Jude und jüdischer Mischling

Die Begriffe „Jude“ und „jüdischer Mischling“ sind durch die 1. RD. zum Reichsbürgergesetz vom 14. XI. 1935 festgelegt worden.

1. Der Ausgangspunkt der gesetzlichen Begriffsbestimmung.

Die rassische Einordnung des Einzelnen richtet sich grundsätzlich nach der Rassenzugehörigkeit seiner Großeltern. Auf eine rassenbiologische Untersuchung des Einzelnen kann daher in der Regel verzichtet werden. Rassenbiologisch sind, da jeder Mensch vier Großeltern hat, zu unterscheiden: Volljuden, Dreivierteljuden, Halbjuden und Vierteljuden. Diese Viertelung ist von der Rassegesetzgebung nicht übernommen worden. Gesetzlich wird grundsätzlich nur zwischen zwei Gruppen unterschieden: zwischen „Juden“ und „jüdischen Mischlingen“.

Da für die rassische Einordnung des Einzelnen die Rassenzugehörigkeit der Großeltern maßgebend ist, setzt die Entscheidung, ob jemand Jude oder jüdischer Mischling ist, die Feststellung der Rassenzugehörigkeit der Großeltern voraus. Dabei kommt es allein darauf an, die volljüdischen Großeltern zu ermitteln; Großeltern mit nur teilweise jüdischem Bluteinschlag bleiben grundsätzlich unberücksichtigt.

I. Zur Feststellung der Rassenzugehörigkeit der Großeltern-

dient die unwiderlegliche gesetzliche Vermutung, daß ein Großelternteil als volljüdisch gilt, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat (praesumptio iuris et de iure). § 2¹, S. 2 der 1. RD.

1. Diese Vermutung rechtfertigt sich daraus, daß früher die rassische Zugehörigkeit zum Judentum mit der Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft regelmäßig zusammenfiel, und daß die Rassenvermischung erst in den letzten Generationen um sich gegriffen hat. Ein Großelternteil eines heute Lebenden, der der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, wird daher in aller Regel auch rassisches Volljude sein.

- a) In erster Linie bedeutet die Vermutung eine Erleichterung der Beweisführung. Sie schließt eine unbegründete, schwer widerlegbare Verutung darauf, daß ein Großelternteil der jüdischen Religionsgemeinschaft zwar angehört habe, aber deutschblütig oder Mischling sei, ohne weiteres aus.
- b) Darüber hinaus hat die Vermutung, weil sie unwiderlegbar ist, die Bedeutung, daß ein zur jüdischen Religionsgemeinschaft gehöriger Großelternteil als Volljude gilt, auch wenn er tatsächlich nur Mischling oder deutschblütig ist. Soweit die Vermutung der Lebenswirklichkeit nicht gerecht wird oder zu wirklichen Härten führt, kann der Führer und Reichskanzler Befreiung erteilen. Vgl. unten S. 17f.

c) Die Vermutung hat nur Wirkung für die rassische Einordnung der Enkel, nicht auch für die der Großeltern selbst, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben. Wenn es sich um die eigene Rechtsstellung eines Großelternteils handelt, ist für seine eigene rassische Einordnung wieder auf seine Großeltern zurückzugehen.

d) Soweit die Vermutung nicht wirkt, kommt es ausschließlich auf die rassenbiologischen Tatsachen an.

2. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft beurteilt sich grundsätzlich nur nach objektiven Merkmalen. Denn wollte man daneben auch subjektive Merkmale gelten lassen oder gar ausschließlich auf die gesinnungsmäßige Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft abstellen, so müßte man in jedem Einzelfall in ein schwieriges und langwieriges Beweisverfahren eintreten. Das sollte aber durch die Einführung der Vermutung gerade vermieden werden.

Als objektive Merkmale für die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft können angesehen werden (vgl. RGStr. 70/301):

- a) Die unter den üblichen rituellen Zeremonien erfolgte Aufnahme in die jüdische Religionsgemeinschaft.
- b) Die widerspruchsfreie Eintragung in die Liste der jüdischen Synagogengemeinde.
- c) Die widerspruchsfreie Zahlung von Kultussteuern.
- d) Die Eintragung in polizeiliche Meldestellen oder Haushaltslisten als „mosaisch“.
- e) Die Annahme von Wohlfahrtsleistungen der Synagogengemeinden.

3. Wie lange der Großelternteil der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, ist gleichgültig. Auch ein Großelternteil, der nur vorübergehend der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, gilt als Volljude.

Besondere Härten, die aus dieser Wirkung der Vermutung entstehen, können auch hier wieder durch eine vom Führer und Reichskanzler zu erteilende Befreiung ausgeglichen werden. Vgl. unten S. 17f.

II. Hat ein Großelternteil niemals der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört, so besteht die tatsächliche Vermutung, daß er nicht jüdischer Rasse war (praesumptio iuris).

Diese Vermutung kann widerlegt werden. Es bedarf dann der Feststellung, daß der Großelternteil rassisches Volljude war, wenn er bei der rassischen Einordnung der Enkel mitgerechnet werden soll.

2. Die einzelnen Begriffsbestimmungen.

a) Der gesetzliche Judenbegriff. § 5 der 1. RD.

I. Jude im Sinne des Gesetzes ist ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit und sein Geschlecht:

1. Wer von vier der Rasse nach volljüdischen Großeltern teilen abstammt.
2. Wer von drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern teilen und einem anderen Großelternteil abstammt.

Den Volljuden sind also die Dreivierteljuden mit Rücksicht auf ihren überwiegenden jüdischen Blutanteil gleichgestellt.

II. Als Jude gilt ferner der deutsche Staatsangehörige, der von zwei der Rasse nach volljüdischen und zwei andern Großeltern teilen abstammt, wenn er:

1. Am 16. IX. 1935 (Tag des Erlasses des Reichsbürgergesetzes) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird.
2. Am 16. IX. 1935 mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet.
Nicht hierhin gehören die Ehen, die am 16. IX. 1935 bereits durch Tod oder Scheidung aufgelöst waren, in der Ostmark auch die dem Bande nach untrennbaren Ehen, die am 16. IX. 1935 bereits rechtskräftig von Tisch und Bett geschieden waren. 9. WD. zum RBürgG. vom 5. V. 1939.
3. Aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne von I stammt, die nach dem 17. IX. 1935 (Tag des Inkrafttretens des Blutschutzgesetzes) geschlossen ist.
4. Aus einem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne von I stammt und nach dem 31. VII. 1936 außerehelich geboren ist.

b) Der gesetzliche Mischlingsbegriff § 2¹ der 1. WD.

Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder von zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern teilen abstammt, sofern er nicht als Jude gilt (vgl. oben a II 1—4).

I. Die jüdischen Mischlinge zerfallen in zwei Gruppen:

1. Die jüdischen Mischlinge ersten Grades (Halbjuden), d. h. solche, die von zwei volljüdischen Großeltern teilen abstammen.

Zu ihnen gehören nicht die von zwei volljüdischen Großeltern teilen abstammenden Personen, die „als Juden gelten“. Diese zählen nicht zu den jüdischen Mischlingen, sondern zu den Juden. Vgl. oben a II 1—4.

2. Die jüdischen Mischlinge zweiten Grades (Vierteljuden), d. h. solche, die von einem volljüdischen Großeltern teil abstammen.

II. Diese Unterscheidung spielt bei dem für die jüdischen Mischlinge geltenden Recht, insbesondere bei den Eheverböten (vgl. unten S. 50 ff.), eine wichtige Rolle. Natürlich kommen in beiden Gruppen nur solche Mischlinge in Frage, bei denen der nicht-jüdische Bluteinschlag deutschblütig ist.

Die Bezeichnungen „Mischling ersten Grades“ und „Mischling zweiten Grades“ sind nicht im Gesetz selbst geprägt, sondern durch einen Rundschreiben des Reichsministers des Innern vom 26. XI. 1935 eingeführt.

a) Die Anwendung der Begriffe.

I. Die gesetzlichen Begriffe „Jude“ und „jüdischer Mischling“ sind ausschließlich, d. h. sie lassen keine entsprechende Anwendung auf ähnlich gelagerte Fälle zu. Daraus folgt unter anderem:

1. Hat jemand Großeltern, die zwar jüdischen Bluteinschlag haben, aber nicht Volljuden sind, so wird der jüdische Bluteinschlag nicht zusammengerechnet. Vielmehr zählen die Großeltern, die nicht volljüdisch sind, bei der Bestimmung, ob ein Enkel Jude oder jüdischer Mischling ist, nicht mit. Das Gesetz berücksichtigt also die Urgroßeltern überhaupt nicht und kennt keine Dreiachtel- oder Fünfahteljuden.
2. Die deutschblütige Ehefrau eines Juden ist deutschblütig. Das gilt auch dann, wenn sie zur jüdischen Religionsgemeinschaft übergetreten ist.

II. Die sprachliche Unterscheidung des Gesetzes zwischen Personen, die „Juden sind“ und Personen, die „als Juden gelten“, will lediglich der bestehenden rassenbiologischen Verschiedenheit der beiden Gruppen Rechnung tragen, hat aber keinerlei rechtliche Bedeutung. Die Rechtsstellung aller Personen, die unter den Judenbegriff (oben a I—II) fallen, ist vielmehr in jedem Falle die gleiche. Eine Gesetzesvorschrift, die die Bezeichnung „Jude“ verwendet, bezieht sich also stets auf alle Juden, ohne Rücksicht darauf, ob sie „Juden sind“ oder „als Juden gelten“.

3. Befreiungen.

Von den Vorschriften über die rassische Einordnung, die im Reichsbürgergesetz und den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen enthalten sind, können durch den Führer Befreiungen erteilt werden. § 7 der 1. WD.

I. Die Erteilung einer Befreiung bedeutet die rechtliche Gleichstellung eines Juden oder jüdischen Mischlings mit deutschblütigen Personen, oder die rechtliche Gleichstellung eines Juden mit einem jüdischen Mischling, und zwar auf dem Gebiet, für das die Befreiung erteilt wird.

Die Befreiung kann nur durch den Führer und Reichskanzler selbst erteilt werden. Die Gesuche sind bei der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Gesuchstellers zuständigen höheren Verwaltungsbehörde zu stellen.

II. Die Vorschrift dient dazu, etwa vorkommende Härten, die über den gesetzlichen Zweck hinausgehen, auszugleichen. Die Erteilung der Befreiung kommt daher nur in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen in Betracht:

1. Wenn schwerwiegende Gründe vom Standpunkt der Allgemeinheit aus und nicht nur im Interesse des Besuchstellers eine Abweichung von der gesetzlichen Regelung nahelegen.
2. Und wenn der Besuchsteller nach seinen persönlichen, insbesondere rassistischen, seelischen und charakterlichen Eigenschaften, seinen Verdiensten im Weltkrieg und seiner politischen Einstellung der Befreiung würdig erscheint.

B. Deutschblütigkeit.

I. Deutschblütig ist, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist.

Der Begriff „deutschblütig“ ist — ebenso wie die Bezeichnung „artverwandt“ — durch die Nürnberger Gesetze eingeführt worden, aber gesetzlich nicht näher umschrieben. An Hand der Rassenforschung ergeben sich folgende Richtlinien:

1. **Deutsches Blut** (deutscher Volkszugehöriger) ist, wer zum deutschen Volkstum gehört, das sich aus der nordischen, fälischen, westischen, dinarischen, ostischen und ostbaltischen Rasse und den Mischungen dieser Rassen zusammensetzt.

Zum deutschen Volkstum gehören auch die Deutschen, die außerhalb des Reiches wohnen. Der Besitz einer fremden Staatsangehörigkeit ändert an der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum nichts. Die deutschen Volkszugehörigen fremder Staatsangehörigkeit werden als „Volksdeutsche“ bezeichnet. Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 29. III. 1939.

2. Zu den Trägern artverwandten Blutes gehören die Angehörigen derjenigen Völker, die im wesentlichen von denselben Rassen abstammen wie das deutsche Volk, mag auch der Blutsanteil an den einzelnen dieser Rassen ein anderer sein als bei dem deutschen Volk. Hierunter fallen u. a.:

- a) Die von altersher geschlossen in Europa siedelnden Völker. Das sind nicht nur die nordischen Völker einschließlich der Engländer, sondern auch die Franzosen, Italiener usw.
- b) Die Abkömmlinge dieser Völker, die sich außerhalb Europas angesiedelt haben, falls sie sich artrein erhalten haben, z. B. die Nordamerikaner.

3. Zu den Trägern artfremden Blutes gehören die Angehörigen derjenigen Völker, die von Rassen oder Rassenmischungen abstammen, die mit den im deutschen Volk vertretenen Rassen nicht verwandt sind.

In Europa haben artfremdes Blut im wesentlichen nur die Juden und die Zigeuner.

4. Ob eine Person artverwandt oder artfremd ist, läßt sich nicht ohne weiteres nach ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten europäischen oder außereuropäischen Staat beurteilen, sondern kann immer nur aus ihren persönlichen rassebiologischen Merkmalen entnommen werden.

II. Gleichbedeutend mit der Deutschblütigkeit ist das in einzelnen Gesetzen aufgestellte Erfordernis der deutschen Abstammung.

Ein sachlicher Unterschied wird also durch diese Abweichung in der Bezeichnung nicht begründet.

Gleichbedeutend mit „artfremd“ ist der Begriff „fremdblütig“.

III. Der Begriff „arische Abstammung“ wird in der Gesetzgebung nicht mehr verwendet. Er ist ersetzt durch den Begriff „deutschblütig“.

1. Der Begriff „arische Abstammung“ ist der Sprachforschung entnommen und erstmalig durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in die Gesetzgebung des Reichs eingeführt worden. Später wurde er dann in das Reichsbeamtengesetz vom 30. VI. 1933, das heute nicht mehr gilt, und auch in andere gesetzliche Bestimmungen übernommen.

a) Als nichtarisch gilt nach den genannten Gesetzen, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt (§ 1a der Richtlinien zu dem Gesetz vom 30. VI. 1933). Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil nichtarisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder Großelternteil der jüdischen Religion angehört hat.

b) Im Gegensatz zu den Begriffsbestimmungen der Nürnberger Gesetze ist der Begriff der arischen Abstammung nicht ausschließlich auf die Rassenzugehörigkeit der Großeltern abgestellt. Auch begründet die Zugehörigkeit der Eltern oder Großeltern zur jüdischen Religionsgemeinschaft keine unwiderlegbare Vermutung für die Rassenzugehörigkeit.

2. Der Begriff der arischen Abstammung hat seit dem Erlass der Nürnberger Gesetze nur noch beschränkte Bedeutung. Er spielt nur noch in denjenigen rassenrechtlichen Vorschriften eine Rolle, die vor den Nürnberger Gesetzen erlassen und diesen noch nicht angepaßt sind.

Zweiter Teil.

Anforderungen an die Reinheit des Blutes.

I. Die NSDAP., ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

In den Punkten 4 und 6 des Programms der NSDAP. vom 24. II. 1920 ist der Rassengedanke verankert. Dort sind die staatspolitischen Forderungen, die sich aus ihm ergeben, niedergelegt. Es war daher von Anfang an eine Selbstverständlichkeit, daß niemand Mitglied der NSDAP. und damit Vorkämpfer für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung werden konnte, der nicht selbst den Anforderungen an die Reinheit des Blutes entsprach,

die nach dem Parteiprogramm Voraussetzung werden sollten, um im Großdeutschen Reich ein öffentliches Amt bekleiden oder über Führung und Geseze bestimmen zu können.

Wie für den Erwerb der Mitgliedschaft in der Partei selbst, gelten auch für den Erwerb der Mitgliedschaft in den Gliederungen der Partei und in den ihr angeschlossenen Verbänden Anforderungen an die Reinheit des Blutes der Bewerber. Die Gliederungen und angeschlossenen Verbände sind in der B.D. des Führers vom 29. III. 1935 (5. XII. 1935) aufgezählt.

A. Die NSDAP.

Die NSDAP. ist die Hüterin des nationalsozialistischen Gedankenguts und berufen, die weltanschauliche Gestalterin und politische Lenkerin des deutschen Schicksals zu sein. Nach dem Worte des Führers sollen alle Deutschen Nationalsozialisten und die besten Nationalsozialisten Parteigenossen sein. Die NSDAP. stellt daher an die Blutreinheit ihrer Mitglieder die allerstrengsten Anforderungen:

I. Zu den Bedingungen für den Erwerb der Mitgliedschaft gehört nach § 3 der Satzung die **reinarische Abstammung des Bewerbers und seines Ehegatten**. Als reinarischer Abkunft gilt der, dem Vorfahren farbigen oder jüdischen Blutes nicht nachzuweisen sind. Der Nachweis kann ohne Beschränkung auf eine bestimmte Ahnenreihe oder auf ein bestimmtes Jahr geführt werden. Diese grundsätzliche Regelung bedurfte zur praktischen Handhabung der näheren Ausgestaltung. Das ist geschehen durch folgende Anordnungen:

1. Die Prüfung wird bis zu den Ahnenreihen durchgeführt, die am 1. I. 1800 gelebt haben. Noch weiter zurückzugehen, ist im allgemeinen nicht notwendig, weil das Eindringen jüdischen Blutes vor der Judenemanzipation so gut wie ausgeschlossen und ein Eindringen farbigen Blutes ohnehin verhältnismäßig selten ist. Die Bestimmung dient aber der **Erleichterung des Beweises**. Wird dennoch einem Bewerber ein Vorfahre mit artfremdem Bluteinschlag aus einer früheren Zeit, z. B. aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts nachgewiesen, so gilt er nicht als arisch im Sinne der Satzung und kann die Mitgliedschaft nicht erwerben.
2. Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, die Feststellung artfremden Bluteinschlages in seiner Ahnenreihe sofort der vorgesetzten Dienststelle zu melden.

II. Durch Vorlegung einer von dem Kreisleiter oder dem übergeordneten Hoheitsträger ausgestellten Bescheinigung, daß für ein Mitglied der NSDAP. oder ihrer Gliederungen oder für

dessen Ehefrau die deutschblütige Abstammung nachgewiesen ist, gilt dieser Nachweis auch gegenüber Behörden und gegenüber Dienststellen der Wehrmacht als erbracht, § 1 der B.D. vom 1. VIII. 1940.

Ob der Nachweis als bis zu den Großeltern oder auch darüber hinaus erbracht gilt, richtet sich nach dem Inhalt der Bescheinigung.

B. Die Gliederungen.

Für den Erwerb der Mitgliedschaft in einer der Gliederungen der NSDAP. — der die Mitgliedschaft in der Partei nicht voraussetzt — gelten ganz allgemein dieselben Anforderungen an die Reinheit des Blutes wie für die Mitgliedschaft in der Partei selbst. Alle Bewerber müssen völlig frei von irgendwelchem artfremden Bluteinschlag sein.

Zur Durchführung dieses Grundsatzes sind von den einzelnen Gliederungen z. T. besondere Anordnungen getroffen worden. Die Anordnungen tragen der Tatsache Rechnung, daß die Kirchenbuch- und Standesämter bis auf weiteres mit der Ausstellung von Urkunden noch so überlastet sind, daß es noch nicht möglich ist, von allen Mitgliedern oder Bewerbern einen urkundlichen Abstammungsnachweis zu verlangen, der bis vor die Zeit der Judenemanzipation zurückreicht. Bei Renaufnahmen genügt deshalb grundsätzlich die Abgabe einer besonderen Erklärung des Bewerbers, daß ihm keine Tatsachen bekannt sind, die auf einen fremden Bluteinschlag bei ihm (und seinem Ehegatten) hindeuten.

I. SA.

1. SA-Führer bis zum Standartenführer und bis zum Führer einer Standarte (diesen einschließlich) abwärts, ferner diejenigen SA-Führer und -Männer, die hauptamtlich im Stabe der Obersten SA-Führung oder in den Gruppen- oder Brigadestäben beschäftigt sind, müssen den Abstammungsnachweis urkundlich bis zu den Urgroßeltern führen.
2. SA-Führer und -Männer, die nicht Mitglieder der NSDAP. sind, müssen den Abstammungsnachweis bis zu den Großeltern führen.

II. SS.

1. SS-Führer müssen den Abstammungsnachweis urkundlich erbringen; bis zum Untersturmführer einschließlich sollen sich die Angaben möglichst bis 1750 erstrecken. Vom Untersturmführer abwärts bis zum Scharführer genügen die Angaben bis 1800.
2. Ohne Rücksicht auf den Dienstgrad muß jeder SS-Angehörige den Abstammungsnachweis erbringen, wenn er sich verloben oder verheiraten will. Der Nachweis ist im Rahmen eines Verlobungs- und Ehegenehmigungsverfahrens zu erbringen. Dem Antrag sind Ahnentafeln beizugeben, in denen die Vorfahren des SS-Angehörigen selbst und die seiner Braut

bis zu den Ahnen enthalten sein müssen, die spätestens am 1. I. 1800 geboren wurden.

Eine erbbiologische Untersuchung durch das Rassenamt des Rasse- und Siedlungshauptamtes \S ist vorgesehen:

- a) Wenn der Abstammungsnachweis unvollständig ist und Zweifel an der deutschblütigen Abstammung aufkommen läßt.
- b) Wenn zwar der urkundliche Abstammungsnachweis einwandfrei ist, das Erscheinungsbild aber starken Verdacht auf fremdblütigen Einschlag erweckt.

III. NSAA.

1. Die Angehörigen der Stäbe der Korpsführung, der Kraftfahrinspektionen, der Motorgruppen und Motorbrigaden bis zum Obertruppführer einschließlich, ferner sämtliche Dienstgrade bis zum Sturmführer abwärts müssen den Abstammungsnachweis bis zu den Ahnenreihen zurück führen, die am 1. I. 1800 gelebt haben.
2. Von den übrigen Angehörigen des NSAA. werden die Nachweise nur in Zweifelsfällen gefordert.

IV. HJ.

1. Alle Führer vom Bannführer aufwärts, ferner die Mitglieder der Reichsjugendführung und der Gebietsführungen müssen den Abstammungsnachweis bis zu den Vorfahren führen, die am 1. I. 1800 gelebt haben. Derselbe Nachweis ist zu erbringen von jedem Führer, der zum Gefolgschaftsführer befördert werden soll.

Diese Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Führer des Deutschen Jungvolks, ebenso für die Führerinnen des Bundes Deutscher Mädel und der Jungmädel.

2. Ohne Rücksicht auf den Dienstgrad müssen alle HJ-Führer den Abstammungsnachweis führen, wenn sie sich verloben oder verheiraten wollen.

Der Nachweis ist ähnlich wie bei der \S Voraussetzung für die Erteilung der Verlobungs- und Heiratsgenehmigung, die für HJ-Führer durch Verfügung des Reichsjugendführers vom 25. XI. 1938 eingeführt wurde. Der Nachweis, der sich auf die Braut erstrecken muß, ist bis zu den Vorfahren zu erbringen, die am 1. I. 1800 gelebt haben, im allgemeinen bis zu den Urgroßeltern.

3. Im übrigen gilt für die Zugehörigkeit zur Hitlerjugend folgendes:

- a) In die Stamm-Hitlerjugend, die allein Gliederung der Partei ist, können nur Jugendliche aufgenommen werden, die ihrer Abstammung nach die Voraussetzungen für die Aufnahme in die NSDAP. (vgl. oben A) erfüllen. \S 2³ der 1. W.D. zum Gesetz über die Hitlerjugend vom 25. III. 1939.
- b) Der allgemeinen HJ gehören, da die HJ nach dem Gesetz vom 1. XII. 1936 einen Erziehungsauftrag er-

halten hat, der sich auf die Erziehung der gesamten Jugend erstreckt, grundsätzlich alle Jugendlichen an.

Die Anforderungen an die Reinheit des Blutes sind dieselben, wie sie auch für den Erwerb des veräußerten Reichsbürgerrechts gelten (vgl. unten \S 29f.). Daher können auch Mischlinge der allgemeinen HJ angehören. Juden sind dagegen von der Zugehörigkeit ausdrücklich ausgeschlossen. \S 7 der 2. W.D. zum Gesetz über die Hitlerjugend vom 25. III. 1939.

V. NS.-Dozentenbund.

Besondere Anordnungen sind hier nicht erlassen worden. Es gilt daher grundsätzlich dieselbe Regelung wie für die Partei selbst. Da die Dozenten alle den Anforderungen an die Reinheit des Blutes nach dem Beamtengesetz genügen müssen, steht die deutschblütige Abstammung der Mitglieder bis zu den Großeltern einschließlich bereits fest. Amtswalter müssen wie bei der Partei den Nachweis bis zum Jahre 1800 führen.

VI. NS.-Studentenbund.

Auch für diese Gliederung sind keine besonderen Anordnungen getroffen worden. Bei Neuaufnahmen genügt es, wenn der Bewerber seine deutschblütige Abstammung besonders versichert. Amtswalter müssen den urkundlichen Nachweis bis 1800 führen.

VII. NS.-Frauenschat.

Hier gilt das zu VI Gesagte entsprechend.

C. Die angeschlossenen Verbände.

I. NS.-Arztbund.

Für den Erwerb der Mitgliedschaft gelten nach einer Anordnung des Leiters des Bundes die gleichen Anforderungen wie für die NSDAP. Das erklärt sich daraus, daß der Bund im Gegensatz zur Reichsärztekammer nicht den Zusammenschluß aller Ärzte, sondern nur eine Auslese aus der Gesamtheit der deutschen Ärzte darstellt.

II. NS.-Rechtswahrerbund.

Mitglied kann nach \S 4 Biff. 1 der Satzung nur werden, wer den Nachweis erbringt, daß er deutschen oder artverwandten Blutes ist oder weniger als ein Viertel nichtdeutschen oder nicht artverwandten, insbesondere jüdischen Blutes hat. Juden und jüdische Mischlinge sind also von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Eine Ausnahme gilt lediglich in denjenigen wenigen Fällen, in denen jüdische Mischlinge als Beamte jetzt noch im Dienst sind; sie können die Mitgliedschaft des NSRB. erwerben. Über die Blutsreinheit der Ehegatten der Mitglieder enthält die Satzung keine Bestimmung.

III. NS.-Lehrerbund.

Die für den NS.-Lehrerbund geltende Regelung ist durch die Erwägung bedingt, daß der Bund die allumfassende Landesorganisation der deutschen Lehrer sein soll. Mitglied kann daher nach \S 4 der Satzung jeder deutsche Erzieher und jede deutsche Erzieherin werden, die auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Abstammung auch heute noch im Dienst

sein könnten. Das bedeutet, daß der **urkundliche Nachweis der deutschblütigen Abstammung** grundsätzlich bis zu den Großeltern einschließlich erbracht sein muß, daß aber auch diejenigen jüdischen Mischlinge und jüdisch Versippte die Mitgliedschaft erwerben können, die auf Grund der beamtenrechtlichen Bestimmungen im Dienst geblieben sind oder hätten bleiben können. Sie können jedoch keine Ämter bekleiden.

IV. NS.-Volkswohlfahrt.

Die Mitglieder müssen hinsichtlich ihrer Abstammung die blutmäßigen Voraussetzungen für den Erwerb des vorläufigen Reichsbürgerrechts erfüllen (vgl. unten S. 29f.). Juden und jüdisch Versippte sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Jüdische Mischlinge und mit einem jüdischen Mischling Verheiratete können die Mitgliedschaft erwerben, dürfen aber kein Amt innerhalb der NSV. bekleiden.

V. NS.-Kriegsopferversorgung.

Die Anforderungen an die Blutsreinheit der Mitglieder sind ebenfalls auf die Bestimmungen abgestellt, die für den Besitz des vorläufigen Reichsbürgerrechts gelten. Juden sind daher von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, jüdischen Mischlingen steht der Beitritt offen.

VI. Reichsbund deutscher Beamter.

Für die Regelung der Aufnahmebestimmungen sind ähnliche Erwägungen maßgebend wie beim NS.-Lehrerbund, weil der Reichsbund ebenfalls eine Standesorganisation ist. Mitglied kann daher jeder Beamte werden. Hinsichtlich der Anforderungen an die Reinheit des Blutes gilt das zu III Gesagte. Die Regelung ist also ebenso wie dort auf die Vorschriften des Beamtenrechts abgestellt (§ 3 der Satzung). Im Rahmen dieser Vorschriften können auch jüdische Mischlinge und jüdisch Versippte die Mitgliedschaft erwerben. Sie können jedoch keine Ämter bekleiden.

VII. NS.-Bund deutscher Technik.

Der Bund soll ebenso wie der NS.-Arztbund eine Auslese der Berufsausgehörigen darstellen. Die Aufnahme ist nach einer Anordnung des Leiters des Bundes von der Mitgliedschaft in der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen abhängig. Es müssen daher die dort maßgebenden Anforderungen an die Reinheit des Blutes erfüllt sein.

VIII. DAF.

Die Mitgliedschaft zur DAF. kann erworben werden, wenn die blutmäßigen Voraussetzungen für den Besitz des vorläufigen Reichsbürgerrechts erfüllt sind (Anordnung des Leiters der DAF. vom 11. I. 1936). Juden sind also von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Jüdische Mischlinge und jüdisch Versippte können die Mitgliedschaft erwerben, sie sind jedoch für die Mitarbeit als DAF.-Walter nicht heranzuziehen. Die Bewerber haben bei der Aufnahme eine Erklärung über ihre Abstammung abzugeben.

II. Der Ehrendienst am deutschen Volke.

I. Wehrdienst.

Nach nationalsozialistischer Anschauung besteht die Aufgabe der Wehrmacht darin, das Deutsche Reich und Vaterland, das im Nationalsozialismus geeinte Volk und seinen Lebensraum zu schützen. Als Waffenträger des deutschen Volkes ist die Wehr-

macht zugleich die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes. Damit hat der Nationalsozialismus dem Wehrdienst einen neuen völkischen Inhalt gegeben. **Der Dienst in der Wehrmacht ist Ehrendienst** (§ 1 WehrG.). Aus dieser Auffassung mußte die Folgerung gezogen werden, daß grundsätzlich nur derjenige, der rassenmäßig dem deutschen Volke angehört, an diesem Ehrendienst teilnehmen kann. Die Stellung der Juden und jüdischen Mischlinge bedurfte daher der Regelung. Sie wurde durch § 15 WehrG. (in der Fassung vom 26. VI. 1936) getroffen.

1. **Juden können aktiven Wehrdienst nicht leisten.** Sie werden im Frieden zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht nicht herangezogen. Vgl. § 19^a der WD. über Musterung und Aushebung vom 7. III. 1939.

a) **Juden, die der alten oder neuen Wehrmacht, der Österreichisch-Ungarischen Wehrmacht oder dem Österreichischen Bundesheer angehört und das Recht zum Tragen einer Uniform erhalten haben, ist dieses Recht entzogen worden.** Erlaß vom 16. XI. 1938.

b) **Die Dienstleistung der Juden im Krieg ist einer besonderen Regelung vorbehalten.** Gesetzliche Vorschriften hierzu sind noch nicht erlassen worden.

Eine Sonderregelung gilt für den Luftschutz: Auf den Gebieten des Werkschutzes, des Selbstschutzes und des erweiterten Selbstschutzes können Juden zur Luftschutzdienstpflicht herangezogen werden, wenn es zum Schutz ihrer Person oder ihres Eigentums notwendig ist. Zu Hausübungen im Luftschutz sind, wenn ein Haus nur zum kleineren Teile von Juden bewohnt wird, die jüdischen Hausbewohner nicht heranzuziehen. Besteht dagegen der überwiegende Teil der Hausbewohner aus Juden, so sind nur die Juden heranzuziehen. Luftschutzwart kann ein Jude nicht werden. Erlaß vom 17. X. 1938.

2. **Jüdische Mischlinge leisten aktiven Wehrdienst.** Sie können jedoch **nicht Vorgesetzte** in der Wehrmacht werden.

Innerhalb der Mannschafsdienstgrade ist die Ernennung und Beförderung der jüdischen Mischlinge statthaft. Ihnen darf jedoch eine dauernde Befehlsbefugnis sowie eine Befehlsbefugnis als Nachhabender nicht übertragen werden, d. h. sie dürfen weder Korporalschaftsführer noch Stubenälteste noch Rekrutengefreite sein.

II. Reichsarbeitsdienst.

Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. Dem Arbeitsdienst kommt damit eine der bedeutungsvollsten Aufgaben im Rahmen des Neubaus des Reiches zu; er ist ebenso wie der Wehrdienst **Ehrendienst am deutschen Volke** (§ 1 RADG.). Die Stellung der Juden und jüdischen Mischlinge ist daher durch § 7 RADG. (in der Fassung

vom 19. III. 1937) in der gleichen Weise wie beim Wehrdienst geregelt.

1. Juden werden zum Reichsarbeitsdienst nicht zugelassen.
2. Jüdische Mischlinge haben die Arbeitsdienstpflicht zu erfüllen. Sie können jedoch nicht Borgefetzte werden.

III. Abstammungsnachweis beim Wehr- und Reichsarbeitsdienst.

1. Jeder Dienstpflichtige hat bei der persönlichen Anmeldung zur Erfassung die Erklärung abzugeben, daß ihm nach sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt geworden sind, die die Annahme rechtfertigen, daß er Jude ist. Wird diese Erklärung abgegeben, so wird angenommen, daß der Dienstpflichtige nicht Jude ist.

Wird die Erklärung nicht abgegeben oder werden Tatsachen bekannt, die für eine andere als die von dem Dienstpflichtigen behauptete Abstammung sprechen, so hat der Dienstpflichtige unverzüglich den urkundlichen Abstammungsnachweis zu führen.

2. Mitglieder der NSDAP, oder ihrer Gliederungen und Beamte können statt Abgabe der Erklärung eine Bescheinigung des zuständigen Kreisleiters bzw. ihrer Dienststelle über den Nachweis ihrer deutschblütigen Abstammung vorlegen. Vgl. oben S. 20 und unten S. 34.

III. Die Ausübung politischer Rechte.

A. Die nationalsozialistische Forderung.

- I. Die liberale Staatsauffassung des vergangenen Jahrhunderts sah im Staat in erster Linie eine Erscheinung des Rechts und der Organisation. Sie erfaßte den Staat als eine gleichsam über dem Volke schwebende juristische Staatspersönlichkeit. Das Staatsvolk galt zwar als eines der Elemente des Staates, es wurde jedoch nicht als Subjekt des Staates angesehen, sondern als Objekt eines organisierten Staatsapparates.

Dabei wurde dem Volk als solchem kein Eigenwert zugesprochen. Es wurde lediglich als die Summe derjenigen Einzelmenschen angesehen, die der Staatsgewalt unterstanden. Auf die rassistische Zugehörigkeit des Einzelnen zum Volke kam es nicht an. Das Bestehen eines zweiseitigen rechtlichen Verhältnisses zwischen dem Einzelnen auf der einen Seite und dem Staate auf der anderen Seite wurde als die Grundlage und die Quelle der Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers angesehen.

- II. Die Staatsauffassung oder richtiger Volksidee des Nationalsozialismus tritt der abstrahierenden, blutlosen Auffassung des Liberalismus gegenüber. Nach nationalsozialistischer Auffassung ist das Volk das Seiende und Bleibende. Seine Art- und Bestandserhaltung ist das Ziel und der Maßstab allen Handelns. Alle organisatorischen Erscheinungen wie Staat, Partei, Berufsstand usw. haben dem Volk zu dienen. Die nationalsozialistische Staats- oder Volksidee ist die Idee von der völkisch politisch geformten und rechtlich geordneten Volksgemeinschaft.

1. Der Staat ist die völkische, politische und rechtliche Organisation des lebenden Organismus Volk. Das Verhältnis von Volk und Staat begreifen wir als das von Inhalt und Form, von Zweck und Mittel. Der Staat ist das Mittel der Volkssicherung. Das Volk braucht seine wesensgemäße organisatorische Gestaltung und der organisatorische Rahmen seinen Inhalt, wenn nicht das Volk gestaltlose Masse und der Staat starre, tote Form sein sollen. Der Zweck des Staates „liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichgearteter Lebewesen. Diese Erhaltung selber umfaßt endlich den rassenmäßigen Bestand und gestattet dadurch die freie Entwicklung aller in dieser Masse schlummernden Kräfte“. (Hitler: Mein Kampf S. 433.)

Der Nationalsozialismus legt seiner Staatsauffassung die harten, aber notwendigen Erkenntnisse von der naturgesetzlichen Ungleichheit und Verschiedenartigkeit der Menschen zugrunde. Nicht einzelne, unabhängige und für sich selbst bestehende und unter sich gleiche Menschen, sondern Rassen, Völker und Nationen sind die gottgewollten Gegebenheiten dieser Welt.

2. Aus dieser Auffassung von Volk und Staat bestimmt sich auch das Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit. Grundsätzlich wird der Einzelne in sein Volk als Glied in der Kette vergangener und kommender Geschlechter und als kleinste Einheit des Volksganzen hineingeboren. Die Zugehörigkeit zum Volke kann nicht verliehen werden, sondern sie beruht auf der Schicksalsgemeinschaft und der blutmäßigen Verbundenheit mit den anderen Volksgenossen.

- III. Die folgerichtige Weiterführung der nationalsozialistischen Staatsauffassung führt dazu, die blutmäßige Zugehörigkeit des Einzelnen zum Volke mit der Ausübung der politischen Rechte und Pflichten in Verbindung zu bringen. Was deutsch ist und was dem deutschen Volke nützt oder schadet, kann nur der das gleiche Schicksal teilende Blutsverwandte empfinden, wissen und daher auch bestimmen. Der Nationalsozialismus hat daher den Satz aufgestellt: Im völkischen Staat muß die Ausübung der Staatsbürgerrechte von der Volkzugehörigkeit abhängig sein. Dieser Satz, der eine vollkommene Abkehr von der Geisteshaltung und der Staatsauffassung des liberalen Zeitalters bedeutet, ist eine Fundamentalforderung des Nationalsozialismus geworden. Der Führer selbst hat sie in seinem Buch eingehend begründet. („Mein Kampf“ 2. Band, 3. Kapitel.)

B. Das Reichsbürgerrecht.

Das Reichsbürgergesetz vom 15. IX. 1935, das durch die erste BD. vom 14. XI. 1935 näher ausgestaltet worden ist, hat die nationalsozialistische Forderung dadurch verwirklicht, daß es das Reichs-

bürgerrecht geschaffen hat. Das Gesetz unterscheidet zwischen Reichsbürgern und Staatsangehörigen.

I. **Reichsbürger können nur Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes sein** (§ 2^a RBürgG.) Dadurch unterscheidet sich das Reichsbürgerrecht scharf von der Staatsangehörigkeit.

1. **Deutscher Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört.** § 1 RBürgG.

Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit beurteilen sich noch nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. VII. 1913, das allerdings in den letzten Jahren eine Reihe grundlegender Änderungen erfahren hat und voraussichtlich in absehbarer Zeit durch eine Neuregelung ersetzt werden wird. Das Gesetz ist auch in den subetendeutschen Gebieten in Kraft gesetzt worden; für die Ostmark gilt die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 3. VII. 1938 und für die eingegliederten Ostgebiete die Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit vom 4. III. 1941. Vgl. Näheres Heft 13^a.

a) **Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ist nach dem zur Zeit geltenden Rechtszustand an keine blutmäßigen Voraussetzungen gebunden.** Sie kann deshalb auch von Fremdblütigen noch besessen werden. Das bedeutet aber nicht, daß auch allen fremdblütigen Ausländern der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung noch offensteht. Vielmehr kann nach den hierüber erlassenen Richtlinien nur eingebürgert werden, wer als wertvoller Zuwachs der deutschen Bevölkerung anzusehen ist.

Unerwünschte Einbürgerungen aus der Zeit der Weimarer Republik konnten auf Grund eines Reichsgesetzes vom 14. VII. 1933 widerrufen werden. Dieses Gesetz stellte im wesentlichen eine Maßnahme der Rassenpflege dar. Es diente in erster Linie dazu, die in der Zeit der Weimarer Republik eingebürgerten Ostjuden wieder aus dem deutschen Volkskörper zu entfernen. Nach Erreichung dieses Zweckes ist das Gesetz am 31. XII. 1935 wieder außer Kraft getreten. Vgl. Näheres Heft 13^a S. 27.

b) **Staatsrechtlich bedeutet die Staatsangehörigkeit die Eingliederung in die Schutzverbandsgenossenschaft des Deutschen Reiches.** Aus dieser Gliedchaftstellung erwachsen die öffentlichen Rechte und Pflichten des Staatsangehörigen. Insbesondere steht der deutsche Staatsangehörige unter dem Schutze des Reiches und ist andererseits verpflichtet, die öffentlichen Lasten mitzutragen. **Politische Rechte erwachsen aus der Staatsangehörigkeit nicht.**

c) **In völkerrechtlicher Hinsicht ist die Staatsangehörigkeit das Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Ausländer, d. h. gegenüber demjenigen, der eine fremde Staatsangehörigkeit besitzt oder staatenlos ist.**

2. **Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist,**

daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen. § 2^a RBürgG.

a) **Das Reichsbürgerrecht ist also — im Gegensatz zur Staatsangehörigkeit — an die blutmäßige Zugehörigkeit zum deutschen Volk gebunden.** Es wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben. § 2^a RBürgG., vgl. Näheres Heft 13^a S. 112f.

Die gesetzliche Regelung der Erteilung des Reichsbürgerbriefes und des Verlustes des Reichsbürgerrechts steht noch bevor. Aus dem Gebiete der Rassenpflege werden als Gründe für die Aberkennung des Reichsbürgerrechts namentlich die spätere Feststellung der Fremdrassigkeit und die Verurteilung wegen Rassenschande in Frage kommen.

b) **Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze** (§ 2^a RBürgG.). Nur der Reichsbürger kann das politische Stimmrecht ausüben und Träger eines öffentlichen Amtes sein. Vgl. unten S. 32 ff.

II. **Die Schaffung des Reichsbürgerrechts bedeutet die Lösung der Rassenfrage im politischen Bereich:** Nur der Träger deutschen oder artverwandten Blutes hat die Amtsfähigkeit und das Recht, im öffentlichen Leben mitzubestimmen. Er wird dadurch aus den übrigen Staatsangehörigen herausgehoben. Gleichzeitig übernimmt er erhöhte Pflichten gegenüber Volk und Reich.

1. **Ausfremde können das Reichsbürgerrecht nicht erwerben.** Das bedeutet insbesondere:

a) **Juden sind vom Erwerb des Reichsbürgerrechts ausgeschlossen.**

b) **Juden können in Deutschland keine politischen Rechte ausüben und kein öffentliches Amt bekleiden.** Sie sind damit von dem Mitbestimmungsrecht in den entscheidenden Fragen des deutschen Volkes ausgeschlossen.

2. **Angehörige artverwandter Volkstümer sind zum Reichsbürgerrecht zugelassen.** Das hat praktische Bedeutung insbesondere für die in Deutschland lebenden Minderheiten, wie z. B. Dänen. Diese können deutsche Reichsbürger werden, sofern sie die übrigen Voraussetzungen (deutsche Staatsangehörigkeit, Würdigkeit) erfüllen.

III. **Eine Übergangsregelung stellt das durch die 1. B.D. zum RBürgG. geschaffene „vorläufige Reichsbürgerrecht“ dar.**

Sie erklärt sich daraus, daß nähere gesetzliche Vorschriften über den Reichsbürgerbrief noch nicht vorliegen und daß für die Zeit bis zum Erlaß dieser Vorschriften, um die Ausübung der politischen Rechte zu ermöglichen, eine Zwischenlösung getroffen werden mußte. Vgl. Näheres Heft 13^a S. 115f.

1. **Bis zum Erlaß weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten kraft Gesetzes vorläufig als Reichsbürger**

(wegen der Entziehung dieser Rechtsstellung bei staatsfeindlichem oder unwürdigen Verhalten vgl. Heft 13¹ S. 116):

- a) **Die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes** beiderlei Geschlechts, die am 30. IX. 1935 (Tag des Inkrafttretens des Reichsbürgergesetzes) das **Reichstagswahlrecht** besessen haben. § 1¹ der 1. B.D.

Das Wahlrecht für die Wahl zum Reichstag besitzen darüber hinaus alle staatsangehörigen Deutschblütigen, die am Wahltag 20 Jahre alt sind. Reichstagswahlgesetz vom 7. III. 1936.

- b) **Die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge**, die am 30. IX. 1935 das **Reichstagswahlrecht** besessen haben. § 2¹ der 1. B.D.

Das Wahlrecht für die Wahl zum Reichstag besitzen darüber hinaus alle staatsangehörigen jüdischen Mischlinge, die am Wahltag 20 Jahre alt sind. Reichstagswahlgesetz vom 7. III. 1936.

- c) **Die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes**, denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das **vorläufige Reichsbürgerrecht** verleiht. § 1¹ der 1. B.D.

Eine Verleihung des vorläufigen Reichsbürgerrechts an Fremdblütige ist nach dieser Vorschrift nicht möglich.

2. **Juden und sonstige Fremdblütige** sind vom vorläufigen Reichsbürgerrecht **ausgeschlossen**. Wegen der Ausnahme zugunsten der jüdischen Mischlinge vgl. oben 1 b.

- IV. **Der Besitz des Reichsbürgerrechts ist Voraussetzung für den Besitz des Gemeindebürgerrechts**, § 19 DGD. Juden können daher nicht Gemeindebürger sein.

Der in der DGD. gebrauchte Ausdruck „deutscher Staatsbürger“ ist gleichbedeutend mit „Reichsbürger“, nicht mit „deutscher Staatsangehöriger“. Die sprachliche Unterscheidung erklärt sich daraus, daß der Erlaß des Reichsbürgergesetzes zeitlich später liegt als der der DGD. — Für die Ostmark vgl. auch § 8 der B.D. über die Einführung der DGD. vom 15. IX. 1938.

1. **Juden können keine ehrenamtliche Tätigkeit im Gemeindegeldienst ausüben**, da hierzu der Besitz des Gemeindebürgerrechts notwendig ist. § 22 DGD.
2. **Juden sind von den Nutzungen des Gemeindegliedervermögens (§ 65 DGD.) ausgeschlossen**, wenn die Nutzung nach den im Einzelfall hierfür geltenden Bestimmungen vom Besitz des Gemeindebürgerrechts abhängig ist.

Ist die Nutzung von anderen Voraussetzungen abhängig, steht sie also z. B. nicht nur den Bürgern, sondern allen Einwohnern einer Gemeinde zu, dann können die Juden durch den Bürgermeister von dem Nutzungsrecht ohne Entschädigung ausgeschlossen werden. Die Anordnung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. § 2 der 5. DGD. zur DGD. vom 24. XI. 1938.

- V. **Das Reichsbürgergesetz bildet die gesetzliche Grundlage für den Erlaß der Vorschriften, durch die auch auf anderen Gebieten als im politischen Bereich die rassenpolitischen Forde-**

rungen verwirklicht wurden und die Rechtsstellung der Juden gesetzlich festgelegt wurde. § 3 RBürgG.

In dieser Hinsicht sind eine ganze Reihe Verordnungen zum Reichsbürgergesetz ergangen. Sie sind nachfolgend bei den einzelnen Sachgebieten dargestellt.

- VI. **Das Reichsbürgergesetz gilt auch in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten.** B.D. vom 20. V. 1938 und vom 27. XII. 1938.

Die Vorschriften über das vorläufige Reichsbürgerrecht sind jedoch in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten noch nicht eingeführt worden. Das erklärt sich daraus, daß der Besitz des vorläufigen Reichsbürgerrechts vom Besitz des Reichstagswahlrechts abhängig ist (vgl. oben III 1a). Die Voraussetzungen für den Besitz des Wahlrechts in den genannten Gebieten waren vor der Wiedervereinigung andere als im Reich; auch die Durchführungsbestimmungen für die Wahl zum Großdeutschen Reichstag am 10. IV. 1938 und für die Ergänzungswahlen der Sudetendeutschen haben keine völlige Rechtsangleichung gebracht. Die Einführung der Vorschriften über das vorläufige Reichsbürgerrecht hätte mithin zur Folge gehabt, daß der Besitz des vorläufigen Reichsbürgerrechts nicht im ganzen Reichsgebiet von denselben Voraussetzungen abhängig wäre. Die Einführung dieser Vorschriften in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten wurde daher zunächst vorbehalten.

C. Verhältnis des Reichsbürgergesetzes zu sonstigen Regelungen.

Dem Reichsbürgergesetz kommt **programmatische Bedeutung** im Aufbau des neuen Staates zu. Die durchgeführte Scheidung zwischen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, staatsangehörigen jüdischen Mischlingen und Juden ist daher eine grundlegende und umfassende. Sie gilt nicht nur für das Gebiet des Reichsbürgerrechts, sondern für alle Rechtsgebiete und für alle Arten von Rechtsnormen. Die 1. B.D. zum Reichsbürgergesetz greift daher auch ausdrücklich in die anderen Regelungen, die Anforderungen an die Reinheit des Blutes stellen, ein und paßt sie dem durch das Reichsbürgergesetz geschaffenen Rechtszustand an. Dies ist auf folgende Weise geschehen:

- I. **Anforderungen an die Reinheit des Blutes**, die über § 5 der 1. B.D. zum RBürgG. hinausgehen, d. h. auch die jüdischen Mischlinge betreffen, bleiben insoweit unberührt, als sie in Reichsgesetzen oder in Anordnungen der NSDAP. und ihrer Gliederungen aufgestellt sind. § 6¹ der 1. B.D.

1. **Den Reichsgesetzen** stehen gleich die auf Reichsgesetzen beruhenden Verordnungen des Reiches.

In Betracht kommen hauptsächlich die Bestimmungen des Beamten- und Bauernrechts, ferner die für einzelne Berufe wie Rechtsanwälte und Schriftleiter getroffenen Regelungen. Vgl. unten S. 32 ff.

2. **Die Anordnungen der NSDAP. und ihrer Gliederungen** betreffen hauptsächlich die Aufnahmebedingungen. Vgl. oben S. 19 ff.

- II. **Alle sonstigen Anforderungen öffentlich-rechtlicher Vereinigungen**, die über § 5 der 1. B.D. zum RBürgG. hinaus-

gehen, d. h. auch die jüdischen Mischlinge betreffen, sind mit dem 1. I. 1936 weggefallen. Von dieser Bestimmung werden namentlich die weitergehenden Anforderungen an die Reinheit des Blutes betroffen, die in Landesgesetzen oder von öffentlich-rechtlichen Organisationen der verschiedensten Art aufgestellt wurden. Die Anforderungen privater Vereinigungen an die Reinheit des Blutes ihrer Mitglieder werden nicht berührt.

1. Erschien es aus besonderen Gründen erforderlich, bestehende weitergehende Anforderungen öffentlich-rechtlicher Vereinigungen aufrecht zu erhalten, so bedurfte es einer besonderen Zulassung, die von dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers erteilt wurde. § 6^a E. 2 der 1. BD.
2. Für die Zukunft können weitergehende Anforderungen an die Reinheit des Blutes nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern im Einvernehmen mit der Parteikanzlei gestellt werden. § 6^a E. 1 der 1. BD.

D. Das Flaggenverbot.

Juden ist nur das Zeigen der jüdischen Farben gestattet, dagegen das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. § 4 BlutschG.

Der Grund für das Verbot ist der, daß die Juden, wenn sie auch noch deutsche Staatsangehörige sind, nicht zum deutschen Volk gehören, und daß deshalb die Symbole des deutschen Volkes für sie nicht bestimmt sind.

I. Das Verbot.

Es richtet sich an Juden, nicht dagegen an die jüdischen Mischlinge. Deutschblütige Ehegatten, die in einer deutsch-jüdischen Mischehe leben, sind dem Verbot beim Beslaggen von Gebäuden oder Wohnungen unterworfen, desgleichen auch andere deutschblütige Personen, wenn Juden der Hausgemeinschaft angehören.

II. Die Wirkung des Verbots.

Die Zuwiderhandlung gegen das Verbot steht unter Strafe. Die Strafandrohung ist Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe oder eine dieser Strafen. § 5^a BlutschG.

IV. Die Bekleidung öffentlicher Ämter.

In engem Zusammenhang mit dem Recht zur Ausübung der politischen Rechte steht die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Es liegt im Wesen des öffentlichen Amtes, daß sein Träger Aufgaben wahrnimmt, die die Gemeinschaft angehen, und daß er für die Gemeinschaft und im Namen der Gemeinschaft tätig wird. Es ist daher klar, daß im völkischen Staat als Voraussetzung für die Bekleidung eines öffentlichen Amtes auch Anforderungen an die Reinheit des Blutes gestellt werden müssen.

A. Beamte.

Im Weimarer System bildete die Erlangung von Beamtenstellen und des damit verbundenen Einflusses auf das öffentliche Leben ein besonders beliebtes Ziel für Juden. Sie waren in unverhältnismäßig großer Zahl in alle Arten von Beamtenstellungen eingedrungen. Nach der Machtergreifung ergab sich daher als vorbringliche Aufgabe, diejenigen Beamten zu entfernen, von denen nach ihrer Abstammung eine der nationalsozialistischen Staatsauffassung entsprechende Haltung nicht erwartet werden konnte. Gleichzeitig mußte Vorsorge getroffen werden, daß für die Zukunft ein neuerliches Eindringen solcher Elemente in den deutschen Beamtenkörper unmöglich wurde. Diese Aufgabe wurde alsbald in Angriff genommen.

I. Die Vereinigung des deutschen Beamtenkörpers von artfremden Beamten ist erfolgt durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. IV. 1933. Diesem Gesetz kommt eine besondere historische Bedeutung zu; denn es ist das erste Gesetz des Reiches, das rassenrechtliche Bestimmungen enthält. Die vom Standpunkt der Massenpolitik wichtigen Bestimmungen (vgl. im übrigen Heft 13¹ E. 23 f) sind folgende:

1. Beamte nicht arischer Abstammung (vgl. oben E. 19) waren in den Ruhestand zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelte, waren sie aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen. § 3¹.

Diese Vorschrift ist der sog. Arierparagraph, der bis zu den Nürnberger Gesetzen das Vorbild für eine Reihe weiterer Gesetzesbestimmungen war.

a) Das Gesetz erstreckte sich auf die Beamten des Reichs, der Länder, Gemeinden und aller übrigen öffentlichen Körperschaften. Auf die Arbeiter und Angestellten öffentlicher Betriebe war es sinngemäß anwendbar. §§ 1, 15.

b) Von der Zuruhesetzung blieben ausgenommen nichtarische Beamte, die bereits vor dem 1. VIII. 1914 in das Beamtenverhältnis gelangt oder als Frontkämpfer am Weltkrieg teilgenommen hatten, oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen waren, sowie nichtarische weibliche Beamte, deren Ehemänner im Weltkrieg gefallen waren (§ 3²). Soweit diese Beamten Juden waren, sind sie inzwischen mit dem Ablauf des 31. XII. 1935 ebenfalls in den Ruhestand getreten. Vgl. Näheres in der 2. BD. zum Reichsbürgergesetz vom 21. XII. 1935 und der 7. BD. zum Reichsbürgergesetz vom 5. XII. 1938.

2. Die Zuruhesetzung der nichtarischen Beamten war eine einmalige Maßnahme, die im wesentlichen bereits am 30. IX. 1933 abgeschlossen war. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist, nachdem sein Zweck erfüllt war, wieder außer Kraft getreten.

Die Vereinigung des Beamtenkörpers der Ostmark von fremdblütigen Beamten ist auf Grund der BD. zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31. V. 1938 durchgeführt worden.

VI

II. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des neuen Deutschen Beamtenengesetzes vom 26. I. 1937 wurde ein Eindringen Artfremder in den deutschen Beamtenkörper dadurch verhindert, daß durch Gesetz vom 30. IV. 1933 folgende neue Vorschrift in das damalige Reichsbeamtengesetz eingefügt wurde:

1. Als Reichsbeamter darf nicht berufen werden, wer nicht-ariischer Abstammung oder mit einer Frau nicht-ariischer Abstammung verheiratet ist.
2. Reichsbeamte ariischer Abstammung, die mit einer Frau nicht-ariischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.

Diese Vorschriften galten entsprechend für das Beamtenrecht der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

III. Jetzt gilt das am 1. VII. 1937 in Kraft getretene Deutsche Beamtengesetz vom 26. I. 1937, das später auch in den eingegliederten Reichsgebieten eingeführt worden ist. Danach kann Beamter nur werden, wer hinsichtlich der Reinheit des Blutes folgende Bedingungen erfüllt:

1. Der Beamte selbst muß deutschen oder artverwandten Blutes sein. Das entspricht der bisher geltenden Regelung.
 - a) Ausnahmen von dieser Anforderung können nur im Einzelfalle durch Entscheidung der obersten Dienstbehörde zugelassen werden. Die Entscheidung bedarf der Zustimmung des Reichsministers des Innern und der Parteikanzlei.
 - b) Zur Führung des Abstammungsnachweises genügt im allgemeinen die Vorlegung der Geburtsurkunde des Beamtenanwärters und der Heirats- und Geburtsurkunden der Eltern und Großeltern. Statt der Urkunden kann ein Ahnenpaß vorgelegt werden. Bestehen Zweifel, so ist ein Abstammungsbescheid des Reichsfürstennamts einzuholen. DDD. vom 29. VI. 1937 zu § 25 DVG.
 - c) Durch Vorlegung einer von der Dienststelle des Beamten ausgestellten Bescheinigung, daß die deutschblütige Abstammung des Beamten nachgewiesen ist, gilt dieser Nachweis auch gegenüber Behörden und Dienststellen der Wehrmacht als erbracht. § 2 der DD. vom 1. VIII. 1940.
2. Der Ehegatte des Beamten (bzw. die Frau, mit welcher der Beamte später die Ehe eingehen will) muß ebenfalls deutschen oder artverwandten Blutes sein.

Im einzelnen gilt hier Entsprechendes wie zu 1. Die deutschblütige Abstammung des Ehegatten ist zugleich mit der Heiratsangeige nachzuweisen. Heiratet ein zum Kriegsdienst einberufener Beamter, so genügt seine und seiner Verlobten Versicherung, daß die Verlobte nicht von jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Der Abstammungsnachweis ist jedoch baldmöglichst nachzubringen. 3. DDD. zum RWG. vom 27. IX. 1939.

IV. Eine beamtenrechtliche Sonderbestimmung gilt auf dem Gebiet des Erbhofrechts: Zu Vorsitzenden des Auerbengerichts, zu Vorsitzenden oder richterlichen Mitgliedern des Erbhofgerichts oder zu beamteten Mitgliedern des Reichserbhofgerichts dürfen nur Personen ernannt werden, die den für den Bauer geltenden

weitergehenden Anforderungen an die Reinheit des Blutes entsprechen; d. h. die Ahnenreihen dieser Beamten dürfen bis zum Jahre 1800 zurück keinen artfremden Bluteinschlag aufweisen. Vgl. § 8 der Erbhofverfahrensverordnung vom 21. XII. 1936 und unten S. 36f.

Die Führung des Nachweises wird erleichtert durch die Vermutung, daß die weitergehenden Anforderungen erfüllt sind, wenn der Abstammungsnachweis nach den Bestimmungen des Beamtenrechts geführt ist.

B. Sonstige öffentliche Ämter.

Nicht nur für die Beamten, sondern auch für alle sonstigen Träger öffentlicher Ämter gelten Anforderungen an die Reinheit des Blutes. Das Reichsbürgergesetz bestimmt schlechthin: Ein Jude kann nicht Träger eines öffentlichen Amtes sein (§ 4 der 1. RD. zum RWürgG.). Diese Bestimmung ist die Folgerung aus dem Satz, daß ein Jude nicht Reichsbürger sein kann.

Der Ausschluß von diesen öffentlichen Ämtern ist beschränkt auf Juden. Jüdische Mischlinge werden zugelassen, falls nicht im Einzelfall eine anderweitige reichsgesetzliche Sonderregelung besteht.

I. Träger eines öffentlichen Amtes im Sinne der Vorschriften des Reichsbürgerrechts sind neben den Beamten die Personen, die dazu bestellt sind, obrigkeitliche oder hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. § 5 der 2. RD. zum RWürgG.

1. Zu den Trägern öffentlicher Ämter gehören nach der Art der ihnen übertragenen Aufgaben: Notare, Handelsrichter, Schöffen, Geschworene, Konkursverwalter, Zwangsverwalter, Lotterietennnehmer, Stempelverteiler, Schiedsmänner, Bezirksförsternseiger, Fleischbeschauer usw. Daneben gibt es insbesondere auf dem Gebiete der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts viele Fälle, in denen Personen hoheitliche oder obrigkeitliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne daß sie im Beamtenverhältnis stehen.

a) Zu beachten ist:

- a) Öffentliche Aufgaben sind nicht immer auch zugleich obrigkeitliche oder hoheitliche.
- β) Ohne Belang ist, ob die Aufgabe hauptamtlich oder nebenamtlich oder ehrenamtlich wahrgenommen wird.

b) Ist es zweifelhaft, ob ein öffentliches Amt im Sinne dieser Bestimmungen vorliegt, so entscheidet der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen.

2. Schiedsrichter, die zur Entscheidung eines Rechtsstreits im schiedsrichterlichen Verfahren nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung tätig werden, gehören nicht zu den Trägern eines öffentlichen Amtes. Schiedsrichter, die nicht deutschblütiger Abstammung sind, können jedoch von den Parteien des Schiedsverfahrens abgelehnt werden. § 1032 ZPO.

II. Das Ausscheiden der jüdischen Träger öffentlicher Ämter ist mit dem 15. XI. 1935 (Tag des Inkrafttretens der 1. RD. zum RWürgG.) erfolgt.

In den Fällen, in denen es zweifelhaft war, ob ein öffentliches Amt vorliegt oder nicht, sind die jüdischen Amtsträger häufig erst nach dem 15. XI. 1935 ausgeschieden. Im Interesse der Rechtssicherheit ist daher bestimmt, daß **Amts-handlungen**, die von solchen Personen nach dem 15. XI. 1935 bis zu ihrem tatsächlichen Ausscheiden vorgenommen worden sind, **nicht wegen des kraft Gesetzes bereits eingetretenen Amtsverlusts unwirksam** sind.

III. Eine Sonderbestimmung wurde für die Inhaber von Ehrenämtern in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung erlassen. Hier sind für die Amtsenthebung und die Neubesehung die nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums geltenden Grundsätze als Richtlinien aufgestellt worden (§ 1 B.D. vom 19. V. 1933). Das bedeutet, daß außer den Juden **auch die jüdischen Mischlinge von diesen Ämtern ausgeschlossen** sind.

Die Regelung gilt für die Ehrenämter nach der Reichsversicherungsordnung, dem Angestelltenversicherungsgesetz, dem Reichsknappschaftsgesetz und dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung.

V. Stände und Berufe.

Für einzelne Gebiete hat sich die Notwendigkeit ergeben, für die an die Reinheit des Blutes zu stellenden Anforderungen jeweils eine **besondere Regelung** zu treffen, und zwar entweder wegen der besonderen Bedeutung eines Standes oder Berufes für die Allgemeinheit, oder weil bisher der fremdblütige Einschlag auf einem Gebiet besonders stark war. Die erlassenen **Vorschriften sind den besonderen Verhältnissen der einzelnen Lebensgebiete jeweils angepaßt**. Für einige Fälle ist die für die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums getroffene Regelung zum Vorbild genommen worden. Die Sonderregelungen sind, soweit sie über die Grenzen hinausgehen, die das Reichsbürgerrecht für die Anforderungen an die Reinheit des Blutes gezogen hat, auch weiterhin in Geltung geblieben, weil es sich um reichsgesetzliche Vorschriften handelt. Vgl. oben S. 31.

A. Der Bauer.

Zur Erhaltung des Bauerntums als Blutquelle des deutschen Volkes ist das Reichserbhofgesetz vom 29. IX. 1933 erlassen worden (vgl. Heft 32²). Bauer ist nach diesem Gesetz der Eigentümer eines Erbhofs.

I. Bauer kann nur sein, wer deutschen oder stammesgleichen Blutes ist. § 13 REG.

1. Stammesgleichen Blutes ist, wer artverwandten Blutes ist. Der Bauer muß also deutschblütig sein. Nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift ist nicht deutschblütig, wer unter seinen Vorfahren väterlicher- oder mütterlicherseits jüdisches oder farbiges Blut hat. § 13² REG.

Diese Bestimmung enthält keine gesetzliche Festlegung der „Fremdblütigkeit“. Es werden lediglich die beiden typischen Fälle herausgegriffen, ohne daß damit gesagt werden soll, alle Personen, die nicht jüdisches oder farbiges Blut haben, seien als deutschblütig anzusehen. Ob Deutschblütigkeit vorliegt, ist vielmehr auch für den Bereich des Reichserbhofrechts auf der Grundlage der Ergebnisse der Rassenforschung im Einzelfall festzustellen.

2. Für das Vorliegen der Deutschblütigkeit gilt als Stichtag der 1. I. 1800. Damit werden an die Reinheit des Bauernblutes besonders strenge Anforderungen gestellt, die erheblich über die nach dem Reichsbürgergesetz geltenden Anforderungen hinausgehen. Das ist begründet in der überragenden bevölkerungspolitischen Bedeutung des Bauerntums und dem rassenpolitischen Zweck, der mit dem Reichserbhofgesetz verfolgt wird.

a) Ergibt sich beim Zurückverfolgen der Ahnenreihen des Bauern, daß keiner der vor dem 1. I. 1800 geborenen nächsten Vorfahren einen Elternteil hatte, der der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, so ist die Möglichkeit eines jüdischen Bluteinschlages als ausgeschlossen anzusehen. § 6a der Erbhofrechtsverordnung vom 21. XII. 1936 (26. IV. 1939).

b) Die Deutschblütigkeit wird nur nachgeprüft, wenn im Einzelfalle Zweifel bestehen. Die Entscheidung obliegt dem Anerbengericht. § 13³ REG.

3. Das Erfordernis der Deutschblütigkeit gilt an sich nur für den Eigentümer des Erbhofs persönlich, also nicht für dessen Ehefrau. Jedoch ist, wenn die Frau eines Bauern nicht deutschblütig ist, folgendes zu beachten:

a) Ist die Mischehe nach Erlass des Reichserbhofgesetzes geschlossen, so fragt es sich, ob der Bauer noch als ehrbar anzusehen ist. In der Regel wird der Bauer durch die Schließung einer Mischehe die Ehrbarkeit und damit die Bauernfähigkeit verlieren. § 15¹ REG.

b) Die Kinder aus einer Mischehe sind nicht bauernfähig. Sie scheiden daher als Anerben aus. § 21¹ REG.

II. Für die Zugehörigkeit zum Reichsnährstand gelten keine Anforderungen an die Reinheit des Blutes; denn der Reichsnährstand ist die Vertretung der deutschen Bauernschaft und außerdem der deutschen Landwirtschaft. Für die Abgrenzung der Zugehörigkeit zum Reichsnährstand kommt es daher darauf an, ob eine Tätigkeit in der Landwirtschaft entwickelt wird. Alle in der Landwirtschaft in Deutschland Tätigen sind Mitglieder des Reichsnährstandes. §§ 1, 4 B.D. vom 8. XII. 1933.

B. Der Arzt.

Die ärztliche Tätigkeit ist verbunden mit einem persönlichen Vertrauensverhältnis zu dem Kranken und mit einer besonders starken Einwirkungsmöglichkeit auf die betreuten Volksgenossen. Die Rassen- und Erbpflege im nationalsozialistischen Staat hat außerdem den Aufgaben- und Pflichtenzirkel der Ärzteschaft stark erweitert und verlangt von jedem einzelnen Arzt Mitarbeit und Mit-

übernahme der Verantwortung auf diesem für die Zukunft des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Gebiet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, **Artfremde von der Ausübung der ärztlichen Tätigkeit auszuschalten**. Dieses Ziel konnte jedoch nur schrittweise erreicht werden, weil der ärztliche Beruf einer der von Juden bevorzugten Berufe war. In den ersten Jahren nach der Machtübernahme hat daher zunächst eine vorläufige Regelung gegolten, an deren Stelle im Jahre 1938 die endgültige gesetzliche Lösung des Problems getreten ist.

I. Die vorläufige Regelung hatte sich darauf beschränkt, den Neuzugang nichtdeutschblütiger Ärzte zu verringern.

Ferner wurden für die bereits zugelassenen nichtdeutschblütigen Ärzte, deren Bestellungen gültig blieben, auf besonders wichtigen Gebieten (z. B. Tätigkeit bei den Krankenkassen, leitende Tätigkeit an öffentlichen Krankenanstalten) gesetzliche Sondervorschriften geschaffen.

II. Nach der endgültigen Regelung durch die 4. W.D. zum Reichsbürgergesetz vom 25. VII. 1938 sind Juden von der Ausübung der ärztlichen Tätigkeit in Deutschland grundsätzlich ausgeschlossen.

1. **Bestellungen (Approbationen) jüdischer Ärzte sind mit dem 30. XI. 1938 kraft Gesetzes erloschen.** Die Vorschrift bezieht sich auch auf jüdische Ärzte fremder Staatsangehörigkeit und auf staatenlose jüdische Ärzte. § 1 der W.D.

a) **Jüdischen Ärzten, die Frontkämpfer sind und deren Bestellung erloschen ist, kann bei Würdigkeit und Bedürftigkeit ein Unterhaltszuschuß gewährt werden.**

Die Zuschüsse werden von der Reichsärztekammer nach Maßgabe näherer Bestimmungen gewährt, die von der Reichsärztekammer im Einvernehmen mit den Reichsministern des Innern und der Finanzen erlassen werden.

b) **Jüdische Ärzte, deren Bestellung erloschen ist, können zur Behandlung von Juden zugelassen werden.** Der Zweck dieser Vorschrift liegt darin, die ärztliche Behandlung der Juden, z. B. in jüdischen Krankenhäusern, jüdischen Ärzten übertragen zu können.

a) **Die Zulassung als jüdischer Krankenbehandler wird auf Vorschlag der Reichsärztekammer vom Reichsminister des Innern oder der von ihm ermächtigten Stelle erteilt.** Sie ist widerruflich und kann unter Auflagen erteilt werden. § 2 der W.D. vom 25. VII. 1938.

Die zugelassenen jüdischen Krankenbehandler können auch an der kassenärztlichen Versorgung jüdischer Versicherter beteiligt werden, und zwar durch die kassenärztliche Vereinigung Deutschlands. Sie unterstehen dann dieser Vereinigung in gleicher Weise wie Ärzte, insbesondere auch hinsichtlich der Disziplinarbefugnisse. Erforderlichenfalls können die Rechte und Pflichten der jüdischen Krankenbehandler abweichend von den allgemeinen Vorschriften geregelt werden.

β) **Die zugelassenen jüdischen Krankenbehandler haben sich bei ihrer Berufstätigkeit nach den für Ärzte geltenden Vorschriften zu richten. Sie dürfen nur Juden ärztlich behandeln.**

Sie dürfen jedoch ihre Ehefrau und ihre ehelichen Kinder auch dann behandeln, wenn sie in einer Mischehe leben, die Frau also deutschblütig und die Kinder jüdische Mischlinge sind.

γ) **Die zugelassenen jüdischen Krankenbehandler dürfen nicht die Bezeichnung Arzt und auch keine ärztähnliche Bezeichnung (z. B. Sanitätsrat) führen.** Eine besondere Berufsbezeichnung haben sie nicht erhalten.

Sie müssen ein Schild führen, das auf blauem Grund einen gelben Kreis mit dem Davidstern zeigt. Dieses Zeichen ist auch auf Rezepten, Briefbogen usw. zu führen. Auf Schild und Papieren ist außerdem der Vermerk „zur ärztlichen Behandlung ausschließlich von Juden berechtigt“ deutlich sichtbar anzubringen.

2. **Juden ist — von dem Falle der Zulassung als jüdischer Krankenbehandler abgesehen — jede Ausübung der Heilkunde untersagt.** § 3 der W.D. vom 25. VII. 1938.

a) **Das Verbot erstreckt sich auf jede Form der Ausübung der Heilkunde.**

z. B. Den Juden ist nicht nur die Tätigkeit als Arzt verboten, sondern auch die Tätigkeit als Heilpraktiker.

b) **Die Bestellung als Arzt kann Juden nicht mehr erteilt werden.** § 4 der W.D. vom 25. VII. 1938.

III. Für jüdische Mischlinge gilt folgendes:

1. **Bereits erteilte Bestellungen von Ärzten, die Mischlinge sind, sind unberührt geblieben.** Die Tätigkeit dieser Ärzte unterliegt jedoch folgenden Beschränkungen:

a) **Zu Mitgliedern der Reichsärztekammer und der Ärztekammern können, falls nicht der Leiter der Reichsärztekammer eine Ausnahme zuläßt, nur Ärzte berufen werden, die selbst und deren Ehegatten deutschblütig sind;** das gleiche gilt für die Leiter der ärztlichen Bezirksvereinigungen. § 40 M.D.

b) **Zur Tätigkeit bei den Krankenkassen können, außer wenn der Reichsführer der Rassenärztlichen Vereinigung Deutschlands eine Ausnahme zuläßt, nur Ärzte zugelassen werden, die selbst und deren Ehegatten deutschblütig sind.** § 15 der W.D. vom 8. IX. 1937, vgl. oben I 2 a.

c) **Zum Gutachteramt bei der Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses dürfen nicht-deutschblütige Ärzte nicht berufen werden.** Art. 7 der W.D. vom 18. VII. 1935.

2. **Neue Bestellungen als Arzt können an jüdische Mischlinge nicht erteilt werden, da die Bestellung nur Bewerbern erteilt werden kann, die den für die Beamten geltenden blut-**

mäßigen Anforderungen entsprechen. § 3² Ziff. 5 RAO. in der Fassung der VO. vom 12. VI. 1939.

In Härtefällen kann der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit der Reichsärztekammer Ausnahmen zulassen.

C. Rechtsanwalt, Notar und Patentanwalt.

Bei den Rechtswahrern war die Lage ähnlich wie bei den Ärzten. Das Ziel für die Rassen-gesetzgebung auf diesem Gebiet stand von vornherein fest: **Rechtswahrer sollte im Deutschen Reich nur derjenige sein können, der auch blutmäßig zum deutschen Volk gehört.** Das ergibt sich zwangsläufig aus Punkt 19 des Parteiprogramms, in dem die Schaffung eines Deutschen Gemeinrechts gefordert wird. Das rassenpolitische Ziel konnte auch hier nur schrittweise erreicht werden. Die Verwirklichung hat erst das Jahr 1938 gebracht.

1. Der Rechtsanwalt.

I. Zunächst galt eine vorläufige Regelung nach dem Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. IV. 1933.

Dieses Gesetz gab die Möglichkeit, bereits zugelassene artfremde Rechtsanwälte zu entfernen und die Neuzulassung solcher Rechtsanwälte zu versagen.

II. Nach der abschließenden Regelung durch die 5. VO. zum RBürgG. vom 27. IX. 1938, die auch in der Ostmark und den judetendeutschen Gebieten gilt, ist **Juden der Beruf des Rechtsanwalts schlechthin verschlossen.** § 1 der VO.

1. **Juden können nicht neu als Rechtsanwälte zugelassen werden.** Damit ist zunächst der bereits bestehende Zustand ausdrücklich bestätigt.

2. **Bisher noch zugelassene jüdische Rechtsanwälte sind aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschieden.**

Die Zulassung ist in Abweichung von der für die Ärzte getroffenen Regelung nicht kraft Gesetzes, sondern durch Verfügung der Justizverwaltung im Einzelfall beendet worden.

3. **Die Beforgung fremder Rechtsangelegenheiten ist den ausgeschiedenen jüdischen Rechtsanwälten untersagt.**

Die Einhaltung des Verbots ist im Altreich durch Strafvorschriften des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13. XII. 1935 gesichert. Da dieses Gesetz in der Ostmark noch nicht gilt, wurden hier besondere Vorschriften erlassen, die sachlich den gleichen Rechtszustand herstellen, wie er im Altreich besteht. § 4b der VO.

4. **Den ausgeschiedenen jüdischen Rechtsanwälten kann aus den einer Ausgleichsstelle zufließenden Einnahmen der jüdischen Konsulenten (vgl. unten IV 2) bei Bedürftigkeit und Würdigkeit ein jederzeit widerruflicher Unterhaltszuschuß gewährt werden.** § 5 der VO.

Für die Unterhaltszuschüsse kommen in erster Linie die Frontkämpfer in Betracht. Andere Bewerber können berücksichtigt werden, falls sie seit dem 1. VIII. 1914 in der Rechtsanwaltsliste eingetragen waren.

III. **Jüdische Mischlinge, die bereits früher zur Rechtsanwaltschaft zugelassen worden waren, sind Rechtsanwälte geblieben, soweit ihre Zulassung nicht bis zum 30. IX. 1933 aus Grund des Gesetzes vom 7. IV. 1933 (oben I) zurückgenommen worden ist. Eine Neuzulassung von jüdischen Mischlingen zur Rechtsanwaltschaft ist ausgeschlossen.** Dies ergibt sich aus folgenden Vorschriften:

1. Als Rechtsanwalt kann nur zugelassen werden, wer durch Ablegung der großen Staatsprüfung die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat. Personen nicht deutschblütiger Abstammung werden zu dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdiens und zu den juristischen Staatsprüfungen nicht mehr zugelassen.
2. Die Ablehnung der Zulassung eines Rechtsanwalts ist nicht mehr wie früher an einzelne gesetzlich bestimmte Versagungsgründe gebunden, sondern steht im freien Ermessen des Reichsministers der Justiz, der im Einvernehmen mit dem Reichsführer des NS-Rechtswahrerbundes nach Einholung einer gutachtlichen Äußerung des Präsidenten der Reichsrechtsanwaltskammer entscheidet. Für die Handhabung des Ermessens sind nationalsozialistische Grundsätze maßgebend, nach denen die Zulassung eines nicht deutschblütigen Rechtsanwalts nicht in Betracht kommen kann.

IV. **Die rechtliche Beratung und Vertretung von Juden ist wie folgt geregelt:**

1. **Mitglieder der NSDAP. und Angehörige der Gliederungen und angeschlossenen Verbände dürfen grundsätzlich die Vertretung und Beratung von Juden und jüdischen Unternehmen in Rechtsangelegenheiten nicht übernehmen.** Das gilt auch für die Verteidigung von Strafsachen sowie für die Fürsprache für Juden bei parteiamtlichen, staatlichen und sonstigen Stellen. Parteibefehl vom 19. XII. 1938 und Erlaß des Reichsleiters des Reichsrechtsamts vom 2. I. 1939.

a) Das Verbot umfaßt nicht die Tätigkeit der Beamten, der Notare und der Wirtschaftsprüfer, die auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruht. Ferner sind ausgenommen die Rechtsanwälte, die im Interesse des Reichs als Verteidiger in einem Strafverfahren vor dem Volksgerichtshof oder einem Sondergericht in Heimtückesachen von Amts wegen bestellt werden.

b) Mitglieder der NSDAP. und Angehörige der Gliederungen und angeschlossenen Verbände, die entgegen dem grundsätzlichen Verbot die Vertretung oder Verteidigung eines Juden oder jüdischen Unternehmens übernehmen wollen, bedürfen zur Übernahme des Auftrags der Genehmigung. Die Genehmigung kann erteilt werden, wenn es ein überwiegendes Interesse des deutschen Volkes erfordert. Zuständig ist bei Rechtsangelegenheiten, die vor ein Landgericht oder Oberlandesgericht gehören, der Gauleiter, bei Rechtsangelegenheiten, die vor ein Amtsgericht gehören, der Kreisleiter.

2. **Zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden sind jüdische Konsulenten zugelassen.** § 8 der VO.

Für die Vertretung von Juden im Protektorat gelten einige Sondervorschriften. Vgl. dazu die VO. vom 21. VIII. 1940.

a) Die jüdischen Konsulenten werden grundsätzlich aus der Zahl der ausgeschiedenen jüdischen Rechtsanwälte ausgewählt, und zwar unter Bevorzugung der schwerkriegsbeschädigten Frontkämpfer.

a) Die Zulassung erfolgt auf Widerruf durch die Justizverwaltung und wird nur ausgesprochen, soweit ein Bedürfnis besteht. Außerdem wird dem jüdischen Konsulenten ein bestimmter Ort für seine berufliche Niederlassung zugewiesen.

β) Die jüdischen Konsulenten unterstehen der Aufsicht der Justizverwaltung (§ 13 der B.D.). Ihre Pflichten sind durch A.B. des Reichsjustizministers vom 17. X. 1938, Ziff. III festgelegt. Vom rassenpolitischen Standpunkt ist vor allem die Vorschrift von Bedeutung, daß die jüdischen Konsulenten keine weiblichen Hilfskräfte deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren beschäftigen dürfen. Sie müssen ferner die Berufsbezeichnung „Konsulent“, auf Schildern und Geschäftspapieren stets mit dem Zusatz „zugelassen nur zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden“ führen.

b) Von den jüdischen Konsulenten dürfen nur die Rechtsangelegenheiten von Juden sowie von jüdischen Gewerbebetrieben, jüdischen Vereinen, Stiftungen, Anstalten und sonstigen jüdischen Unternehmen geschäftsmäßig besorgt werden. § 10 der B.D.

Besorgt ein jüdischer Konsulent entgegen dieser Vorschrift Rechtsangelegenheiten für nichtjüdische Auftraggeber, so wird gegen ihn im Aufsichtswege vorgegangen, gegebenenfalls kann der Widerruf der Zulassung ausgesprochen werden.

a) Innerhalb des Bezirks, für den der jüdische Konsulent zugelassen ist, kann er vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden, sowie vor allen diesen übergeordneten Gerichten und Behörden auftreten und als Bevollmächtigter — auch gegenüber den Gegnern seiner Auftraggeber — tätig werden. § 11^a der B.D.

Dies gilt auch in den Fällen, in denen nach den allgemeinen Vorschriften Rechtsanwälte in einem Verfahren nur tätig werden dürfen, wenn sie bei dem Gericht, vor dem das Verfahren schwebt, zugelassen sind. Die jüdischen Konsulenten können dagegen in den Fällen nicht auftreten, in denen ausdrückliche Sondervorschriften entgegenstehen, wie vor den Auerbenbehörden (§ 14 der Erbhofverfahrensordnung vom 21. II. 1936) und in Patentsachen (§ 11 der 6. B.D. zum RWürgG. vom 31. X. 1938, vgl. dazu unten S. 43). Sie können ferner in den Fällen nicht auftreten, in denen auch Rechtsanwälte nicht auftreten können, wie im Verfahren vor den Arbeitsgerichten (§ 11 ArbGG.) und vor dem Volksgerichtshof (Art. IV § 3 des Gesetzes vom 24. IV. 1934). Als Strafverteidiger können jüdische Konsulenten durch den Vorsitz des Gerichts zurückgewiesen werden, wenn dies aus besonderen Gründen, insbesondere wegen des Gegenstandes des Verfahrens, geboten erscheint. B.D. zur 5. B.D. zum RWürgG. vom 12. VI. 1940.

β) Die jüdischen Konsulenten können Juden im Armenrecht, als Notvertreter oder Pflichtverteidiger beigeordnet werden. § 12 der B.D.

c) Die Gebühren und Auslagen der jüdischen Konsulenten bestimmen sich nach den gleichen Vorschriften wie bei den Rechtsanwälten. Die Beträge werden von dem jüdischen

Konsulenten im eignen Namen, jedoch für Rechnung einer Ausgleichsstelle erhoben.

a) Dem jüdischen Konsulenten verbleibt von den Beträgen nur ein angemessener Anteil als Vergütung für seine Tätigkeit und als Entschädigung für Kanzleikosten und Barauswendungen.

β) Im übrigen hat der jüdische Konsulent die Beträge an die Ausgleichsstelle abzuführen. Die Aufgaben dieser Stelle werden von der Reichsrechtsanwaltskammer wahrgenommen, die die ihr zufließenden Beträge als Sondervermögen verwaltet und aus ihnen die ausgeschiedenen jüdischen Rechtsanwälten gewährten Unterhaltszuschüsse zahlt. Vgl. oben II 4.

2. Der Notar.

I. Die jüdischen Notare sind ebenfalls ohne Ausnahme aus dem Dienst ausgeschieden. Die Rechtsgrundlage für das Ausscheiden war verschieden, da die Notare in den einzelnen deutschen Ländern vor Einführung der Reichsnotarordnung nicht die gleiche Rechtsstellung hatten.

1. Jüdische Notare, die nach Landesrecht Beamte waren und nicht bereits auf Grund der Vorschriften des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ausscheiden mußten, sind mit Ablauf des 31. XII. 1935 in den Ruhestand getreten. § 4^a der 1. B.D. zum RWürgG.

2. In den Ländern mit nichtbeamteten Notaren sind die jüdischen Notare als Träger eines öffentlichen Amtes mit dem Inkrafttreten der 1. B.D. zum RWürgG., d. h. mit dem 15. XI. 1935 ausgeschieden. Vgl. dazu oben S. 35f.

II. Nach der Reichsnotarordnung vom 13. II. 1937, die das Notariatswesen vereinheitlicht hat und die Notare als Träger eines öffentlichen Amtes betrachtet, darf als Notar nur bestellt werden, wer für sich und seinen Ehegatten den Anforderungen an die Reinheit des Blutes, die Voraussetzung für die Ernennung zum Beamten sind, entspricht. § 3^a der Reichsnotarordnung, vgl. dazu oben S. 34, III.

Die Reichsnotarordnung gilt auch in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten, sowie für die deutschen Notare im Protektorat Böhmen und Mähren.

3. Der Patentanwalt.

I. Für die Patentanwälte galt zunächst eine Übergangsregelung.

Diese Regelung gab die Möglichkeit, jüdische Patentanwälte in der beim Reichspatentamt geführten Liste zu löschen und die Neueintragung von nichtdeutschblütigen Personen und von Personen mit nichtdeutschblütigen Ehegatten zu verhindern. Vgl. § 1 des Gesetzes vom 22. IV. 1933, §§ 3, 5 des Patentanwaltsgesetzes vom 28. IX. 1933 (4. IX. 1938).

II. Das endgültige Ausscheiden aller Juden aus der deutschen Patentanwaltschaft hat die 6. B.D. zum RWürgG. vom 31. X. 1938 gebracht, die auch in der Ostmark und den sudetendeutschen Gebieten gilt.

1. Juden ist der Beruf des Patentanwalts verschlossen. § 1^a der B.D.

Die Eintragung jüdischer Mischlinge bleibt weiterhin in das Ermessen der zuständigen Stellen gestellt.

2. **Jüdische Patentanwälte** sind ohne Ausnahme mit Wirkung vom 30. XI. 1938 in der Liste des Reichspatentamts gelöscht worden. Ebenso ist den Juden, die ohne Patentanwalt oder Rechtsanwalt zu sein das Vertretungsgeschäft vor dem Reichspatentamt betrieben (§§ 56, 58 des Patentanwaltsgesetzes vom 28. IX. 1933) der **Erlaubnischein entzogen** worden. §§ 1^a, 6.

a) Soweit die Betroffenen **Frontkämpfer** sind, können ihnen bei Bedürftigkeit und Würdigkeit aus Mitteln der Patentanwaltskammer jederzeit **widerrechtliche Unterhaltszuschüsse** gewährt werden; das gilt außer bei Frontkämpfern auch für **Altpatentanwälte**, soweit die verfügbaren Mittel dazu ausreichen.

b) Eine dem jüdischen Konsulenten (vgl. oben S. 41 f.) ähnliche Einrichtung ist für den Geschäftsbereich des Reichspatentamts nicht vorgesehen.

D. Die Reichskulturkammer.

Für den nationalsozialistischen Staat ist entgegen der liberalistischen Auffassung die Kultur eine Angelegenheit und eine Aufgabe der Nation. In der Kultur kommt die ureigenste Wesensart eines Volkes zum Ausdruck. Wer daher an der Gestaltung des kulturellen Lebens des deutschen Volkes mitwirken will, muß auch blutmäßig zum deutschen Volke gehören.

- I. **Alle kulturschaffenden Deutschen** sind in der Reichskulturkammer **zusammengeschlossen**, die durch Gesetz vom 22. IX. 1933 gebildet wurde. Die Mitgliedschaft in der zuständigen, der Reichskulturkammer angehörigen Einzelkammer ist **Voraussetzung für die Betätigung auf kulturellem Gebiet**.

1. **Juden und jüdische Mischlinge** können grundsätzlich die Mitgliedschaft der Fachverbände oder Fachschaften, in die sich die Einzelkammern gliedern, **nicht erwerben** und können auch nicht unmittelbare Mitglieder einer Einzelkammer werden. Soweit sie Mitglieder der bereits früher bestehenden Fachverbände oder Fachschaften waren, haben sie die Mitgliedschaft verloren.

2. Durch diese Regelung ist jeglicher jüdische, artfremde **Einfluß auf das kulturelle Leben des deutschen Volkes unmöglich gemacht**.

- II. **Besonders strenge Anforderungen** an die Reinheit des Blutes gelten mit Rücksicht auf die überragende Bedeutung, die der Presse im öffentlichen Leben zukommt, für die Mitglieder der Reichspressekammer:

1. Nach einer von dem Präsidenten der Reichspressekammer auf Grund des § 6^a der 1. WD. zum RWürgG. getroffenen

Anordnung vom 15. IV. 1936, müssen die Mitglieder der Reichspressekammer für sich und ihre Ehegatten, mit denen sie beim Erlass der Anordnung verheiratet waren oder später die Ehe eingehen, **auf Anfordern den Nachweis der Abstammung** von Vorfahren deutschen oder artverwandten Blutes **bis zum Jahre 1800** zurück erbringen.

a) Der Nachweis muß erbracht werden von allen Personen, die in einem Unternehmen tätig oder an einem Unternehmen beteiligt oder berechtigt sind, das den Absatz periodischer Druckschriften vermittelt. Dazu gehören: der werbende Zeitschriftenhandel, Bezugsstellen, Zeitungs- und Zeitschriften-Großvertrieb und Einzelhandel sowie der Bahnhofsbuchhandel. Der Nachweis ist jeweils auch für den Ehegatten zu führen.

b) Von der Bestimmung kann der Präsident der Reichspressekammer vorübergehende oder dauernde Ausnahmen bewilligen.

2. **Die für den Schriftleiter geltenden Anforderungen an die Reinheit des Blutes** sind im Schriftleitergesetz vom 4. X. 1933 enthalten. Danach gelten für den Schriftleiter **grundsätzlich** dieselben Anforderungen wie für den Beamten. Schriftleiter kann danach nicht sein, wer selbst nicht deutschblütiger Abstammung oder wer mit einer Person nicht deutschblütiger Abstammung verheiratet ist (§ 5^a). Diese Regelung gilt nicht nur für den Schriftleiternachwuchs, sondern auch für die bereits tätigen Schriftleiter.

Von dem Erfordernis der deutschblütigen Abstammung können im Wege der Einzelentscheidung Ausnahmen bewilligt werden. § 9.

a) Die **Ausnahmebewilligung** wird nur in besonderen Fällen erteilt und kann auf bestimmte Zweige der Tätigkeit eines Schriftleiters beschränkt werden. Aussicht auf Bewilligung einer Ausnahme haben nur (§§ 16, 17 der WD. vom 19. XII. 1933):

a) Personen nichtdeutschblütiger Abstammung, die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind.

β) Personen nichtdeutschblütiger Abstammung, die den Schriftleiterberuf an einer jüdischen Zeitung ausüben wollen. Ihnen wird die Befreiung unter Beschränkung auf die Tätigkeit an einer solchen Zeitung erteilt.

γ) Personen deutschblütiger Abstammung, die mit einer Person nichtdeutschblütiger Abstammung verheiratet sind, wenn die Ehe im Zeitpunkt der Verkündung des Schriftleitergesetzes bereits bestand.

b) Zuständig für die Erteilung der Bewilligung ist der Leiter des Reichsbundes der deutschen Presse, der auf Antrag des Leiters des zuständigen Landesverbandes entscheidet. Die Entscheidung bedarf der Genehmigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda.

- III. **Juden ist die Teilnahme an Darbietungen der deutschen Kultur untersagt**. Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer auf Grund des § 25 der 1. WD. zum Reichskulturkammergesetz.

1. **Juden darf der Zutritt zu Veranstaltungen der deutschen Kultur**, insbesondere zu Theatern, Lichtspielunternehmen, Konzerten, Vorträgen, artistischen Unternehmen, Tanzvorführungen und Ausstellungen kultureller Art, nicht mehr gestattet werden.

2. Den Juden ist die Möglichkeit gegeben, innerhalb des seit 1933 ausdrücklich zugelassenen jüdischen Kulturbundes ein eigenes Kulturleben zu schaffen und zu pflegen.

E. Sonstige Berufe.

I. Der Tierarzt.

1. **Juden ist die berufsmäßige Ausübung der Tiergesundheitspflege verboten.** § 2² der 8. VO. zum RWürgG. vom 17. I. 1939.

Bis zum Erlaß dieser Regelung hatten die früher bestellten jüdischen Tierärzte ihren Beruf weiter ausüben können.

2. **Bestellungen jüdischer Tierärzte sind mit dem 31. I. 1939 kraft Gesetzes erloschen.**

Die an jüdische Mischlinge bereits erteilten Bestellungen als Tierarzt sind unberührt geblieben. Die Tätigkeit dieser Tierärzte unterliegt aber in Anlehnung an die für Ärzte getroffene Regelung insofern einer gesetzlichen Beschränkung, als sie nicht Mitglieder der Reichstierärztekammer und der Tierärztekammern, ferner nicht Leiter einer tierärztlichen Vereinigung werden können, falls nicht durch den Leiter der Reichstierärztekammer eine Ausnahme zugelassen wird.

3. **Für die Neubestellung eines Tierarztes gelten dieselben Anforderungen an die Reinheit des Blutes wie für die Beamten.**

Von dieser grundsätzlichen Regelung ist die Erteilung von Ausnahmen vorgesehen, die in Härtefällen von dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit der Reichstierärztekammer zugelassen werden können (§ 3² Ziff. 5 der Reichstierärzteordnung vom 3. IV. 1936). Diese Bestimmung hat aber wegen der Vorschriften der 8. VO. zum RWürgG. nur Bedeutung für den Fall, daß der Bewerber Mischling oder daß der Ehegatte des Bewerbers nicht deutschblütig ist. Für Juden können Ausnahmen nicht zugelassen werden.

II. Der Zahnarzt.

1. **Juden ist die Ausübung der Zahnheilkunde (als Zahnarzt, Dentist usw.) verboten.** § 1 der 8. VO. zum RWürgG. vom 17. I. 1939.

Die Bestellungen jüdischer Zahnärzte sind mit dem 31. I. 1939 kraft Gesetzes erloschen. Die jüdischen Mischlingen bereits erteilten Bestellungen sind unberührt geblieben.

2. **Jüdischen Zahnärzten, deren Bestellung kraft Gesetzes erloschen ist, kann widerruflich die Ausübung ihres Berufs gestattet werden.**

a) Die Genehmigung wird durch den Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle erteilt. Sie berechtigt nur zur Behandlung von Juden, eventuell auch zur kassenzahnärztlichen Behandlung jüdischer Versicherten.

b) Eine entsprechende Genehmigung kann auch jüdischen Dentisten im Sinne des § 123 RVO. und jüdischen Zahntechnikern im Sinne des österreichischen Zahntechnikergesetzes erteilt werden.

3. **Für die Neubestellung von Zahnärzten gelten dieselben Anforderungen an die Reinheit des Blutes wie für die Beamten.**

Der Abstammungsnachweis ist vor Ablegung der Prüfungen in gleicher Weise zu führen, wie bei Beamten. Rundverfügung des Reichsministers des Innern vom 4. IV. 1939.

III. Der Apotheker.

1. **Von der Leitung öffentlicher Apotheken sind die Juden bereits im Jahre 1936 ausgeschlossen worden.**

Dies bedeutete, daß Apotheken, deren Inhaber Juden waren, verpachtet werden mußten und daß Juden als Pächter von Apotheken nicht mehr zugelassen waren. Art. 3 der VO. vom 26. III. 1936.

2. **Die Bestellungen jüdischer Apotheker sind kraft Gesetzes mit dem 31. I. 1939 erloschen.** § 1 der 8. VO. zum RWürgG. vom 17. I. 1939.

Den jüdischen Inhabern eines dinglichen Apothekenbetriebsrechts (sog. Apothekenrealrecht) ist gemäß § 1 der VO. über den Einfluß des jüdischen Vermögens vom 3. XII. 1938 (vgl. unten S. 67) aufgegeben worden, das Recht bis zum 30. VI. 1939 zu veräußern. Die in diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgten Veräußerungen sind durch einen Treuhänder durchgeführt worden.

3. **Für die Neubestellung von Apothekern gelten dieselben Anforderungen an die Reinheit des Blutes wie für Beamte.**

Der Abstammungsnachweis ist in gleicher Weise zu führen, wie bei Beamten. Rundverfügung des Reichsministers des Innern vom 4. IV. 1939.

IV. Ärztliches Pflegepersonal.

Für das ärztliche Pflegepersonal (z. B. Krankenschwestern) gelten nach der Krankenpflegeverordnung vom 28. IX. 1938 und den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen sinngemäß die gleichen Vorschriften wie für die Ärzte.

1. **Zur Ausbildung an einer Krankenpflegeschule und zur berufsmäßigen Ausübung der Krankenpflege werden grundsätzlich nur noch deutschblütige Bewerber und Bewerberinnen zugelassen.** §§ 2, 7 der VO.

Die Ausbildung des ärztlichen Pflegepersonals durch Deutschblütige ist ebenfalls sichergestellt: Einer Krankenpflegeschule wird die erforderliche staatliche Anerkennung versagt, wenn der Leiter der Schule wegen seiner oder seines Ehegatten Abstammung nicht Beamter werden konnte. § 5 der VO.

2. **Juden dürfen die Krankenpflege nur an Juden oder in jüdischen Anstalten berufsmäßig ausüben.** Die Ausbildung jüdischer Krankenschwestern und jüdischer Krankenpfleger darf nur an jüdischen Krankenpflegeschulen erfolgen. Personen deutschen oder artverwandten Blutes dürfen an solchen Schulen nicht ausgebildet werden. § 20 der VO.

Juden, die die Krankenpflege außerhalb einer Krankenanstalt ausüben, haben an ihrem Wohnhaus ein Schild zu führen, das unter ihrem Namen die Worte „Jüdische Krankenschwester“ bzw. „Jüdischer Krankenpfleger“ enthält. § 12 der VO. vom 28. IX. 1938.

3. **Bereits erteilte staatliche Anerkennungen an Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, die jüdische Mischlinge sind, bleiben unberührt.**

Die Neuausbildung jüdischer Mischlinge ist nur an jüdischen Krankenpflegeschulen möglich.

4. Die Vorschriften zu 1—3 gelten auch für die berufsmäßige Ausübung der Säuglings- und Kinderpflege. B.D. vom 15. XI. 1939.

V. Hilfskräfte in der Gesundheitspflege.

1. Juden, die zu den Hilfskräften in der Gesundheitspflege zählen (z. B. Masseure, Magnetisierer), dürfen ihre Tätigkeit nur an Juden und jüdischen Krankenanstalten ausüben. § 24 der 8. B.D. zum RBürgG. vom 17. I. 1938.
2. Juden und jüdischen Mischlingen ersten Grades darf die Erlaubnis zur berufsmäßigen Ausübung der Tätigkeit einer medizinisch-technischen Gehilfin oder Assistentin grundsätzlich nicht erteilt werden. §§ 2, 13 der B.D. vom 17. II. 1940.

VI. Hebammen.

Jüdinnen können die für die Ausübung des Hebammenberufs erforderliche staatliche Anerkennung nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit an jüdischen Entbindungs- und Krankenanstalten erhalten. Eine Niederlassungserlaubnis wird an jüdische Hebammen nicht erteilt. §§ 7, 11 des Hebammengesetzes vom 21. XII. 1938.

VII. Wirtschaftsprüfer und Bücherrevisoren.

Jüdische Wirtschaftsprüfer und vereidigte Bücherrevisoren werden nicht mehr öffentlich bestellt. Früher erteilte Bestellungen sind mit Wirkung vom 31. XII. 1938 widerrufen worden. Erlass vom 5. XI. 1938.

VIII. Steuerberater.

Personen nicht deutschblütiger Abstammung dürfen als Steuerberater nicht allgemein zugelassen werden. Zulassungen, die solchen Personen bereits erteilt waren, sind zurückgenommen worden. § 1 des Gesetzes vom 6. V. 1933.

Ausnahmen gelten:

1. Für nicht deutschblütige Rechtsanwälte und Notare. Sie dürfen jedoch als Bevollmächtigte oder Beistände in Steuerfällen nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall zugelassen werden. Juden kommen hier nur in Betracht, wenn sie als Konsulenten ausdrücklich zugelassen sind. Vgl. oben S. 41f.
2. Für solche Personen nichtdeutschblütiger Abstammung, die als Bevollmächtigte oder Beistände für Angehörige tätig werden.

IX. Helfer in Steuerfällen und Devisenfällen.

Die Erlaubnis für die Ausübung der Tätigkeit als Helfer in Steuerfällen und die Erlaubnis für die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Devisenfällen wird Juden nicht erteilt. Es gelten aber folgende Ausnahmen:

1. Zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in denjenigen Steuerfällen, die von einer jüdischen Religionsgemeinschaft oder für deren Rechnung erhobene Steuern betreffen, bedürfen Juden der sonst vorgeschriebenen Erlaubnis nicht. § 6 der B.D. vom 11. I. 1936.
2. Die Erlaubnis zur Hilfeleistung in Devisenfällen kann durch den Reichswirtschaftsminister auf Antrag Juden und jüdischen Vereinigungen erteilt werden, wenn diese zur Förderung der Auswanderung von Juden tätig sein wollen. In diesem Falle ist die Erlaubnis beschränkt auf die Hilfeleistung in Devisenfällen jüdischer Auswanderer. § 8 der B.D. vom 29. VI. 1936.

X. Rechtskonsulenten.

Die zur Ausübung der Tätigkeit als Rechtskonsulent notwendige Erlaubnis wird Juden nicht erteilt. § 5 der B.D. vom 13. XII. 1935. Davon ist der Konsulent, der durch die 5. B.D. zum RBürgG. eingeführt wurde, zu unterscheiden. Vgl. oben S. 41f.

Die Verhütung der Rassenmischung.

Vorbemerkung.

Der Nationalsozialismus ist den völkischen Entartungserscheinungen, die sich vor dem Jahre 1933 zeigten und die das rassische Absinken des deutschen Volkes erkennen ließen, zunächst durch seine erzieherische Arbeit entgegengetreten. Er hat das rassische Bewußtsein im deutschen Volke wieder geweckt und gestärkt und der Erkenntnis Raum geschaffen, daß die Reinheit des Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist. Trotzdem muß dort, wo natürliches Rasseempfinden und völkisches Verantwortungsbeußtsein trotz Aufklärung und Beratung nicht stark genug sind, um eine volksschädliche Rassenmischung zu verhindern, die Gesetzgebung eingreifen, um jeden Volksgenossen zur Beachtung der völkischen Mindestforderungen zu zwingen, deren Erfüllung zum Heile der Gesamtheit des Volkes und zum eigenen Besten jedes Einzelnen notwendig ist.

In Erkenntnis dieser Tatsache wurde das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz) erlassen, das dritte der Nürnberger Gesetze vom 15. IX. 1935. Das Gesetz ist durch eine Ausführungsverordnung vom 14. XI. 1935 ergänzt und näher ausgestaltet worden.

I. Während das Reichsbürgergesetz die Trennung des deutschen Volkes vom Judentum auf politischem Gebiet herbeiführt, bezweckt das Blutschutzgesetz in erster Linie die Sicherung und Reinerhaltung des deutschen Blutes vor dem Eindringen jüdischen Blutes. Das Gesetz ist die bedeutendste gesetzgeberische Maßnahme auf dem Gebiet der Rassenpflege.

II. Das Gesetz zieht einen scharfen Trennungsstrich auf biologischem Gebiet zwischen den Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes einerseits und den Juden und sonstigen Artfremden andererseits. Der Verhinderung des Eindringens neuen fremden und darum schädlichen Blutes dienen drei Maßnahmen:

1. Verbot von Mischehen.
2. Verbot des außerehelichen Verkehrs mit Juden.
3. Beschäftigungsverbot für deutschblütige Angestellte in jüdischen Haushaltungen.

III. Das Blutschutzgesetz und die Ausführungsverordnung dazu gelten auch in der Ostmark, in den sudetendeutschen Gebieten und im Protektorat Böhmen und Mähren. Vgl. die Ver-

ordnungen über die Einführung der Nürnberger Rassegesetze im Lande Österreich vom 20. V. 1938 und in den sudeten-deutschen Gebieten vom 27. XII. 1938 sowie die 3. W.D. zum Blutschutzgesetz vom 5. VII. 1941.

In der Ostmark war die Eingehung weiterer Mischehen schon vor der Inkraftsetzung des Blutschutzgesetzes durch eine vorläufige Anordnung des Reichsstatthalters unterbunden worden, indem Aufgebote in solchen Eranungsfällen zurückgestellt wurden.

I. Die Eheverbote

Bei den Eheverböten sind zu unterscheiden einmal diejenigen **Eheverböte wegen jüdischen Bluteinschlags**, die die Scheidung zwischen Judentum und deutschem Volkstum und die Reinigung des deutschen Volkstums von jüdischem Blut herbeiführen sollen, und ferner das **Eheverbot**, das die Aufnahme sonstigen artfremden Blutes in den deutschen Volkskörper verhindern soll.

A. Die Eheverböte wegen jüdischen Bluteinschlags.

1. Allgemeines.

I. Grund und Zweck der Eheverböte wegen jüdischen Bluteinschlags ist:

1. Das deutsche Blut soll rein erhalten werden. Das Judentum soll auf seinen eigenen Lebenskreis beschränkt werden.
2. Die Zwischenrasse der deutsch-jüdischen Mischlinge soll beseitigt werden. Auf dieses Ziel ist die Behandlung der Mischlinge durch das Blutschutzgesetz abgestellt. Dabei ist zwischen den Mischlingen ersten und denen zweiten Grades zu unterscheiden.

a) Die Mischlinge ersten Grades unterliegen gesetzlichen Beschränkungen bei der Eheschließung.

b) Bei den Mischlingen zweiten Grades sind der in das deutsche Blut eingebrungene jüdische Blutanteil und die jüdische Erbmasse nicht mehr sehr stark. Diese Mischlinge sollen daher möglichst schnell noch weiter aufgeteilt werden, bis durch die mit jeder Generation weiter fortschreitende Abschwächung des jüdischen Bluteinschlags die entstandene Mischrasse praktisch verschwunden ist.

II. Die Eheverböte wegen jüdischen Bluteinschlags sind im Blutschutzgesetz erschöpfend geregelt. Es kann also gegen eine Eheschließung wegen jüdischen Bluteinschlags eines Verlobten keine Einwendung vom Standesbeamten erhoben werden, die sich nicht aus dem Blutschutzgesetz oder seiner Ausführungsverordnung ergibt. (§ 5 W.D.) Dieser Grundsatz ist durch das in-

zwischen erlassene Ehegesetz vom 6. VII. 1938 ausdrücklich aufrechterhalten worden. § 4 EheG.

Der Grundsatz schließt nicht aus, daß da, wo das Gesetz eine besondere Erlaubnis verlangt (z. B. für die Eheschließung von Militärpersonen), dem Verlobten wegen jüdischen Bluteinschlags der Braut die Eheerlaubnis auch dann verweigert werden kann, wenn die Braut etwa nur ein Ahtel jüdischen Bluteinschlags hat. Das Ehehindernis ist dann nicht der Bluteinschlag, sondern die fehlende besondere Erlaubnis.

III. Die Prüfung, ob ein Eheverbot wegen jüdischen Bluteinschlags besteht, obliegt dem Standesbeamten. Er hat die Prüfung vor der Bestellung des Aufgebots vorzunehmen (§ 45 P.EtG.), und zwar dadurch, daß er die Verlobten zu einer Erklärung über ihre Abstammungsverhältnisse veranlaßt.

1. Zum Nachweis der von den Verlobten behaupteten Abstammung genügt regelmäßig, daß sie ihre Angaben durch Vorbringung ihrer Geburtsurkunden und der Heiratsurkunden ihrer Eltern belegen und dabei ausdrücklich die Versicherung abgeben, die Angaben über ihre Abstammung nach bestem Wissen gemacht zu haben. Werden dem Standesbeamten jedoch Tatsachen bekannt, die Zweifel an der Richtigkeit der behaupteten Abstammung erwecken, dann kann er verlangen, daß weitere Urkunden, insbesondere die Heiratsurkunden der Großeltern beigebracht werden.

Bei Angehörigen der 44 genügt eine Bescheinigung des Rasse- und Siebelschauptamts 44, daß die Eheschließung der Verlobten genehmigt oder freigegeben worden ist. Erlaß vom 31. I. 1938.

2. Im Falle der Kriegstraumung, d. h. wenn die Eheschließung ohne Aufgebot stattfindet, weil einer der Verlobten der Wehrmacht angehört oder zum Dienst in der Wehrmacht einberufen ist, genügt eine eidesstattliche Versicherung der Verlobten darüber, daß sie die Angaben über ihre persönlichen Verhältnisse, über ihre Eltern und über die rassische Einordnung und die Religion ihrer Großeltern nach bestem Wissen gemacht haben. Die Vorbringung von Urkunden, die die Verlobten nicht schon im Besitz haben, darf nicht verlangt werden. § 1^a der 2. W.D. zum P.EtG. vom 30. VIII. 1939.

IV. Wer im Sinne des Blutschutzgesetzes Jude, wer jüdischer Mischling ersten oder zweiten Grades und wer deutscher oder artverwandten Blutes ist, richtet sich nach den oben S. 13 f. dargelegten Begriffsbestimmungen (§ 1 W.D.). Den deutschen Staatsangehörigen werden Staatenlose mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland gleichgestellt (vgl. Näheres § 15 W.D.). Protektorsangehörige Juden gelten als Inländer. RdErl. des RMin. d. Innern v. 5. IX. 1940 (RMBlz. S. 1763).

Der Führer und Reichskanzler kann Befreiung von den Vorschriften des Blutschutzgesetzes und der Ausführungsverordnungen erteilen, also auch von den Ehehindernissen. § 16^a W.D.

V. Die einzelnen Eheverböte haben verschiedene Rechtswirkungen.

1. Zum Teil schaffen sie trennende Ehehindernisse mit der Wirkung, daß eine entgegen dem Verbot geschlossene Ehe grundsätzlich nichtig ist. Vgl. unten 2.

2. Zum Teil schaffen sie nur aufschiebende Ehehindernisse mit der Wirkung, daß die entgegen dem Verbot geschlossene Ehe trotz des Verstoßes gültig ist. Vgl. unten 3.

2. Eheverbote mit trennender Wirkung.

I. Verboten ist die Eheschließung:

1. Zwischen Juden deutscher oder fremder Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes. § 1^a BlutschG.
2. Zwischen Juden und staatsangehörigen Mischlingen zweiten Grades § 2 ABG.

Zu 1 und 2: Zu den beiden Verboten ist folgendes hervorzuheben:

- a) Die Mischlinge zweiten Grades werden in diesem Falle, da sie zu dreiviertel deutschblütigen Einschlag haben, den Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes gleichgestellt. Für beide besteht aber das Verbot, einen Juden zu heiraten, nur, wenn sie deutsche Staatsangehörige sind. Für Ausländer kann und will die deutsche Gesetzgebung keine Blutschutzvorschriften aufstellen.

z. B. Der Schweizer, der sein Geschäft in Deutschland hat und ständig hier lebt, aber Schweizer geblieben ist, kann eine Jüdin heiraten.

- b) Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes und staatsangehörige Mischlinge zweiten Grades dürfen in deutschem Interesse keinen Juden heiraten. Ob dieser Jude Inländer oder Ausländer ist, ist gleichgültig.

Soweit der Jude Ausländer ist und einem durch die Haager Eheschließungskonvention gebundenen Staate angehört, ist zu beachten, daß seine Eheschließung sich nach dem Recht seines Heimatstaates richtet. Da das ausländische Recht ein Ehehindernis wegen jüdischen Blutes nicht kennt, ist der Auslandsjude in Deutschland eheschließungsfähig. Die vorstehenden Eheverbote richten sich aber nicht nur gegen den jüdischen Teil, sondern auch gegen den deutschblütigen Teil und gelten daher für letzteren auch dann, wenn sie auf ersteren keine Anwendung finden können (zweiseitiges Eheverbot).

II. Bedeutung der Eheverbote.

Die Einhaltung vorstehender Eheverbote ist zum Schutze des deutschen Blutes durch gesetzliche Vorschriften sichergestellt worden. Eine diesen Verboten zuwider geschlossene Ehe ist daher grundsätzlich nicht nur nichtig, sondern die Eheschließung ist auch strafbar. Im einzelnen gilt folgendes:

1. Nichtigkeit.

Die Nichtigkeitsklage kann nur durch den Staatsanwalt erhoben werden. § 28^a EheG.

- a) Ist die Ehe in Deutschland oder im Ausland vor einer deutschen Konsularbehörde geschlossen, so ist sie nichtig, und zwar auch dann, wenn die Tatsachen, die das Verbot begründen, den Verlobten nicht bekannt waren. § 1^a ABG.

- b) Ist die Ehe im Ausland eingegangen, so ist sie nur dann nichtig, wenn sie „zur“ Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossen ist. Dies wird man z. B. immer annehmen können, wenn Verlobte dauernd im Inland leben, aber im Ausland eine Ehe schließen, die gegen die vorstehenden Bestimmungen verstößt.

- c) Ein Verlöbniß zwischen Personen, deren Eheschließung eines der trennenden Ehehindernisse des Blutschutzgesetzes entgegensteht, ist nichtig, weil nicht erfüllt werden kann. Haben solche Verlöbnisse beim Inkrafttreten des Blutschutzgesetzes bestanden, so sind sie von selbst aufgelöst worden.

- d) Ein Erblasser deutscher Staatsangehörigkeit und deutschen oder artverwandten Blutes kann einem Abkömmling den Pflichtteil entziehen, wenn der Abkömmling als Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes nach dem 16. IX. 1935 eine verbotene Ehe mit einem Juden eingegangen ist. § 2 des Gesetzes vom 5. XI. 1937.

2. Strafbarkeit.

- a) Ist die Ehe in Deutschland geschlossen, so ist die Zuwiderhandlung gegen die Eheverbote mit Zuchthaus bedroht; das gleiche gilt für eine Ehe, die im Ausland vor einer deutschen Konsularbehörde geschlossen ist. Da es sich um ein Verbrechen handelt, ist auch schon der Versuch strafbar. Irrtum über die Rassenzugehörigkeit schließt nach § 59 StGB die Bestrafung aus, dagegen eine falsche rechtliche Einordnung auf Grund bekannter rassendbiologischer Tatsachen nicht (vgl. RG. in „Deutsche Justiz“ 1936, S. 517).

- b) Ist die Ehe im Ausland geschlossen, so gilt die Strafandrohung nur, wenn die Ehe „zur“ Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossen ist. Daß die Tat im Ausland begangen ist, schließt die Strafverfolgung demnach nicht aus, sie bedarf aber der Zustimmung der Reichsminister der Justiz und des Innern, falls sie sich gegen einen Ausländer richtet. § 16^a ABG.

3. Eheverbote mit aufschiebender Wirkung.

I. Eine Ehe soll nicht geschlossen werden:

1. Zwischen staatsangehörigen Mischlingen ersten Grades (Halbjuden) einerseits und deutschblütigen Staatsangehörigen oder staatsangehörigen Mischlingen zweiten Grades (Vierteljuden) andererseits, es sei denn, daß die Eheschließung genehmigt wird. § 3 ABG.

- a) Die Genehmigung ist vorgeschrieben, um zu verhindern, daß durch die Heirat die Nachkommenschaft einen ungünstigen Einschlag nach der jüdischen Seite hin erhält. Nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen wird die Genehmigung erteilt.

- a) Für die Genehmigung sind der Reichsminister des Innern und die Parteikanzlei oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig.

- b) Bei der Entscheidung über die Genehmigung sind insbesondere zu berücksichtigen die körperlichen, seelischen und charakterlichen Eigenschaften des Antragstellers, die Dauer der Ansässigkeit seiner Familie in Deutschland, seine oder seines Vaters Teilnahme am Weltkrieg und seine sonstige Familiengeschichte.

b) Wird dem staatsangehörigen Mischling ersten Grades die Genehmigung zur Heirat mit einem deutschblütigen Staatsangehörigen oder einem staatsangehörigen Mischling zweiten Grades versagt oder will er die Genehmigung nicht nachsuchen, so kann er nur einen Juden oder einen Mischling ersten Grades heiraten, außerdem einen Ausländer ohne Rücksicht auf dessen Rassezugehörigkeit.

a) Heiratet der staatsangehörige Mischling ersten Grades einen Volljuden, so gilt er fortan selbst als Jude. Das bedeutet, daß er die Fähigkeit, Reichsbürger zu werden oder zu sein, verliert. Seine Nachkommen werden ebenfalls als Juden behandelt. Vgl. oben S. 16.

b) Heiratet er einen Mischling ersten Grades, so behält er die Fähigkeit, Reichsbürger zu sein oder zu werden. Die Eingliederung seiner Nachkommenschaft erfolgt nach den oben S. 14f. aufgestellten Grundsätzen.

c) Für ausländische Halbjuden besteht kein Eheverbot. Sie können sowohl Ausländer wie auch deutsche Staatsangehörige ohne Rücksicht auf deren Rassenzugehörigkeit heiraten. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich.

2. Zwischen staatsangehörigen Mischlingen zweiten Grades (Vierteljuden). Diese sollen nicht untereinander heiraten. § 4 ABO.

Dem staatsangehörigen Mischling zweiten Grades ist ferner die Ehe mit einem Volljuden überhaupt verboten (vgl. oben S. 51). Die Ehe mit einem staatsangehörigen Mischling ersten Grades ist ihm nur mit Genehmigung gestattet, wie vorstehend unter 1. ausgeführt. Zu diesen Verboten tritt dann noch das Verbot, um das es sich hier handelt, nämlich daß staatsangehörige Mischlinge zweiten Grades untereinander nicht heiraten sollen.

a) Den Mischlingen zweiten Grades erlaubt ist dagegen die Verehelichung mit Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes. Diese Regelung, die auf der einen Seite jede Annäherung an das Judentum ausschließt, auf der anderen Seite aber die Verbindung mit dem Deutschtum ohne Einschränkung gestattet, soll ein baldiges und vollkommenes Aufgehen des Mischblutes im deutschen Volkskörper herbeiführen.

Staatsangehörige Mischlinge zweiten Grades dürfen daher nur heiraten: Deutschblütige Staatsangehörige ohne weiteres, staatsangehörige Mischlinge ersten Grades mit Genehmigung, Ausländer, die nicht Volljuden sind.

b) Für ausländische Vierteljuden besteht kein Eheverbot. Sie können sowohl Ausländer wie auch deutsche Staatsangehörige ohne Rücksicht auf deren Rassenzugehörigkeit heiraten.

II. Die Bedeutung der Eheverbote.

Die Verbote haben nur aufschiebende Wirkung. § 8 ABO.

1. Keine Nichtigkeit.

Der Standesbeamte darf, wenn eines der Ehehindernisse vorliegt, die Ehe nicht abschließen. Die trotz des Verbotes geschlossene Ehe ist jedoch

gültig. Wie weit eine Aufhebung der Ehe möglich ist, bestimmt sich nach den §§ 37 ff. EheG.

2. Keine Strafbarkeit.

Eine Strafvorschrift für die Verlobten, welche die Eheverbote verletzen, besteht nicht. Nur der Standesbeamte, der bei der Eheschließung mitwirkt, macht sich nach § 69 StGB. strafbar.

3. Entziehung des Pflichtteils.

Ein Erblasser deutscher Staatsangehörigkeit und deutschen oder artverwandten Blutes kann einem Abkömmling den Pflichtteil entziehen, wenn der Abkömmling als Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes ohne die erforderliche Genehmigung mit einem jüdischen Mischling die Ehe eingegangen ist. § 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. XI. 1937.

B. Das Eheverbot wegen artfremden Blutes.

Eine Ehe soll nicht geschlossen werden, wenn aus ihr eine die Reinerhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist. § 6 ABO.

I. Der Grund des Eheverbots.

Da die Reinerhaltung des deutschen Blutes gegen die Aufnahme jüdischen Blutes besonders und erschöpfend geregelt ist, handelt es sich hier nur um den Schutz des deutschen Blutes gegen Vermischung mit anderem artfremden Blut als dem jüdischen Blut, wie es besonders die Völker Asiens und Afrikas aufweisen. Gerade die wertvollsten artfremden Völker lehnen auch ihrerseits jede Rassenmischung mit Angehörigen von Völkern, die ihnen artfremd sind, ab, weil sie gleichfalls das Ungesunde einer solchen Verbindung fühlen. Der Grund für das Verbot des § 6 ist also die Andersartigkeit fremder Rassen. Vgl. dazu oben S. 5f., 9f.

II. Inhalt des Eheverbots.

Das Verbot ist gegeben, wenn aus der Ehe eine Nachkommenschaft zu erwarten ist, die die Reinerhaltung des deutschen Blutes gefährdet. Die Nachkommenschaft von Ausländern soll durch das Verbot nicht geschützt werden.

1. Der eine Verlobte muß deutschblütig sein und der andere Verlobte muß einer anderen artfremden Rasse angehören als der jüdischen.

a) Dem deutschblütigen Verlobten ist der Verlobte mit nur einem Viertel jüdischen Blutes, der aber im übrigen deutschblütig ist, gleichzustellen.

b) Der Verlobte der artfremden Rasse braucht nicht ein reiner Rassevertreter dieser Rasse zu sein. Auch durch eine Eheschließung eines Deutschblütigen mit einem Dreiviertel- oder Halbneger wird das Blut der Nachkommenschaft gefährdet.

2. Der männliche Verlobte muß deutscher Staatsangehöriger sein.

- a) Ist der männliche Verlobte Ausländer, so werden dessen Kinder Ausländer. Sie gehen den deutschen Gesetzgeber nichts an.
- b) Ist der weibliche Verlobte Ausländer, so ist er zwar in Deutschland trotz des Eheverbotes ehelich, da das ausländische Recht für seine Ehelichkeit gilt und das ausländische Recht dieses Eheverbot nicht kennt. Das Verbot des § 6 schafft aber ein zweiseitiges Ehehindernis und gilt daher ebenfalls für den männlichen deutschen Staatsangehörigen, falls die Voraussetzungen für das Eheverbot gegeben sind.

III. Wirkungen des Eheverbots.

1. Die Ehe soll nicht geschlossen werden. Der Standesbeamte darf sie nicht vollziehen und setzt sich der Bestrafung aus, wenn er es doch tut. Vor der Eheschließung hat jeder Verlobte durch das Ehefähigkeitszeugnis (vgl. unten S. 118f.) nachzuweisen, daß kein Ehehindernis in Sinne des § 6 vorliegt. § 7 ABG.
2. Die trotz des Eheverbotes geschlossene Ehe ist aber gültig. Wer dem Verbot zuwiderhandelt, ist nicht strafbar.

II. Verbotener Geschlechtsverkehr und Beschäftigungsverbot.

A. Verbotener Geschlechtsverkehr.

Die Verbote über außerehelichen Geschlechtsverkehr bezwecken gleichfalls die Reinerhaltung der deutschen Rasse und stellen sich als eine Ergänzung der Eheverbote dar. Sie beschränken sich aber auf die Fälle, in denen die daraus zu erwartende Nachkommenschaft unter rassenbiologischen Gesichtspunkten am wenigsten erwünscht ist.

I. Die beiden Verbote.

Verboten ist der außereheliche Geschlechtsverkehr in den beiden Fällen, in denen eine Eheschließung die Richtigkeit der Ehe zur Folge haben würde. Also:

1. Zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes. § 2 BlutsG., § 11 ABG.
2. Zwischen Juden und staatsangehörigen Mischlingen zweiten Grades. § 11¹ ABG.

In den Fällen, in denen ein Eheverbot nur trennende Wirkung hat, besteht bisher kein ausdrückliches Verbot des Geschlechtsverkehrs, z. B. für den Fall des unehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Mischlingen 1. Grades und Deutschblütigen. Das bedeutet jedoch nicht, daß gegen einen solchen Geschlechtsverkehr von Staats wegen nichts einzuwenden wäre. Diese Fälle des Geschlechtsverkehrs widersprechen vielmehr ebenfalls den Erfordernissen der Rassenpflege und sind daher unerwünscht. Die Beteiligten müssen daher mit einem Einschreiten von Staats wegen rechnen.

II. Wirkung des Verbotes.

Der Mann — Deutscher oder Jude — der dem Verbote

Da es sich um ein Verbrechen handelt, ist auch der Versuch strafbar. Irrtum über die Rassenzugehörigkeit des anderen Teiles schließt die Bestrafung aus. § 5¹ BlutsG., § 11 ABG. Im übrigen vgl. S. 53 unter 2a.

Für das Verbrechen der Rassenverehrung ist nach dem Sinne des Gesetzes der Mann allein verantwortlich. Daher kann die beteiligte Frau auch nicht wegen Teilnahme oder Begünstigung bestraft werden. ABG. vom 16. II. 1940.

B. Das Verbot der Beschäftigung deutschblütiger Hausangestellten.

Juden dürfen weibliche Hausangestellte deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen. § 3 BlutsG.

Der Grund dieser Bestimmung ist die Sicherstellung des Verbotes des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und Deutschblütigen. Deshalb sind auch ausländische Juden, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Deutschland haben, dem Verbot unterworfen. § 12¹ ABG.

In der Ostmark ist das Verbot am 1. VIII. 1938 und in den sudeten deutschen Gebieten am 1. II. 1939 in Kraft getreten. ABG. vom 20. V. 1938 und 27. XII. 1938.

I. Das Verbot.

1. Es bezieht sich auf weibliche Hausangestellte, die deutschblütig sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.
2. Es bezieht sich nur auf Hausangestellte unter 45 Jahren. Deutschblütige Frauen über 45 Jahren können also in einem jüdischen Haushalt beschäftigt werden.

War eine Hausangestellte, die am 31. XII. 1935 über 35 Jahre alt war, bei Erlass des Gesetzes in einem jüdischen Haushalt beschäftigt, so darf sie in diesem Haushalt in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis bleiben. § 12¹ ABG.

3. Verboten ist die Beschäftigung in einem jüdischen Haushalt.

- a) Ein Haushalt ist jüdisch, wenn ein jüdischer Mann Haushaltsvorstand ist oder der Hausgemeinschaft angehört. § 12¹ ABG.
- b) Im Haushalt beschäftigt ist, wer im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses in die Hausgemeinschaft aufgenommen ist, oder wer mit alltäglichen Hausarbeiten oder anderen alltäglichen, mit dem Haushalt in Verbindung stehenden Arbeiten beschäftigt ist. § 12¹ ABG.

II. Wirkung des Verbotes.

1. Privatrechtliche Wirkung.

- a) Bestehende Verträge, denen das Verbot entgegensteht, sind unwirksam geworden.
- b) Neue Verträge, die das Verbot verletzen, sind nichtig.

2. Strafrechtliche Wirkung.

- a) Der Haushaltsvorstand ist strafbar. Ist er selbst nicht Jude, aber ist der Haushalt deshalb ein jüdischer, weil ein jüdischer Mann der Hausgemeinschaft angehört, so trifft ihn gleichwohl die Strafandrohung. § 13 ABG.
- b) Die Strafandrohung ist auf den jüdischen Mann im Haushalt zu übertragen.

Die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft.

Vorbemerkung.

Während durch das Reichsbürgergesetz die Juden von der politischen Mitbestimmung völlig und endgültig ausgeschlossen wurden, während das Blutschutzgesetz die biologische Seite des Judenproblems löste und während auf vielen anderen Lebensgebieten die zur Zurückdrängung des jüdischen Einflusses erforderlichen Bestimmungen bereits in Kraft waren, wurden auf wirtschaftlichem Gebiet zunächst keine allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zur Beseitigung des jüdischen Einflusses erlassen, sondern nur einzelne Sonderfragen geregelt. Das ist im wesentlichen auf zwei Tatsachen zurückzuführen: Einmal auf den allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstand, den der Nationalsozialismus bei der Machtübernahme angetroffen hat, und andererseits auf die Vormachtstellung, die die Juden auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens innehatten. Die Entfernung der Juden aus dieser ihrer Stellung bedeutete einen so tiefgehenden Eingriff in die Wirtschaft, daß zunächst der allgemeine Wiederaufbau und die Neuordnung des deutschen Wirtschaftslebens durchgeführt sein mußten. Als diese Voraussetzung gegeben war, hat der Beauftragte für den Vierjahresplan im Jahre 1938 die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft in die Aufgaben des Vierjahresplanes einbezogen und im Rahmen dieses Planes durchgeführt.

Die zu diesem Zwecke erlassenen gesetzlichen Vorschriften ergeben folgendes allgemeine Bild:

- I. Das Ziel der Gesetzgebung besteht darin, die Juden völlig aus der deutschen Wirtschaft auszuschalten und dem jüdischen Kapital alle Einflußmöglichkeiten auf das deutsche Wirtschaftsleben zu nehmen.
- II. Die erlassenen Vorschriften beziehen sich entsprechend der Tatsache, daß es sich bei der Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft um eine rassenpolitische Aufgabe handelt, stets auf alle Juden und lassen grundsätzlich Ausnahmen nicht zu.
 1. Verfügungen, durch die Juden fremder Staatsangehörigkeit betroffen werden, bedürfen aus allgemeinen politischen Gründen der Zustimmung des Reichswirtschaftsministers.
 2. Die wirtschaftliche Stellung der jüdischen Mischlinge bleibt entsprechend der Grundrichtung der Nürnberger Gesetzgebung unberührt. Die zur Ausschaltung der Juden erlassenen Vorschriften gelten also nicht für die jüdischen Mischlinge.

III. Das Gesetzgebungswerk ist im wesentlichen abgeschlossen. Es umfaßt zwei große Gebiete:

1. Die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft.
2. Die Beseitigung sonstigen wirtschaftlichen Einflusses der Juden.

I. Die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft.

Um die schwierige Aufgabe der Ausschaltung der Juden aus der gewerblichen Wirtschaft in Angriff nehmen zu können, war es zunächst erforderlich, durch allgemeine Vorschriften festzustellen, welche Betriebe als jüdisch gelten sollen, und sodann diese Betriebe zu erfassen, um einen Überblick über ihre Zahl und Art zu bekommen. Das ist durch die 3. B.D. zum R.BürgerG. vom 14. VI. 1938 geschehen (vgl. unten A). Durch die im Anschluß daran erlassenen Vorschriften wurden die Juden von einer Reihe von Gewerben schließlich ausgeschlossen und ihnen bestimmte Betriebsarten untersagt (vgl. unten B—C). Die danach noch verbliebenen jüdischen Betriebe durften zunächst weitergeführt werden, unterlagen aber gesetzlichen Beschränkungen. Außerdem wurden die Vorschriften erlassen, die zur Überführung dieser Betriebe in deutschen Besitz notwendig waren (vgl. unten D).

A. Begriff und Erfassung der jüdischen Gewerbebetriebe.

- I. Der Begriff des jüdischen Gewerbebetriebs ist durch die Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. VI. 1938 festgelegt worden. Die Begriffsbestimmung hat, weil sie in einer Verordnung zum Reichsbürgergesetz enthalten ist, ähnlich wie die Begriffe Jude und jüdischer Mischling (vgl. oben S. 13f.) Geltung für alle Rechts- und Verwaltungsgebiete, auf denen Sonderbestimmungen für jüdische Gewerbebetriebe bestehen oder auf denen diese Frage aus einem anderen Grunde eine Rolle spielt.

Bei dem Begriff „jüdischer Gewerbebetrieb“ handelt es sich nicht eigentlich um einen Begriff des Rassenrechts im engeren Sinne, sondern um eine Begriffsbestimmung, deren Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Da „jüdisch“ als Begriff des Rassenrechts unmittelbar nur auf Personen (physisch) angewendet werden kann, spricht das Gesetz nicht von Gewerbebetrieben, die jüdisch „sind“, sondern von solchen, die „als jüdisch gelten“.

1. Als jüdisch gelten nach der näheren Bestimmung der Verordnung alle Gewerbebetriebe, bei denen anzunehmen ist, daß die Betriebsführung unter jüdischem Einfluß steht.
 - a) Ein Gewerbebetrieb gilt als jüdisch, wenn der Inhaber Jude ist. Der Gewerbebetrieb einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft gilt als jü-

disch, wenn ein oder mehrere persönlich haftende Gesellschafter Juden sind.

- b) Der Gewerbebetrieb einer juristischen Person gilt als jüdisch, wenn im Vorstand, im Aufsichtsrat oder unter den Geschäftsführern ein Jude ist, oder wenn Juden nach Kapital oder Stimmrecht entscheidend beteiligt sind.

Entscheidende Beteiligung nach Kapital ist gegeben, wenn mehr als ein Viertel des Kapitals Juden gehört. Entscheidende Beteiligung nach Stimmrecht ist gegeben, wenn die Stimmen der Juden die Hälfte der gesamten Stimmenzahl erreichen. Die Schwierigkeiten, die sich bei vielen Aktiengesellschaften, insbesondere bei solchen, deren Aktien börsenmäßig gehandelt werden, für die Feststellung des Aktienbesitzes ergeben, werden durch eine gesetzliche Vermutung behoben. Danach wird angenommen, daß jüdischem Kapitalbesitz regelmäßig auch eine jüdische Vertretung im Vorstand oder Aufsichtsrat entspricht. Gehört daher weder dem Vorstand noch dem Aufsichtsrat ein Jude als Mitglied an, so wird vermutet, daß Juden nach Kapital oder Stimmrecht nicht entscheidend beteiligt sind. Als Stichtag gilt der 1. I. 1938. Die Vermutung ist widerlegbar. § 2 der 3. WD. zum RWürgG.

- c) Ein Gewerbebetrieb gilt auch dann als jüdisch, wenn er tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß von Juden steht. § 3 der 3. WD. zum RWürgG.

Diese Generalklausel, die die speziellen Begriffsbestimmungen ergänzt, gibt die Möglichkeit, Mißbräuchen mit den Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts zu begegnen und auch sog. getarnte jüdische Betriebe zu erfassen.

- d) Die Zweigniederlassung eines jüdischen Gewerbebetriebs gilt als jüdisch, auch wenn der Leiter nichtjüdisch ist.

Die Zweigniederlassung eines nichtjüdischen Gewerbebetriebs gilt dann als jüdisch, wenn der Leiter oder einer von mehreren Leitern der Zweigniederlassung Jude ist.

- e) Auf Vereine, Stiftungen, Anstalten und sonstige Unternehmen, die nicht Gewerbebetriebe sind, ist die Begriffsbestimmung des jüdischen Gewerbebetriebs entsprechend anwendbar. § 6 der 3. WD. zum RWürgG.

Danach gilt also z. B. eine Stiftung als jüdisch, wenn dem Vorstand ein Jude angehört. Sind die Mitglieder des Vorstands deutschblütig, sind aber die Stiftungsempfänger satzungsgemäß ganz oder teilweise Juden, so kann die Stiftung auf Grund des § 3 (oben c) als jüdisch gelten.

2. Die Gewerbebetriebe der jüdischen Mischlinge gelten nicht als jüdische Gewerbebetriebe, da ein jüdischer Gewerbebetrieb die Beteiligung eines Juden (vgl. zu diesem Begriff oben S. 15) voraussetzt.

Die Verordnung zieht entsprechend dem auf wirtschaftlichem Gebiet geltenden allgemeinen Grundsatz den Trennungsstrich bei den Juden und erfaßt alle jüdischen Gewerbebetriebe. Damit ist die Frage, ob ein Betrieb als „arisch“ oder „deutsch“ anzusehen ist, hinfällig geworden. Da alle gesetzlichen Beschränkungen sich auf jüdische Betriebe beziehen, handelt es sich stets nur darum, festzustellen, ob im Einzelfalle ein Betrieb als jüdisch gilt oder nicht. Ob der Betriebinhaber weitergehenden Anforderungen an die Reinheit.

des Blutes genügt, ist für seine Rechtsstellung auf wirtschaftlichem Gebiet ohne Bedeutung.

- II. Die jüdischen Gewerbebetriebe sind, um die Öffentlichkeit entsprechend zu unterrichten und die planvolle Durchführung der Entjudung zu erleichtern, amtlich festgestellt und in Verzeichnissen zusammengefaßt. § 7 der 3. WD. zum RWürgG.

Sonstige Listen oder Zusammenstellungen (Branchenverzeichnisse) dürfen nur nach Maßgabe der amtlichen Verzeichnisse angefertigt werden.

1. Die Verzeichnisse geben eine vollständige Übersicht über die örtlichen jüdischen Gewerbebetriebe. Ist ein Betrieb nicht eingetragen, dann ergibt sich hieraus ohne weiteres, daß er nicht unter jüdischem Einfluß steht. Dem geschäftlichen Verkehr steht dann insoweit kein Hindernis entgegen.

Eine besondere Spalte gibt Auskunft über diejenigen Tatsachen, die zur Eintragung geführt haben; insbesondere sind hier angegeben bei einer OHG. und einer Kommanditgesellschaft die Namen der jüdischen Gesellschafter, bei dem Gewerbebetrieb einer juristischen Person die Namen der jüdischen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats.

2. Die Verzeichnisse der jüdischen Gewerbebetriebe werden durch örtliche Behörden (Ortspolizeibehörden) geführt und liegen zur Einsicht für jedermann auf. §§ 14¹, 15 der 3. WD. zum RWürgG.

Die Eintragung eines Gewerbebetriebes in das Verzeichnis wird gelöscht, wenn die Voraussetzungen für die Eintragung wegfallen, insbesondere also, wenn der Betrieb entjudet wird. § 12 der 3. WD. zum RWürgG.

- III. Die Verschleierung jüdischer Gewerbebetriebe ist strafbar. Nach der Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 22. IV. 1938 wird der deutsche Staatsangehörige bestraft, der aus eigennützigen Beweggründen dabei mitwirkt, den jüdischen Charakter eines Gewerbebetriebs zur Irreführung der Bevölkerung oder der Behörden zu verschleiern.

Bestraft wird ferner auch derjenige, der für einen Juden ein Rechtsgeschäft schließt und dabei unter Irreführung des anderen Teiles die Tatsache, daß er für einen Juden tätig ist, verschweigt.

B. Verbotene Gewerbe.

- I. Juden können seit dem 1. I. 1939 Einzelhandelsverkaufsstellen nicht mehr betreiben; dasselbe gilt für Versandgeschäfte und für Bestellkontore. § 1 der WD. zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. XI. 1938 mit WD. vom 23. XI. und 14. XII. 1938.

Die äußere Veranlassung zu dieser Verordnung gab die Ermordung des deutschen Gesandtschaftsrats vom Rath in Paris durch den Juden Grinspan und die dadurch hervorgerufene allgemeine Empörung des deutschen Volkes, die auch zu Demonstrationen gegen die jüdischen Geschäfte führte.

1. Die besondere Bedeutung dieser Vorschrift besteht darin, daß damit die jüdischen Geschäfte aus dem Straßenbild völlig verschwunden sind; denn dem Verbot unterliegen alle Arten von Geschäften, in denen Waren zum Verkauf an Verbraucher bereitgehalten werden. Darunter fallen alle jüdischen offenen Ladengeschäfte. Verbotswidrig weitergeführte jüdische Geschäfte sind polizeilich geschlossen worden.

Das Einzelhandelsverbot gilt nicht für den Betrieb solcher Verkaufsstellen, die nur dem Verkauf an Wiederverkäufer dienen, sog. Engrosgeschäfte, und ferner nicht für den Vertrieb von Waren an Personen, die die Waren zur Verwendung in ihrem gewerblichen Betrieb beziehen.

2. Die bisherigen jüdischen Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäfte und Bestellkontore sind grundsätzlich aufgelöst und abgewickelt, also in der Regel nicht in deutschen Besitz überführt worden. Nur soweit in besonderen Fällen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung die Weiterführung erforderlich war, wurden die Betriebe erhalten und konnten nach Veräußerung an einen nichtjüdischen Erwerber weitergeführt werden (§ 1 der VO. vom 23. XI. 1938). Diese Regelung diente zugleich der Beseitigung der allgemeinen Übersehung des Einzelhandels.

Die Art der Abwicklung wurde nicht dem jüdischen Inhaber überlassen. Sie wurde vielmehr in der Weise durchgeführt, daß unter Vermeidung des Verkaufs oder der Versteigerung der Waren an letzte Verbraucher die zuständige Sachgruppe oder Zweckvereinigung die Unterbringung nach Maßgabe einer Bewertung durch Sachverständige übernahm. Für die Befriedigung der Gläubiger aus dem Erlös der gesamten Abwicklung galt die in der Kontosordnung vorgesehene Reihenfolge.

II. Juden ist ferner der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt. § 1 der VO. vom 12. XI. 1938.

1. Jüdische Inhaber von Handwerksbetrieben sind zum 31. XII. 1938 in der Handwerksrolle gelöscht worden. § 5^a der VO. vom 23. XI. 1938.
2. Im Gegensatz zu dem Grundsatz, der bei der Ausschaltung der Juden aus dem Einzelhandel galt, mußten die jüdischen Handwerksbetriebe nicht grundsätzlich aufgelöst werden; sie konnten vorbehaltlich der staatlichen Genehmigung (vgl. unten S. 65 ff.) an nichtjüdische Erwerber veräußert werden.

III. Juden und jüdischen Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit ist außerdem der Betrieb nachfolgender Gewerbe untersagt. (Art. I des Gesetzes vom 6. VII. 1938):

1. Das Bewachungsgewerbe.
2. Die gewerbsmäßige Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten.
3. Der Handel mit Grundstücken; für Juden, die dieses Gewerbe bisher betrieben haben, gilt das Verbot vom 1. I. 1939 ab.
4. Die Geschäfte gewerbsmäßiger Vermittlungsagenten für Immobilienverträge und Darlehen sowie des Gewerbes der Haus- und Grundstücksverwalter; unter die Vermittlung von Immobilienverträgen fällt auch die Wohnungsvermittlung.

Für jüdische Gewerbetreibende, die eines dieser Gewerbe bisher betrieben haben, galt dieselbe Regelung wie für das Verbot des Handels mit Grundstücken; diesen jüdischen Gewerbetreibenden war die Ausübung der genannten Gewerbe noch bis zum 31. XII. 1938 gestattet.

5. Die gewerbsmäßige Heiratsvermittlung mit Ausnahme der Vermittlung von Ehen zwischen Juden oder zwischen Juden und jüdischen Mischlingen ersten Grades.

6. Das Fremdenführergewerbe.

7. Die gewerbsmäßige Reisevermittlung. VO. vom 8. II. 1939.

Eine Ausnahme gilt nach einem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 8. V. 1939 für die jüdischen Auswanderungsagenten. Diese dürfen zur Vorbereitung der Auswanderung von Juden Reisen vermitteln.

IV. An Märkten aller Art, Messen und Ausstellungen dürfen Juden vom 1. I. 1939 an nicht mehr teilnehmen.

Es ist ihnen verboten, bei solchen Gelegenheiten Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen aufzunehmen. § 1^a der VO. vom 12. XI. 1938.

V. Wandergewerbescheine (§ 55 RGO.), Legitimationskarten (§ 44a RGO.), Legitimationscheine (§ 43 RGO.) und Stadthausierscheine (§ 42b RGO.) werden an Juden nicht mehr ausgestellt. Bereits erteilte Scheine sind mit dem 30. IX. 1938 ungültig geworden. Art. I des Gesetzes zur Änderung der RGO. vom 6. VII. 1938.

Da die RGO. in der Ostmark und in den sudeten deutschen Gebieten nicht gilt, sind die genannten Vorschriften dort noch nicht in Kraft getreten.

VI. Außer den genannten Vorschriften gelten noch einige gewerberechtliche Sonderbestimmungen, die Verbote für Juden enthalten:

1. Juden wird die zur Ausübung des Versteigerergewerbes notwendige Erlaubnis nicht erteilt. Die bereits erteilten Erlaubnisse sind erloschen. § 1 des Gesetzes vom 5. II. 1938.
2. Juden werden zum Börsenbesuch nicht zugelassen. Erlaß vom 20. VI. 1938.
3. Die zur gewerbsmäßigen Herstellung von Schusswaffen und Munition und zum Handel mit ihnen erforderliche Erlaubnis darf Juden nicht erteilt werden. Die Versagung der Erlaubnis ist außerdem auszusprechen, wenn eine der für die kaufmännische oder für die technische Leitung des Gewerbebetriebes in Aussicht genommenen Personen Jude ist. §§ 3^b, 7^a des Gesetzes vom 18. III. 1938.

C. Weitere gesetzliche Beschränkungen.

- I. Für die jüdischen Gewerbebetriebe wurden außerdem noch folgende besondere Vorschriften erlassen, die ebenfalls dazu

beigetragen haben, die Betätigungsmöglichkeiten für jüdische Kaufleute zu vermindern und sie zur Aufgabe ihrer Geschäfte zu veranlassen:

1. Bei der Vergebung öffentlicher Aufträge werden jüdische Betriebe grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt.
2. Postwurfsendungen jüdischer Absender werden nur zugelassen, wenn die Sendungen an jüdische Gewerbebetriebe verteilt werden sollen. Verfügung des Reichspostministers vom 21. VI. 1938.
3. Das Flaggenverbot des Blutschutzgesetzes gilt auch für die Beflaggung der Gebäude jüdischer Gewerbebetriebe. Vgl. oben S. 32.
4. Die jüdischen Gewerbebetriebe können notwendigenfalls durch ein besonderes Zeichen kenntlich gemacht werden. § 17 der 3. VO. zum RWürgG.

Die Anwendung dieser Bestimmung erwies sich nicht als erforderlich. Von der Einführung eines reichseinheitlichen Zeichens konnte daher abgesehen werden.

- II. Juden können nicht Betriebsführer oder stellvertretende Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit sein. Jüdische Betriebsführer und stellvertretende Betriebsführer sind, auch wenn sie eine fremde Staatsangehörigkeit besessen haben, mit dem 31. XII. 1938 ausgeschlossen. § 2 der VO. vom 12. XI. 1938.

Diese Vorschrift war notwendig, weil es mit den rassenpolitischen Grundsätzen unvereinbar ist, daß die sozialpolitischen Aufgaben, die dem Betriebsführer obliegen, von einem Juden gegenüber einer deutschblütigen Gefolgschaft wahrgenommen werden. Eine Ausnahme von der Vorschrift kann deshalb durch den Reichstreuhand der Arbeit dann zugelassen werden, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der neben einem jüdischen Unternehmer eine geschlossene jüdische Gefolgschaft aufweist (z. B. ein jüdisches Krankenhaus). Vgl. § 6 der VO. vom 14. XII. 1938.

- III. Verträge mit Juden, die noch als leitende Angestellte in einem Wirtschaftsunternehmen tätig sind, konnten in Abweichung von anderweitigen gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen mit einer Kündigungsfrist von 6 Wochen gelöst werden. § 2² der VO. vom 12. XI. 1938.

1. Im Falle der Kündigung sind mit Ablauf der Kündigungsfrist alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrag, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen erlöschen. Erlangt der Unternehmer dadurch einen erheblichen Vorteil, so kann ihm durch eine beim Reichsverwaltungsgericht eingerichtete Schiedsstelle eine Ausgleichszahlung zugunsten des Reichs auferlegt werden. § 2² S. 2 der VO. vom 10. VI. 1940.
2. Ist ein Jude schon vor Inkrafttreten der VO. vom 12. XI. 1938 als leitender Angestellter ausgeschlossen, so wird auf Antrag des Unternehmers oder des Reichswirtschaftsministers über die aus dem Dienstverhältnis herrührenden vermögensrechtlichen Ansprüche des Juden (Versorgungsbezüge usw.)

unter Ausschluß des Rechtsweges durch eine bei dem Reichsverwaltungsgericht eingerichtete Schiedsstelle entschieden. Die Schiedsstelle kann, falls der Unternehmer durch ihre Entscheidung einen erheblichen Vorteil erlangt, auch hier eine Ausgleichszahlung zugunsten des Reichs anordnen, falls dies der Billigkeit entspricht. § 2 der VO. vom 10. VI. 1940.

- IV. Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein (§ 3¹ der VO. vom 12. XI. 1938). Die Vorschrift bezweckt das Ausscheiden der Juden aus dem genossenschaftlichen Verhältnis mit deutschblütigen Genossenschaftsmitgliedern.

1. Die Mitgliedschaft jüdischer Mitglieder von Genossenschaften ist kraft Gesetzes mit dem 31. XII. 1938 erlöschen. Eine besondere Kündigung war nicht erforderlich.
2. Über die Geschäftsguthaben der ausscheidenden jüdischen Genossenschaftsmitglieder ist eine ausdrückliche Bestimmung nicht getroffen worden. Die Auseinandersetzung regelt sich daher nach den allgemeinen Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes.

- V. Ein Jude kann nicht Anteilsigner der Deutschen Reichsbank sein. § 11² des Reichsbankgesetzes vom 15. VI. 1939.

• Das gleiche gilt für jüdische Mischlinge.

- VI. Auf einen jüdischen Schuldner ist nicht anwendbar:

1. Das Gesetz zur Vereinigung alter Schulden vom 17. VIII. 1938/3. IX. 1940. § 5 Ziff. 2 des Gesetzes.
2. Die Vertragshilfeverordnung vom 30. IX. 1939. § 33 der VO.
3. Die Kriegsausgleichsverordnung vom 30. XI. 1939. § 9 der VO.

Grund dieser Regelung: Die genannten Vorschriften dienen dem Schutz deutscher Schuldner. Ihre Anwendung auf Juden würde dem Ziel, die Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben auszuschalten, widersprechen.

D. Die Entjudung der jüdischen Gewerbebetriebe.

Durch die Ausschaltung der Juden aus dem Einzelhandel und zahlreichen anderen Gewerben und durch die sonstigen einschneidenden Sonderbestimmungen war die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft bereits zum großen Teil erreicht worden. Von den unbedingten Verböten blieben im wesentlichen noch zwei Gruppen von Betrieben ausgenommen, nämlich die Fabrikations- und die Zwischenhandelsbetriebe. Auch diese Betriebe sind inzwischen entjudet worden.

Der für die „Entjudung“ häufig gebrauchte Ausdruck „Arisierung“ ist unzutreffend, weil er nicht der Ausdrucksweise der Nürnberger Gesetzgebung entspricht und ferner zu unrichtigen Rückschlüssen auf die Rechtsstellung der Gewerbebetriebe der jüdischen Mischlinge veranlaßt, die nicht als jüdisch gelten. Vgl. oben S. 59 ff.

- I. Zum Teil ist die Entjudung der jüdischen Gewerbebetriebe erfolgt durch freiwillige Veräußerung mit behördlicher Genehmigung.

1. Die Veräußerung eines jüdischen Gewerbebetriebes ist durch § 1 der Anordnung vom 26. IV. 1938 genehmigungspflichtig

gemacht worden, um die Entjudung planmäßig durchzuführen zu können. Genehmigungspflichtig ist auch die Verpachtung jüdischer Gewerbebetriebe und die Veräußerung von Beteiligungen an offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Die Genehmigung ist regelmäßig versagt worden:

- a) Wenn die Zahl der vorhandenen gleichartigen gewerblichen Betriebe eine Überlegung des Gewerbebezugs ergibt und daher die Auflösung des jüdischen Betriebs erwünscht ist.
- b) Wenn der Unternehmer keine Branchenkunde besitzt und daher nicht in der Lage wäre, den Betrieb zu leiten.
- c) Wenn ein bisher selbstständiger Betrieb durch ein Großunternehmen aufgekauft werden soll.
- d) Wenn Grund zu der Annahme besteht, daß es sich nicht um eine tatsächliche Veräußerung, sondern nur um eine Tarnung durch Vorstreckung von Strohmännern handelt.

2. Die Genehmigung zur Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe kann mit Auflagen verbunden werden.

Geschieht dies, so ist der Veräußerer nicht berechtigt, aus diesem Grunde vom Vertrag zurückzutreten. Eine Vereinbarung, nach welcher der Veräußerer nur unter der Bedingung verpflichtet sein soll, daß die Veräußerung ohne Auflagen genehmigt wird, gilt als nicht geschlossen. § 2 der V.D. vom 18. I. 1940.

- a) Dem Erwerber kann eine Geldleistung zugunsten des Reichs auferlegt werden (§ 15¹ der V.D. vom 3. XII. 1938). Der Sinn dieser Zahlung besteht darin, wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Gewinne des Erwerbers auszugleichen.

Ein gewerblicher Betrieb hat in den Händen des jüdischen Inhabers im Hinblick auf die für ihn geltenden Beschränkungen in der Regel einen erheblich niedrigeren Wert als in der Hand des neuen Erwerbers. Da der Preis sich im allgemeinen nach dem Wert richtet, den der Betrieb für den Veräußerer hat, würde der Erwerber einen Gegenwert leisten, der wesentlich geringer wäre, als der Wert, den der Betrieb in seiner Hand haben wird. Dieser wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Vorteil des einzelnen soll zugunsten des Reichs ausgeglichen werden. Die Ausgleichszahlungen werden von den Finanzämtern wie Reichssteuern eingezogen (V.D. vom 18. I. 1940). Wegen der nachträglichen Festsetzung einer Ausgleichszahlung vgl. unten III.

- b) Dem jüdischen Veräußerer können an Stelle des ganzen oder eines Teiles des im Veräußerungsvertrag vorgesehenen Entgelts Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs zugeteilt oder Schuldbuchforderungen in das Reichsschuldbuch eingetragen werden.

3. Für die Erteilung oder Versagung der Genehmigung sind ausschließlich die staatlichen Behörden zuständig.

- a) Sachlich zuständig sind grundsätzlich die höheren Verwaltungsbehörden (in der Ostmark die Reichsstatthalter); die Entjudung der landwirtschaftlichen Betriebe ist dagegen den oberen Siedlungsbehörden und die Entjudung der forstwirtschaftlichen Betriebe den höheren Forstbehörden übertragen. Drillich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk der Betrieb gelegen ist.

An den Entscheidungen der Verwaltungsbehörden wird der Gauleiter der NSDAP. beteiligt; handelt es sich um einen landwirtschaftlichen Betrieb, dann wird auch der Landesbauernführer beteiligt.

- b) Gegen die Entscheidung steht dem Betroffenen die Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister zu (gegebenenfalls an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft oder den Reichsforstmeister), der endgültig entscheidet. § 19 der V.D. vom 3. XII. 1938.

4. Wer einen jüdischen Gewerbebetrieb übernimmt, muß den Namen des Juden aus der Firma entfernen und eine neue Firma bilden. V.D. vom 27. III. 1941.

In der ersten Zeit nach Einführung der Entjudungsvorschriften ist die Weiterführung der bisherigen Firmenbezeichnungen verschiedentlich gestattet worden. Auch diese Firmen mußten jedoch inzwischen auf Grund der genannten Verordnung die alte Bezeichnung aufgeben.

II. Zum Teil ist die Entjudung der jüdischen Gewerbebetriebe im Wege des gesetzlichen Zwanges herbeigeführt worden. Die Rechtsgrundlage hierfür ist durch § 1 der V.D. über den Einfluß des jüdischen Vermögens vom 3. XII. 1938 geschaffen worden. Diese Vorschrift bildet insoweit gleichsam den Schlußstein in der Reihe der Vorschriften, die zur Ausschaltung der Juden aus der gewerblichen Wirtschaft erlassen worden sind.

Die zwangsweise Entjudung durch Veräußerung oder Abwicklung eines gewerblichen Betriebs ist in den Fällen eingeleitet worden, in denen der jüdische Inhaber nicht von sich aus die Veräußerung betrieben hat oder in denen sonst ein besonderer Anlaß bestanden hat.

1. Das Entjudungszwangsverfahren wird dadurch eingeleitet, daß dem Betriebsinhaber aufgegeben wird, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu veräußern, gegebenenfalls ihn abzuwickeln. § 1 der V.D.

Die Anordnung einschließlich der Auflagen muß dem Betriebsinhaber zugestellt werden. Im Falle seiner Abwesenheit kann die Zustellung durch Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger erfolgen. In diesen Fällen gilt der Tag der Bekanntmachung als Tag der Zustellung.

- a) Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden. Die Auflagen, deren Inhalt gesetzlich nicht beschränkt ist, können erforderlichenfalls auch darin bestehen, daß dem Inhaber die Veräußerung an einen bestimmten Erwerber oder zu bestimmten Bedingungen aufgegeben wird.

- b) Kommt der Betroffene der Anordnung nach, dann ist das Verfahren mit der Erteilung der staatlichen Genehmigung des Veräußerungsvertrags abgeschlossen. Für die Entscheidung über die Genehmigung gelten die oben unter II 1—2 besprochenen allgemeinen Vorschriften. Ist die Abwicklung angeordnet, dann findet das Verfahren mit der Durchführung der Abwicklung seine Erledigung.

2. Der zweite Abschnitt des Zwangsverfahrens beginnt dann, wenn der Inhaber der Anordnung innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht nachkommt und ein Antrag auf Verlängerung der Frist abgelehnt worden ist. Er besteht in der Einsetzung eines Treuhänders. § 2¹ der VO.

In besonderen Fällen kann der Treuhänder schon zugleich mit der Verfügung, welche die Veräußerung oder Abwicklung anordnet (oben I), eingesetzt werden. Ein solcher Fall kann z. B. dann vorliegen, wenn der Aufenthalt des Betriebsinhabers unbekannt ist oder wenn nach Sachlage von vornherein damit gerechnet werden muß, daß der Betriebsinhaber der Anordnung nicht nachkommen wird.

- a) Mit der Einsetzung des Treuhänders verliert der Betriebsinhaber das Recht, über die Vermögenswerte zu verfügen, die der Verwaltung des Treuhänders unterliegen. Er erlangt dieses Recht erst wieder, wenn die Bestellung des Treuhänders aufgehoben wird.
- b) Die Aufgaben des Treuhänders sind gesetzlich festgelegt. Sie bestehen darin, den Betrieb einstweilen fortzuführen und je nach dem Inhalt der erlassenen Anordnung die Veräußerung oder die Abwicklung herbeizuführen.
 - a) Der Treuhänder ist mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Er ist zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen ermächtigt, die der Betrieb des betreffenden Unternehmens, seine Veräußerung oder Abwicklung erforderlich machen. Die Ermächtigung ersetzt jede gesetzlich erforderliche Vollmacht.
 - ß) Der Treuhänder ist zur ordnungsmäßigen und sorgfältigen Amtsführung verpflichtet. Er hat bei seiner Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anzuwenden.
 - γ) Der Treuhänder steht unter staatlicher Aufsicht und kann jederzeit abberufen werden. Er hat der aufsichtführenden Behörde in regelmäßigen Zeitabständen über den Stand seiner Tätigkeit Bericht zu erstatten.
 - δ) Der Treuhänder erhält eine Vergütung und Erstattung seiner Ausgaben. Über die Höhe entscheidet die Aufsichtsbehörde.
- c) Die Veräußerung des Betriebs durch den Treuhänder bedarf der staatlichen Genehmigung.

Für die Entscheidung gelten die oben S. 65 ff. besprochenen allgemeinen Vorschriften über die Genehmigung (Verfügungsgründe, Auflagen, Ausgleichszahlung, Zuständigkeitsregelung).

3. Einleitung und Durchführung des Entjudungszwangsverfahrens obliegen ausschließlich den staatlichen Behörden und zwar der gemäß II 3a zuständigen Verwaltungsbehörde. Nur diese Behörde kann rechtswirksam die in Frage stehenden Maßnahmen treffen.

- a) Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Verwaltungsbehörde sind namentlich:

- a) Der Erlass von Verfügungen, durch die dem Betriebsinhaber die Veräußerung oder Abwicklung des Betriebs aufgegeben wird.
- ß) Die Einsetzung der Treuhänder.
- γ) Die Erteilung oder Veragung der Veräußerungsgenehmigung, die Festsetzung der Auflagen, die Bestimmung der Höhe der Ausgleichszahlung.

An den Entscheidungen der Verwaltungsbehörde wird der zuständige Gauleiter der NSDAP. beteiligt. Seine Stellungnahme wird insbesondere herbeigeführt vor der Einleitung des Zwangsverfahrens, bei der Bestellung eines Treuhänders und bei der Entscheidung über die Erteilung oder Veragung der Veräußerungsgenehmigung.

- b) Das Entjudungszwangsverfahren ist ein reines Verwaltungsverfahren.

- a) Gegen Verfügungen steht dem Betroffenen binnen zwei Wochen seit Bekanntgabe der Verfügung lediglich die Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister (gegebenenfalls an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft oder den Reichsforstmeister) zu, dessen Entscheidung endgültig ist. § 19 der VO. vom 3. XII. 1938.
- ß) Die von den höheren Verwaltungsbehörden oder dem Reichswirtschaftsminister getroffenen Entscheidungen unterliegen nicht der Nachprüfung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren oder durch die Zivilgerichte. In der Ostmark kann der Bundesgerichtshof (§ 17 Reichsverwaltungsgericht, vgl. Fest 13¹ S. 166) nicht angerufen werden.

III. Die Entjudungsgeschäfte unterliegen einer behördlichen Nachprüfung dahin, ob der Erwerber nicht nachträglich zu einer Ausgleichszahlung zugunsten des Reichs heranzuziehen ist. § 1 der VO. vom 10. VI. 1940, § 1 der DVO. vom 14. XI. 1940.

1. Der Nachprüfung unterliegen nicht nur die mit behördlicher Genehmigung erfolgten Entjudungen von Gewerbebetrieben (oben I—II), sondern alle Entjudungsgeschäfte, also auch:

- a) Die Veräußerungen jüdischer Gewerbebetriebe, die zwischen dem 30. I. 1933 und dem Inkrafttreten der VO. vom 26. IV. 1938, die erst die Veräußerungen genehmigungspflichtig machte, erfolgt sind.
- b) Alle Verfügungen über sonstige jüdische Vermögenswerte (Grundstücke, Hypotheken, bewegliche Sachen usw.) zugunsten eines nichtjüdischen Erwerbers, die zwischen dem 30. I. 1933 und dem Inkrafttreten der Verordnung vorgenommen worden sind. Vgl. unten S. 72 ff.

Gerade bei den zu a und b genannten Entjudungsgeschäften wird, weil einerseits bei Abschluß des Geschäfts die Auferlegung einer Ausgleichszahlung zugunsten des Reichs nicht möglich war, andererseits aber die in Frage stehenden Vermögenswerte oft weit unter Wert veräußert worden sind, es vielfach erforderlich sein, den Vorteil des einzelnen zugunsten des Reichs auszugleichen. Denn die Entjudung ist aus Gründen des Gemeinwohls erfolgt, sie sollte aber nicht Einzelne unangemessen bereichern. Bei genehmigten Veräußerungen wird die nachträgliche Festsetzung einer Ausgleichszahlung nur dann in Frage kommen, wenn eine solche Zahlung nicht schon bei der Genehmigung des Geschäfts auferlegt worden ist (vgl. oben I 2a) oder wenn die damals auferlegte Ausgleichszahlung wegen irriger Beurteilung der Sachlage unverhältnismäßig niedrig bemessen worden ist.

2. **Voraussetzung der Festsetzung der Ausgleichszahlung ist, daß der Erwerber der jüdischen Vermögenswerte oder dessen Rechtsnachfolger durch den Erwerb einen unangemessenen Vorteil erlangt hat.** Nach einem Erlaß des Reichswirtschaftsministers soll sich die Nachprüfung auf Sonderfälle schwerwiegender Art beschränken.

a) Bei Gewerbebetrieben kann der Ausschlag, den der Betrieb etwa auf Grund persönlicher Tüchtigkeit des Erwerbers zwischenzeitlich genommen hat, nicht als unangemessener Entjudungsgewinn gelten. Andererseits ist eine Wertminderung, die infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung oder durch die Umstellung auf die Kriegswirtschaft eingetreten ist, zugunsten des Erwerbers zu berücksichtigen.

b) Grundstücksentjudungen (außer wenn es sich um landwirtschaftliche Grundstücke handelt) in der Regel nur nachgeprüft werden, wenn eine Ausgleichsabgabe von mehr als 3000 RM. zu erwarten ist.

c) Bei jüdischen Hypotheken und sonstigen Forderungen ist, wenn die Veräußerung erheblich unter dem Wert erfolgt ist, grundsätzlich der volle Unterschiedsbetrag zwischen Kaufpreis und Verkehrswert als Ausgleichszahlung festzusetzen.

3. **Zuständig für die Nachprüfung und die Festsetzung der Ausgleichszahlung ist die für die Genehmigung von Entjudungsgeschäften zuständige höhere Verwaltungsbehörde** (vgl. oben I 3 a), gegen deren Entscheidung die Beschwerde gegeben ist.

Die festgesetzte Ausgleichszahlung wird durch das für die Einkommensteuerveranlagung des Zahlungspflichtigen zuständige Finanzamt wie eine Reichsteuer eingezogen.

IV. **Jüdische Gewerbebetriebe können grundsätzlich nicht neu eröffnet werden.** Diese Vorschrift bildet die notwendige Ergänzung zu den Bestimmungen über die Entjudung der Gewerbebetriebe. Ein ausdrückliches Verbot der Neueröffnung jüdischer Gewerbebetriebe besteht zwar nicht. Nach § 7 der Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. IV. 1938 ist aber die **Neueröffnung eines jüdischen Gewerbebetriebes oder der Zweigniederlassung eines solchen Betriebs genehmigungspflichtig.**

1. **Die Genehmigung wird regelmäßig versagt.** Sie kann aber erteilt werden für solche jüdische Betriebe, deren Eröffnung rassenpolitisch erwünscht ist, wie z. B. die Eröffnung jüdischer Gaststätten zum ausschließlichen Besuch durch Juden.

Der Genehmigung steht es gleich, wenn eine Ausnahmegewilligung nach dem Einzelhandelschutzgesetz erteilt wird. Dagegen bleiben die nach anderen Vorschriften sonst noch erforderlichen Genehmigungen unberührt.

2. **Zuständig zur Erteilung der Genehmigung sind die höheren Verwaltungsbehörden, in der Ostmark die Vermögensverkehrsstelle.**

II. Die Beseitigung sonstigen wirtschaftlichen Einflusses der Juden.

A. Die Ermittlung des jüdischen Vermögens.

Auf Grund der VO. des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. IV. 1938 wurde eine **allgemeine Bestandsaufnahme des jüdischen Vermögens** durchgeführt. Sie erstreckte sich auch auf die Ostmark und wurde auf Grund der VO. vom 2. XII. 1938 durch die Ermittlung des Vermögens der Juden in den sudetendeutschen Gebieten ergänzt.

I. **Juden mußten ihr Vermögen anmelden (Anmeldepflicht), seinen Wert angeben (Bewertungspflicht) und müssen Vermögensänderungen mitteilen (Anzeigepflicht).**

1. **Den Verpflichtungen der Verordnung unterliegen alle Juden deutscher Staatsangehörigkeit und der nichtjüdische Ehegatte eines Juden ohne Rücksicht darauf, wo sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.** Ferner erstreckt sich die Verordnung auf Juden fremder Staatsangehörigkeit und auf staatenlose Juden, die im Reichsgebiet ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, bei Juden fremder Staatsangehörigkeit allerdings nur bezüglich des inländischen Vermögens.

Jüdische Mischlinge sind nicht zur Anmeldung, Bewertung und Anzeige ihres Vermögens verpflichtet.

2. **Die Ermittlung erstreckte sich auf das gesamte Vermögen, und zwar geteilt nach land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstigem Vermögen.** Auch Vermögensgegenstände, die nach den einzelnen steuerrechtlichen Vorschriften von einer Steuer befreit sind, wurden von der Ermittlung erfaßt. Die ausschließlich zum persönlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände und der Hausrat wurden dagegen nicht zum Vermögen gerechnet.

II. **Der Zweck der Ermittlung des jüdischen Vermögens bestand darin, den Einfluß des jüdischen Kapitals auf das deutsche Wirtschaftsleben feststellen zu können.**

1. **Die Anmelde- und Bewertungspflicht waren einmalige Pflichten, die bis zum 30. VI. 1938 (in der Ostmark bis zum 16. VII. 1938) erfüllt sein mußten. Das Vermögen war nach dem Stande vom 27. VI. 1938 anzugeben.** Für die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände mußte dieser Tag als Stichtag zugrunde gelegt werden.

2. **Die Anzeigepflicht bezweckt, die Übersicht über die Höhe des Vermögens auf dem laufenden zu halten und ist daher eine fortdauernde Verpflichtung, die jetzt dem Finanzamt gegenüber zu erfüllen ist** (4. Anordnung vom 4. V. 1940). Sie besteht darin, daß Juden jede Erhöhung oder Verminderung ihres Vermögens anzuzeigen haben, sofern es sich nicht um Vermögensveränderungen innerhalb des Rahmens einer angemessenen Lebensführung oder des regelmäßigen Geschäftsverkehrs handelt. § 5.

III. **Der Beauftragte für den Vierjahresplan ist ermächtigt, den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einvernehmen mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.** § 7

Auf Grund dieser Ermächtigung ist nicht nur die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft durchgeführt, sondern

auch der Einlag der sonstigen Vermögensteile des jüdischen Vermögens im Rahmen des Vierjahresplans geregelt und damit die völlige Ausschaltung jüdischen Einflusses auf die deutsche Wirtschaft sichergestellt.

B. Der Einlag des jüdischen Vermögens.

1. Der Grundbesitz.

Die nationalsozialistische Bodenpolitik beruht auf dem Gedanken der „Verbundenheit von Blut und Boden“. Daraus ist schon im Reichserbhofgesetz hinsichtlich der Juden eine grundlegende Folgerung gezogen worden: Ein Jude kann nicht Bauer sein (vgl. oben S. 36). Darüber hinaus ergibt sich aber für den Bereich der Judenfrage die viel weitergehende Forderung, die Juden vom Besitz deutschen Grund und Bodens schlechthin auszuschalten. Dieses Ziel ist noch nicht völlig erreicht. Die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen sind jedoch in der Verordnung über den Einlag des jüdischen Vermögens vom 3. XII. 1938 bereits enthalten.

I. Juden können Grundstücke nicht neu erwerben; dasselbe gilt für grundstücksgleiche Rechte (z. B. Erbbaurechte, Bergwerkseigentum) und für Rechte an Grundstücken (z. B. Hypotheken, Grundschulden). § 7.

Der Neuerwerb von Grundbesitz durch Juden unterlag bereits vor Erlass der VO. vom 3. XII. 1938 erheblichen Einschränkungen; denn die nach der Grundstücksverkehrsbesenntmachung vom 26. I. 1937 bei landwirtschaftlichem Grundbesitz erforderliche Genehmigung und die Genehmigung bei Grunderwerb in Wohnsiedlungsgebieten nach dem Gesetz vom 22. IX. 1933 wurde Juden in der Regel nicht erteilt.

1. Die Bedeutung des Verbots besteht darin, daß keine Vermehrung des in jüdischer Hand befindlichen Grundbesitzes eintreten kann und daß außerdem eine Belastung deutschen Grund und Bodens zugunsten von Juden in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Unter das Verbot fallen z. B. auch die Eintragung einer Restkaufhypothek oder eines Wohnrechts zugunsten eines jüdischen Verkäufers, ferner der Rückwerb auf Grund eines früher abgeschlossenen Sicherungsübereignungsvertrags.

Das Verbot ist in einer Richtung eingeschränkt, in anderer Beziehung gilt eine Erweiterung:

a) Es umfaßt nur den rechtsgeschäftlichen Erwerb und den Erwerb im Wege der Zwangsversteigerung, nicht aber den Erwerb durch Erbgang.

Juden können also noch im Wege der gesetzlichen oder der testamentarischen Erbfolge Grundbesitz erwerben. Gegen den Erwerb können dann aber die Maßnahmen ergriffen werden, die zur Verminderung des jüdischen Grundbesitzes dienen. Vgl. dazu unten III.

b) Es gilt nicht nur für Juden, sondern auch für jüdische Gewerbebetriebe, sowie für jüdische Vereine, Stiftungen, Anstalten und sonstige jüdische Unternehmen. § 16.

2. Die Vorschrift ist ein Verbotsgesetz im Sinne des § 134 BGB., so daß also widersprechende Rechtsgeschäfte nichtig sind. Das Verbot darf auch nicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts umgangen werden. § 7² der VO. vom 3. XII. 1938 und § 2 der Anordnung vom 26. IV. 1938.

Die Beachtung des Verbots ist durch folgende Vorschriften sichergestellt, §§ 4ff. der Anordnung vom 26. IV. 1938:

- Bei der Beurkundung eines Grundstücksgeschäfts hat der Notar oder die sonst beurkundende Stelle auf das Verbot hinzuweisen und die Frage zu stellen, ob der Erwerber Jude ist. Wird die Frage verneint, dann wird in die Urkunde ein besonderer Vermerk aufgenommen; wird sie bejaht, dann muß der Notar oder die beurkundende Stelle die weitere Mitwirkung verjagen.
- Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken werden vom Vollstreckungsgericht Gebote zurückgewiesen, wenn Anlaß zu der Annahme besteht, daß der Bieter Jude ist. § 7³ der VO. vom 3. XII. 1938.
- Die Grundbuchbehörde muß, wenn nach ihrem Ermessen begründeter Anlaß zu der Annahme besteht, daß einer Eintragung das Verbot entgegensteht, den Nachweis verlangen, daß der Erwerber nicht Jude ist.
- Ist im Grundbuch entgegen dem Verbot eine Rechtsänderung eingetragen worden, dann kann die höhere Verwaltungsbehörde, sobald sie von dem Verstoß Kenntnis erhält, bei der Grundbuchbehörde die Eintragung eines Widerspruchs verlangen. Die Grundbuchbehörde kann auch von sich aus einen Widerspruch eintragen.

II. Der vorhandene jüdische Grundbesitz ist unter staatliche Kontrolle gestellt; Verfügungen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte durch Juden und jüdische Unternehmen sind genehmigungspflichtig. § 8.

Das gilt auch für die Verfügung durch einen Treuhänder. Bei der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung bedarf das Gebot der Genehmigung.

1. Die Genehmigungspflicht beschränkt sich auf Verfügungen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, umfaßt also nicht Verfügungen über Rechte an Grundstücken.

Genehmigungsfrei sind also z. B. die Abtretung von Hypotheken und Grundschulden, die Ergänzung oder Änderung von Hypothekenbedingungen oder die Löschung von Hypotheken nach erfolgter Zahlung. Dagegen ist die Eintragung einer Hypothek oder einer Grundschuld eine Verfügung über das Grundstück selbst, so daß solche Rechte aus diesem Grunde genehmigungspflichtig sind, wenn es sich um jüdischen Grundbesitz handelt.

2. Rechtsgeschäfte, die ohne die erforderliche Genehmigung abgeschlossen werden, sind nichtig. Auch ein Verpflichtungsgeschäft ist nichtig, wenn die Genehmigung nicht erteilt wird. § 8².

Zur Sicherstellung der Genehmigung gelten dieselben Vorschriften über die Fragepflicht des Notars, die Vorlage von Nachweisen

und die Eintragung eines Widerspruchs im Grundbuch, die für das Erwerbsverbot gelten (vgl. oben I 2). Bei der Zwangsversteigerung wird ein Gebot, für das die erforderliche Genehmigung nicht sofort nachgewiesen wird, zurückgewiesen.

- a) Wird das Verpflichtungsgeschäft genehmigt, so bedarf das entsprechende Erfüllungsgeschäft keiner besonderen Genehmigung. § 8^a der VO. vom 3. XII. 1938, § 1^a der Anordnung vom 26. IV. 1938.
- b) Bei der Veräußerung eines jüdischen Gewerbebetriebs umfasst die Genehmigung der Veräußerung des Betriebs auch die Genehmigung der dazu gehörigen Grundstücksgeschäfte.
- c) Wird die Genehmigung auf Grund dieser Vorschriften erteilt, dann ersetzt sie die anderen Genehmigungen, die nach der Grundstücksverkehrs-bekanntmachung vom 26. I. 1937, nach dem Wohnsiedlungsgesetz vom 22. IX. 1933, nach der VO. zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze vom 17. VIII. 1937 und nach den preisrechtlichen Vorschriften erforderlich sind.

3. Die Entscheidung über die Genehmigung und über die Festsetzung von Auflagen, ferner die Zuständigkeit und die Beteiligung von Parteidiensstellen richten sich nach denselben allgemeinen Vorschriften, die für die Genehmigung bei der Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe maßgebend sind. Vgl. oben S. 65f.

Für die Genehmigung der Veräußerung ist aber, außer wenn es sich um land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke handelt oder wenn ein Grundstück zusammen mit einem Gewerbebetrieb veräußert wird, nicht die höhere Verwaltungsbehörde, sondern die untere Verwaltungsbehörde (Landrat, Oberbürgermeister) zuständig. §§ 3, 4 der VO. vom 18. I. 1940. Das gilt auch für die Ostmark, vgl. RVerf. d. RM. d. Innern v. 29. I. 1941 (RMBl. S. 185).

III. Der vorhandene jüdische Grundbesitz kann im Wege des gesetzlichen Zwangs vermindert werden (§ 6 der VO. vom 3. XII. 1938). Diese Bestimmung eröffnet die Möglichkeit, im Laufe der Zeit eine restlose Entjudung des Grundbesitzes durchzuführen.

1. Das Verfahren ist dasselbe wie das Entjudungszwangsverfahren bei gewerblichen Betrieben.

Es beginnt damit, daß dem Juden ausgegeben wird, seinen land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitz oder sein sonstiges Grundeigentum ganz oder teilweise binnen einer bestimmten Frist zu veräußern; erforderlichenfalls wird die Veräußerung durch einen Treuhänder herbeigeführt. Den Abschluß bildet die Erteilung der staatlichen Genehmigung, mit der die Auserlegung einer Ausgleichszahlung verbunden werden kann. Vgl. oben S. 67f.

2. Maß und Tempo der Anwendung des Zwangsverfahrens richten sich nach der allgemeinen Durchführung des Vierjahresplans und werden im einzelnen durch den Reichswirtschaftsminister bestimmt.

2. Wertpapiere.

I. Für den gesamten jüdischen Wertpapierbesitz ist der Depotzwang eingeführt. Ausgenommen bleibt lediglich der Wert-

papierbesitz der Juden fremder Staatsangehörigkeit. §§ 11, 18 der VO. vom 3. XII. 1938.

Der Depotzwang erstreckt sich auch auf den Wertpapierbesitz jüdischer Handelsgesellschaften, jüdischer Vereine, Stiftungen und Anstalten. § 6 der VO. vom 16. I. 1939.

1. Die Juden wurden gesetzlich verpflichtet, ihre gesamten Aktien, Rente, festverzinslichen Werte und ähnlichen Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen.

- a) Erwirbt ein Jude neue Wertpapiere, so müssen diese Papiere binnen einer Woche in ein solches Depot eingeliefert werden. Besitzt jemand Papiere, die einem Juden gehören, so darf er sie nicht dem Juden übergeben, sondern muß sie für Rechnung des Juden an eine Devisenbank aushändigen.
- b) Der jüdische Wertpapierbesitz, der schon in Depots lag, mußte angemeldet werden. Die Juden, die Wertpapiere in dem Depot einer Devisenbank liegen hatten oder zu deren Gunsten Schulbuchforderungen eingetragen oder bei einer Verwaltungsstelle Auslosungsscheine hinterlegt waren, mußten unverzüglich der Bank, der Schuldenverwaltung oder der Verwaltungsstelle schriftlich ihre Eigenschaft als Juden anzeigen.

2. Die Depots und Schulbuchkonten sind als jüdisch gekennzeichnet.

II. Verfügungen über den jüdischen Wertpapierbesitz werden staatlich überwacht. Alle Verfügungen sowie Auslieferungen von Wertpapieren aus den jüdischen Depots bedürfen der Genehmigung. § 12 der VO. vom 3. XII. 1938.

Über die Genehmigung entscheidet der Reichswirtschaftsminister oder die von ihm beauftragte Stelle. Im übrigen gelten für die Genehmigung dieselben Vorschriften wie für die Genehmigung bei der Veräußerung von jüdischen Gewerbebetrieben. Vgl. oben S. 65f.

III. Der jüdische Wertpapierbesitz kann im Wege des gesetzlichen Zwangs in deutschen Besitz überführt werden. Für das Zwangsverfahren gelten dieselben Bestimmungen wie bei der zwangsweisen Entjudung gewerblicher Betriebe. § 6 der VO. vom 3. XII. 1938, vgl. oben S. 67f.

3. Juwelen, Schmuck und Kunstgegenstände.

I. Juden dürfen keine Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine oder Perlen neu erwerben. Ebenso ist ihnen der Erwerb von sonstigen Schmuck- und Kunstgegenständen, deren Preis 1000,— RM. übersteigt, verboten. § 14 der VO. vom 3. XII. 1938.

Das Verbot gilt nicht für Juden fremder Staatsangehörigkeit.

II. Juden ist auch verboten, die zu I genannten Gegenstände zu verpfänden oder freihändig zu veräußern.

1. Die im Eigentum von Juden (ausgenommen Juden fremder Staatsangehörigkeit) befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber, sowie Edelsteine und Perlen mußten bis zum 31. III. 1939 abgeliefert werden. VO. vom 21. II. 1939 und vom 3. III. 1939.

Von der Ablieferungspflicht blieben allgemein ausgenommen: Trauringe, silberne Armband- und Taschenuhren, gebrauchtes Tafelsilber in angemessener Stückzahl und sonstige Gegenstände des täglichen Gebrauchs.

- a) Die Ablieferung mußte bei den von den Gemeinden (Gemeindeverbänden) betriebenen Pfandleihanstalten erfolgen; für Wien wurde als Ablieferungsstelle das Dorotheum bestimmt.
- b) Die Bewertung der abgelieferten Gegenstände und die Auszahlung der Entschädigung richtete sich nach näheren, vom Reichswirtschaftsminister erlassenen Bestimmungen.

2. **Juden müssen die Veräußerung von sonstigen Schmud- und Kunstgegenständen über die Ankaufsstelle für Kulturgut durchführen.**

- a) Ankaufsstelle für Kulturgut ist die Reichskammer der bildenden Künste (Berlin). Näheres vergl. RD. vom 25. IV. 1941.
- b) Die Entscheidung der Frage, welche Gegenstände im einzelnen als Schmud- und Kunstgegenstände anzusehen sind, richtet sich nach den Versteigerervorschriften. Vgl. § 4 Abs. 1 Nr. 2 der RD. vom 30. X. 1934 und RD. vom 4. II. 1936.

III. **Der unmittelbare Erwerb der zu I bezeichneten Gegenstände aus jüdischem Besitz ist nicht zulässig; sie dürfen aus jüdischem Besitz nur über die gemeindlichen Pfandleihanstalten und über die öffentliche Ankaufsstelle für Kulturgut erworben werden.**

Davon sind die Gegenstände ausgenommen, an denen am 5. XII. 1938 (Tag des Inkrafttretens der RD. vom 3. XII. 1938) ein Pfandrecht zugunsten eines nichtjüdischen Pfandgläubigers bestand. In diesen Fällen unterliegt der Pfandgläubiger bei der Bewertung des Pfandrechts keinen besonderen Bestimmungen, es sei denn, daß der Gegenstand der Ablieferungspflicht unterlag.

IV. **Juden können gezwungen werden, die ihnen gehörenden Schmud- und Kunstgegenstände zu veräußern.** § 6 der RD. vom 3. XII. 1938.

Für das Zwangsverfahren gelten grundsätzlich dieselben Bestimmungen wie für das Zwangsverfahren bei der Entjudung gewerblicher Betriebe (vgl. oben S. 67 f.). Eine Abweichung ergibt sich jedoch insofern, als der jüdische Eigentümer sich, wenn ihm die Veräußerung bestimmter Gegenstände ausgegeben ist, zunächst an die öffentlichen Ankaufsstellen wenden muß.

4. **Andere Vermögensteile.**

Durch die Bestimmungen über die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft, über die Überwachung und Entjudung des Grundbesitzes sowie des Besitzes an Wertpapieren, Juwelen, Schmud- und Kunstgegenständen sind die wichtigsten Gebiete, auf denen Einflußmöglichkeiten für das jüdische Kapital bestanden, im Sinne der völligen Ausschaltung des jüdischen Einflusses erfaßt worden. Darüber hinaus mußte zur endgültigen Vereinigung der Judenfrage im wirtschaftlichen Bereich die Möglichkeit geschaffen werden, auch alle sonstigen jüdischen Vermögensstücke zu erfassen. Dem dient die folgende Vorschrift der RD. vom 3. XII. 1938:

- I. **Juden kann auch aufgegeben werden, jeden anderen Vermögensteil ganz oder teilweise zu veräußern.**

Die Vorschrift kann z. B. angewendet werden, um wichtige Patentrechte oder sonstige gewerbliche Schutzrechte oder um einen einzelnen Geschäftsanteil einer G. m. b. H. oder bestimmte Aktien, deren Besitz durch einen Juden die Gesellschaft noch nicht zu einer jüdischen Gesellschaft macht, in deutschen Besitz zu überführen.

II. **Das Verfahren richtet sich nach denselben Bestimmungen wie das Zwangsverfahren bei der Entjudung gewerblicher Betriebe (Anordnung der Veräußerung, Einsetzung eines Treuhänders, Genehmigung, Ausgleichszahlung).** Vgl. oben S. 67 ff.

5. **Die Judenvermögensabgabe.**

Als Sühneleistung für die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die zur Ermordung des deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris führte, wurde den Juden in ihrer Gesamtheit durch den Beauftragten für den Vierjahresplan die Zahlung einer Kontribution von einer Milliarde auferlegt. RD. vom 12. XI. 1938 und DVO. vom 21. XI. 1938.

- I. **Die Kontribution ist als Vermögensabgabe eingezogen worden.** Sie war keine Steuer, sondern eine Sühneleistung. Abgabepflichtig waren alle Juden, die zur Anmeldung und Bewertung ihres Vermögens nach der Vermögensanmeldeverordnung vom 26. IV. 1938 verpflichtet waren. § 1 DVO.

Davon galten jedoch zwei Abweichungen:

1. Juden fremder Staatsangehörigkeit wurden zu der Abgabe nicht herangezogen. § 1^a DVO.
2. Bei Mischehen war nur der jüdische Ehegatte mit seinem Vermögen abgabepflichtig. § 2 DVO.

- II. **Die Höhe der Abgabe richtete sich nach dem gesamten Wert des Vermögens des Abgabepflichtigen.** Sie war zunächst auf 20 % des Vermögens festgesetzt und wurde dann zur Erreichung des Betrags von 1 Milliarde RM. auf 25 % des Vermögens erhöht. § 4 DVO. und 2. DVO. vom 19. X. 1939.

Der letzte Teilbetrag der Abgabe ist am 15. XI. 1939 fällig geworden.

Fünfter Teil.

Die gesetzliche Regelung von Sondergebieten.

I. Polizeirechtliche Vorschriften.

Die Trennung der Juden vom deutschen Volkskörper ist zunächst im wesentlichen durch die Aufrichtung rechtlicher Schranken herbeigeführt worden. Außerdem wurden aber auch die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, die Juden bei bestimmten Anlässen von einer Berührung mit der deutschblütigen Bevölkerung fernhalten zu können,

sie also einer räumlichen Trennung zu unterwerfen. Diese Maßnahmen werden durch weitere polizeiliche Vorschriften ergänzt, so auf dem Gebiet des Waffenrechts, des Kraftfahrwesens, des Paß- und Ausweiswesens.

I. Das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit kann räumlich und zeitlich in der Weise beschränkt werden, daß Juden bestimmte Bezirke nicht betreten oder sich zu bestimmten Zeiten in der Öffentlichkeit nicht zeigen dürfen. B.D. vom 28. XI. 1938.

1. Die Beschränkungen werden im Einzelfall (z. B. für Kurorte) angeordnet. Das Verbot, bestimmte Bezirke zu betreten, kann gegebenenfalls ohne zeitliche Beschränkung erlassen werden. Für den Erlass der Anordnungen sind die höheren Verwaltungsbehörden (regelmäßig der Regierungspräsident) ausschließlich zuständig.

2. Die Anordnungen gelten jeweils für Juden deutscher Staatsangehörigkeit und für staatenlose Juden. Sie werden nicht auch auf Juden fremder Staatsangehörigkeit erstreckt.

II. Juden ist der Erwerb, der Besitz und das Führen von Waffen verboten. Darunter fallen in erster Linie ausnahmslos sämtliche Schusswaffen, ferner Munition jeder Art sowie alle Stieb- und Stoßwaffen. B.D. vom 11. XI. 1938.

Das Verbot gilt grundsätzlich auch für Juden fremder Staatsangehörigkeit, soweit nicht der Reichsminister des Innern oder die von ihm beauftragten Stellen im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

1. Die im Besitz von Juden befindlichen Waffen und Munition mußten unverzüglich nach Inkrafttreten der Verordnung bei den Polizeibehörden abgeliefert werden. Gelangt ein Jude später in den Besitz von Waffen oder Munition, z. B. durch Erbgang, so besteht die Ablieferungspflicht ebenfalls.

Waffen und Munition, die sich im Besitz von Juden befinden, sind kraft Gesetzes, ohne daß es einer besonderen Einziehungsverfügung bedarf, entschädigungslos dem Reich verfallen.

2. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot werden strengstens bestraft. In besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

III. Das Führen von Kraftfahrzeugen aller Art, sowie das Halten von Personenkraftwagen und Krasträdern ist Juden untersagt. Die Fahrerlaubnis ist ihnen entzogen worden. Erlass vom 3. XII. 1938.

1. Die Führerscheine aller Klassen und die Kraftfahrzeugscheine für Personenkraftwagen und Krasträder mußten abgeliefert werden.

2. Ausnahmen können im Einzelfall auf besonderen Antrag zugelassen werden. Das Verbot erstreckt sich außerdem nicht auf Juden fremder Staatsangehörigkeit.

IV. Juden erhalten keinen Jagdschein und sind von der Jagdpachtung ausgeschlossen. 4. B.D. zum Reichsjagdgesetz vom 29. III. 1939.

Auch der Fischereischein ist Juden in der Regel zu versagen. Vgl. § 3 Biff. 3 der B.D. zum Gesetz über den Fischereischein vom 21. IV. 1939.

V. Die Reisepässe der Juden sind mit einem besonderen Merkmal versehen worden, das den Inhaber des Passes als Juden kennzeichnet. B.D. vom 5. X. 1938.

1. Zur Durchführung dieser Maßnahme sind zunächst alle Reisepässe von Juden für ungültig erklärt worden. Die Pässe mußten bis zum 21. X. 1938 bei der zuständigen Paßbehörde eingereicht werden; Juden, die sich im Ausland aufhalten, müssen den Paß binnen einer Frist von 2 Wochen nach der Einreise in das Reichsgebiet abliefern.

2. Die mit Geltung für das Ausland ausgestellten Reisepässe werden wieder gültig, wenn sie mit dem Merkmal versehen sind. Im Inland tritt an die Stelle der ungültig gewordenen Pässe die Kennkarte.

VI. Juden sind gesetzlich verpflichtet, die Kennkarte zu führen. Die Ausstellung der Kennkarten mußte bis zum 31. XII. 1938 beantragt werden. Bekanntmachung vom 23. VII. 1938.

Die Kennkarte ist ein allgemeiner polizeilicher Ausweis, den sich jeder deutsche Staatsangehörige bei der zuständigen Paßbehörde ausstellen lassen kann. Dabei sind außer der Vorlage eines Lichtbilds alle Angaben zu machen, die erforderlich sind, um die Person des Antragstellers und seine Staatsangehörigkeit einwandfrei festzustellen. Die Kennkarte ist durch die Verordnung vom 22. VII. 1938 eingeführt worden und hat den Zweck, für das Inland einen allgemein gültigen Personalausweis zu bilden, so daß die Ausstellung eines Passes für das Ausland entbehrlich wird. Ein allgemeiner Kennkartenzwang besteht noch nicht. Zunächst ist nur für bestimmte Gruppen von Personen, darunter für die Juden, die Führung der Kennkarte angeordnet worden.

1. Die Kennkarte mußte für alle Juden ohne Rücksicht auf das Lebensalter beantragt werden. Gegebenenfalls muß der gesetzliche Vertreter den Antrag stellen.

Für jüdische Kinder, die nach dem 30. IX. 1938 geboren werden, ist der Antrag innerhalb von 3 Monaten nach der Geburt zu stellen.

2. Juden haben sich auf amtliches Erfordern jederzeit über ihre Person durch die Kennkarte auszuweisen. Dieser Pflicht unterliegen nur die Juden über 15 Jahre.

Die Vorlage der Kennkarte kann nur von Behörden, Dienststellen und Beamten im Rahmen ihrer Zuständigkeit verlangt werden.

3. Bei Anträgen an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen haben Juden unaufgefordert auf ihre Eigenschaft als Jude hinzuweisen sowie Kennort und Kennnummer ihrer Kennkarte anzugeben.

Das gleiche gilt für jede Art von Anträgen und Eingaben, die Juden an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen richten, sowie bei der polizeilichen Meldung.

a) Wird ein Antrag mündlich gestellt, so ist die Kennkarte unaufgefordert vorzulegen.

b) Wird ein Jude durch eine dritte Person vertreten, so hat der Vertreter unaufgefordert auf die Eigenschaft des Vertretenen als Jude hinzuweisen, sowie Kennort und Nummer der Kennkarte des Vertretenen anzugeben.

II. Das Namensrecht der Juden.

Die früher geltenden, wenig strengen Vorschriften auf dem Gebiet des Namensänderungsrechts, das landesrechtlich geregelt war, sind von den Juden in weitestem Umfang im Sinne der jüdischen Assimilationsbestrebungen ausgenutzt worden. Diesen Bestrebungen wurde bei der Vereinheitlichung des Namensrechts entgegengetreten. Die in dieser Richtung erlassenen Vorschriften ergänzen in gewisser Beziehung die Bestimmungen über den Kennkartenzwang, da nunmehr jeder Volksgenosse im Rechts- und Geschäftsverkehr einen Juden an seinem Namen erkennen kann.

I. Juden sollen grundsätzlich jüdische Familiennamen tragen, d. h. solche, die in der Regel von Juden geführt werden und daher nach der Auffassung der Allgemeinheit als jüdische Namen gelten.

Die gesetzliche Grundlage für die Durchführung dieses Grundsatzes bildet das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. I. 1938.

1. Änderungen jüdischer Familiennamen, die vor dem 30. I. 1938 genehmigt wurden, wurden widerrufen, wenn sie als unerwünscht anzusehen sind. Das ist immer dann anzunehmen, wenn die Namensänderung zur Verschleierung der jüdischen Abstammung der Namensträger dienen sollten.

a) Der Widerruf wird nur gegenüber Juden ausgesprochen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder staatenlos sind und im Reichsgebiet ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

b) Eine zeitliche Grenze nach rückwärts ist für den Widerruf nicht festgelegt. Es können daher alle Namensänderungen widerrufen werden, die genehmigt worden sind, seitdem die Bildung fester Namen eingeführt wurde. Das ist in den meisten deutschen Ländern zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschehen. Ist die Person, deren Namensänderung widerrufen wird, bereits verstorben, so treffen die Wirkungen des Widerrufs die lebenden Nachkommen im Mannesstamm.

2. Anträgen von Juden und Mischlingen ersten Grades, ihren Namen zu ändern, wird grundsätzlich nicht stattgegeben, weil durch die Änderung des Namens die Erkennbarkeit der Herkunft beeinträchtigt und die Feststellung der blutmäßigen Abstammung erschwert wird.

Dagegen wird Änderungsanträgen deutschblütiger Träger jüdischer Namen stattgegeben. Auch Anträgen von Mischlingen zweiten Grades und von Personen mit geringfügigem fremdblütigen Einschlag kann stattgegeben werden. Die Entscheidung über die Anträge von Mischlingen zweiten Grades hat sich der Reichsminister des Innern vorbehalten. Erlaß vom 19. XII. 1938.

II. Juden dürfen nach der VO. vom 17. VIII. 1938 nur jüdische Vornamen führen. Die Vornamen, die als jüdisch anzusehen sind, sind einem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Verzeichnis festgelegt. Erlaß vom 18. VIII. 1938.

Der Pflicht zur Führung jüdischer Vornamen unterliegen nicht die Juden fremder Staatsangehörigkeit.

1. Juden dürfen in Zukunft nur noch jüdische Vornamen beigelegt werden. § 1 der VO.

Umgekehrt dürfen deutschblütigen Kindern keine jüdischen Vornamen erteilt werden.

2. Juden, die andere als jüdische Vornamen führen, müssen vom 1. I. 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara. § 2¹ der VO.

a) Juden, die einen der genannten zusätzlichen Vornamen zu führen haben, müssen dem Standesbeamten, bei dem ihre Geburt oder Heirat beurkundet ist, sowie der für den Wohnsitz zuständigen Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige erstatten. § 2².

b) Namensänderungen von Juden, die zur Verschleierung der Abstammung beantragt wurden, werden widerrufen. Das gilt insbesondere für die Fälle, in denen ein in dem Verzeichnis der jüdischen Vornamen aufgeführter Vorname durch einen anderen Vornamen ersetzt worden ist.

3. Der jüdische Vorname muß in allen Fällen geführt werden, in denen es im Rechts- und Geschäftsverkehr üblich ist, den Namen anzugeben. § 3.

Die Vorschriften über die Führung einer Handelsfirma bleiben unberührt, weil für die jüdischen Gewerbebetriebe die Führung eines besonderen Kennzeichens in Aussicht genommen ist und sie außerdem in öffentliche Verzeichnisse eingetragen sind. Vgl. oben S. 61.

III. Das jüdische Vereins-, Schul- und Fürsorgewesen.

A. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Die Gesetzgebung zur Judenfrage hat in der 10. VO. zum RWürgG. vom 4. VII. 1939 einen gewissen Abschluß erreicht. Diese Verordnung, durch die die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland geschaffen worden ist, unterscheidet sich grundsätzlich von den anderen zur Judenfrage erlassenen Vorschriften. Während diese Vorschriften stufenweise die rechtliche Trennung der Juden vom deutschen Volk und ihre Ausschaltung aus den einzelnen Bereichen des deutschen Volkslebens herbeigeführt haben, bereitet die 10. VO. zum RWürgG. die geordnete Abwanderung der Juden vor, d. h. ihre räumliche Trennung vom deutschen Volk. Sie bedeutet damit den letzten Abschnitt auf dem Wege zur endgültigen innerpolitischen Lösung des Judenproblems.

Die Verordnung gilt auch im Sudetengau; ihre Inkraftsetzung in der Ostmark und in den anderen eingegliederten Gebieten ist vorbehalten.

1. Die Mitgliedschaft.

In der Reichsvereinigung, die den Namen „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ führt, sind die in Deutschland lebenden Juden zusammengeschlossen. (§ 1¹). Die Mitgliedschaft zur Reichsvereinigung besteht grundsätzlich kraft Gesetzes.

I. Kraft Gesetzes sind Mitglieder der Reichsvereinigung alle Juden deutscher Staatsangehörigkeit und alle staatenlosen Juden, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet haben (Zwangsmitgliedschaft, § 3¹). Die Mitgliedschaft dieser Mitglieder endet erst mit dem Zeitpunkt der Auswanderung. Zu der Zwangsmitgliedschaft ist noch folgendes zu bemerken:

1. Ein in einer Mischehe lebender Jude gehört dann kraft Gesetzes der Reichsvereinigung an, wenn er den Vorschriften des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden unterliegt. § 3² und unten S. 88.
2. Die Zwangsmitgliedschaft besteht ohne Rücksicht darauf, ob ein Jude noch der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört oder nicht.
3. Heiratet ein Mischling ersten Grades einen Juden oder tritt er der jüdischen Religionsgemeinschaft bei, dann gilt er als Jude (vgl. S. 16) und gehört von diesem Zeitpunkt an zur Reichsvereinigung.

II. Den übrigen in Deutschland lebenden Juden, insbesondere den Juden fremder Staatsangehörigkeit und den von der Zwangsmitgliedschaft ausgenommenen, in einer Mischehe lebenden Juden ist der Beitritt zur Reichsvereinigung freigestellt. § 3³.

Der Beitritt von Nichtjuden zur Reichsvereinigung ist nicht möglich. So z. B. der deutschblütige Ehegatte eines Juden in keinem Falle Mitglied der Reichsvereinigung.

2. Der Aufbau der Reichsvereinigung.

I. Die Leitung der Reichsvereinigung obliegt den Juden selbst.

1. Die Reichsvereinigung hat eine zentrale Spitze mit dem Sitz in Berlin.
2. Die Aufgaben der örtlichen Stellen der Reichsvereinigung werden von den jüdischen Kultusvereinigungen (vgl. unten B) wahrgenommen, die insoweit auch für die Juden tätig werden, die nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.

II. Die Reichsvereinigung untersteht einer besonderen Aufsicht des Reichsministers des Innern, die für diesen durch den Chef der Sicherheitspolizei ausgeübt wird. § 4.

III. Die Reichsvereinigung ist die einzige Organisation der Juden im Reich. Alle bestehenden jüdischen Vereine, Organisationen und Stiftungen wurden daher aufgelöst oder in die Reichsvereinigung eingegliedert. Die Auflösung oder Eingliederung erfolgt durch Anordnung des Reichsministers des Innern.

1. Im Falle der Auflösung findet regelmäßig eine Liquidation nach den Vorschriften des BGB. statt. Das verbleibende Vermögen wird auf die Reichsvereinigung übertragen.
2. Im Falle der Eingliederung fällt das Vermögen ohne weiteres an die Reichsvereinigung, die dann auch für die Verbindlichkeiten der eingegliederten jüdischen Einrichtung haftet.

IV. Die Rechtsform der Reichsvereinigung der Juden ist die eines Vereins des bürgerlichen Rechts; sie hat keinen öffentlichen rechtlichen Charakter. § 1².

1. Die Reichsvereinigung besitzt die Rechtsfähigkeit kraft Gesetzes und ist daher nicht im Vereinsregister eingetragen. Auf ihre Rechtsverhältnisse finden die Vorschriften des BGB. Anwendung, soweit nicht in der Verordnung selbst etwas anderes bestimmt ist, wie z. B. in den Bestimmungen über die Mitgliedschaft.
2. Die Reichsvereinigung hat eine Satzung; diese bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister des Innern.

3. Die Aufgaben der Reichsvereinigung.

Hauptaufgabe der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ist, die Auswanderung der Juden zu fördern (§ 2¹). Diese Vorschrift hat, da alle Juden und ihre sämtlichen Organisationen in der Reichsvereinigung zusammengeschlossen werden, die Bedeutung, daß die gesamte Betätigung der Juden und aller ihrer Einrichtungen innerhalb des Reiches auf die Vorbereitung der Abwanderung ausgerichtet wird.

Die Reichsvereinigung ist, um die Aufgabe der Förderung der Auswanderung erfüllen zu können, ferner Trägerin des jüdischen Schulwesens und der jüdischen Wohlfahrtspflege. Auf diese Zwecke der Reichsvereinigung sind auch die jüdischen Stiftungen auszurichten.

I. Das jüdische Schulwesen.

Aus den Aufgaben, die Erzieher, Schule und Schüler im nationalsozialistischen Staat zu erfüllen haben, ergibt sich ohne weiteres die rassenpolitische Forderung der Absonderung aller jüdischen Schüler von den deutschen Schulen. Diese Forderung ist, nachdem zunächst ein Übergangszustand bestanden hatte, bereits im Jahre 1938 verwirklicht worden. Das jüdische Schulwesen ist dann durch die VO. vom 4. III. 1939 auf die Auswanderung ausgerichtet und deshalb der Reichsvereinigung übertragen worden. Als Trägerin des jüdischen Schulwesens untersteht die Reichsvereinigung der Aufsicht des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. § 11.

1. Die Reichsvereinigung hat für die gesamte Beschulung der Juden zu sorgen. Die von ihr eingerichteten Schulen sind Privatschulen, deren Errichtung und Aufhebung der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde bedarf.

a) Die Reichsvereinigung hat die erforderliche Zahl von **Vollschulen** zu errichten und zu unterhalten.

Bei der Gestaltung der Lehrpläne dieser Schulen ist der Förderung der Auswanderung Rechnung zu tragen.

b) Die Reichsvereinigung kann nach Maßgabe des Bedürfnisses und der verfügbaren Mittel auch sonstige Schulen unterhalten, die der Auswanderung der Juden förderlich sind.

Solche Schulen spielen für die Vorbereitung der Auswanderung eine wichtige Rolle. In Betracht kommen in erster Linie Unterrichtskurse, Umschulungslehrgänge und Berufsausbildungsschulen, die Einwanderungsmöglichkeiten in andere Länder eröffnen.

2. Juden dürfen nur die Schulen der Reichsvereinigung besuchen. § 7.

Zum Besuch dieser Schulen sind die jüdischen Kinder nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften über die Schulpflicht verpflichtet.

II. Die jüdische Wohlfahrtspflege.

Die Juden in Deutschland konnten früher unter den gleichen Voraussetzungen die Hilfe des Wohlfahrtsamtes, d. h. die Hilfe der Gemeinschaft in Anspruch nehmen, wie die deutschen Volksgenossen. Sie wurden im Wege der allgemeinen Fürsorge und gegebenenfalls auch nach den Grundsätzen der gehobenen Fürsorge unterstützt. An die Stelle dieser Regelung ist durch B. D. vom 19. XI. 1938 der Grundsatz getreten, daß für jüdische Hilfsbedürftige in erster Linie die jüdische Gemeinschaft sorgen soll. Trägerin der jüdischen Wohlfahrtspflege ist deshalb jetzt die Reichsvereinigung. Ihre Aufgabe ist einmal die Fürsorge für hilfsbedürftige Juden bis zur Auswanderung und ferner die Sicherstellung des Unterhalts für auswanderungsunfähige Juden. § 12.

1. Die Reichsvereinigung hat nach Maßgabe ihrer Mittel die bedürftigen Juden so ausreichend zu unterstützen, daß die öffentliche Fürsorge nicht einzutreten braucht.

Ein Eingreifen der öffentlichen Fürsorge für Juden kommt also nur dann in Frage, wenn die Reichsvereinigung einschließlich aller ihr angeschlossenen Fürsorgeeinrichtungen leistungsunfähig ist. Für diesen Fall sind die Leistungen der öffentlichen Fürsorge gegenüber den Leistungen für deutsche Volksgenossen wie folgt herabgesetzt:

a) Für jüdische Hilfsbedürftige werden nur gewährt Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Krankenpflege, Hilfe für Gebrechliche sowie für Schwangere und Wöchnerinnen Hebammenhilfe und, soweit erforderlich, ärztliche Behandlung. Gegebenenfalls wird der Bestattungsaufwand bestritten. Nicht werden dagegen Erziehung und Erwerbsbefähigung Minderjähriger, sowie die fürsorgerechtliche Wochenhilfe gewährt.

b) Eine über das grundsätzlich festgelegte Mindestmaß hinausgehende Unterstützung darf nur dann gewährt werden, wenn sie die Auswanderung fördert oder sonst im öffentlichen Interesse liegt oder wenn es sich um die Durchführung eines zwischenstaatlichen Abkommens handelt. So kann z. B. eine Beihilfe für die Reise zur Reichsgrenze gewährt werden, wenn dadurch die Auswanderung ermöglicht wird, oder es können für einen mit einer ansteckenden Krankheit befallenen Juden besondere Leistungen aufgewendet werden, um die deutschblütige Bevölkerung vor der Berührung mit ihm zu schützen.

2. Die Reichsvereinigung hat dafür zu sorgen, daß für anstaltspflegebedürftige Juden ausschließlich für sie bestimmte Anstalten zur Verfügung stehen.

III. Jüdische Stiftungen.

Jüdische Stiftungen, die ausschließlich für die jüdische Bevölkerung bestimmt sind, sind nur dann mit den Interessen des Gemeinwohls zu vereinbaren, wenn sie den gleichen Zwecken dienen, wie die Reichsvereinigung, nämlich der Förderung der jüdischen Auswanderung, der Fürsorge für hilfsbedürftige Juden oder der Unterhaltung jüdischer Wohlfahrts-, Krankenhäuser- und Schuleinrichtungen.

1. Bestehende Stiftungen von Juden werden, falls sie nicht schon einen der genannten Zwecke verfolgen, auf einen dieser Zwecke umgestellt, nötigenfalls durch die gemäß § 87 BGB. zuständige Behörde.

Bestehende Stiftungen deutscher Volksgenossen, die nur Juden zugute kommen, wurden aufgelöst.

2. Neue Stiftungen von Juden werden nur dann genehmigt, wenn sie einen der genannten Zwecke verfolgen.

B. Die jüdischen Kultusvereinigungen.

I. Rückblick.

1. Die jüdischen Kultusvereinigungen (Synagogengemeinden) hatten früher regelmäßig die Rechtsstellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Den staatlichen Behörden oblag zum Teil eine Mitwirkung bei der Verwaltung.

In der Geschichte der Judenemanzipation spielt die Rechtsstellung der Kultusvereinigungen eine erhebliche Rolle. Es gehörte zu den Zielen des Judentums, das für den einzelnen Juden die Gewährung der Staatsbürgerrechte durchgesetzt hatte, für die jüdischen Kultusvereinigungen die Anerkennung der Rechte öffentlicher Körperschaften zu erreichen, um ihre Rechtsstellung dadurch zu sichern und öffentlich-rechtlich zu verankern. Dieses Ziel konnte von den Juden fast in allen deutschen Ländern erreicht werden.

2. Die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen beruhten auf Landesrecht und waren im einzelnen nicht einheitlich geregelt. In Preußen gab es allein zwölf verschiedene Provinzialrechte.

II. Das Reichsgesetz über die jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. III. 1938 und die 1. D. D. dazu vom 30. I. 1939 haben eine grundlegende Neuordnung und Vereinheitlichung gebracht. Das Gesetz ist mit rückwirkender Kraft am 1. I. 1938 in Kraft getreten und hat alle früheren landesrechtlichen Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen außer Kraft gesetzt.

In der Ostmark, dem Sudetengau und den anderen angegliederten Gebieten ist das Gesetz noch nicht eingeführt worden.

1. **Die jüdischen Kultusvereinigungen haben mit Ablauf des 31. III. 1938 die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie diese bisher besaßen, verloren.** § 1².

Grund dieser Regelung: Nach der nationalsozialistischen Staatsauffassung kann ein Verband nur dann eine „öffentliche Körperschaft“ sein, wenn er durch seine Mitglieder und seine Aufgabenstellung zu der Volksgemeinschaft in einem angemessenen Verhältnis steht. Deshalb war es undenkbar, den jüdischen Kultusvereinigungen, die Organisationsformen der jüdischen Rasse sind, die Stellung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu belassen.

- a) **Alle Vorteile, die den Körperschaften des öffentlichen Rechts nach den allgemeinen Vorschriften zustehen, sind damit weggefallen.**

Das gilt insbesondere für die Befreiungen auf steuerrechtlichem Gebiet und für die Zwangsbesugnisse gegenüber den Mitgliedern. Die Kultusbeamten haben ihre Beamteneigenschaft verloren. Sie sind in ein bürgerlich-rechtliches Dienstverhältnis zu den Kultusvereinigungen getreten.

- b) **Die Bezeichnung lautet allgemein „Jüdische Kultusvereinigung“.**

Die Bezeichnung Synagogengemeinde ist in Fortfall gekommen, weil die Bezeichnung „Gemeinde“ den öffentlich-rechtlichen Stadt- und Landgemeinden als untersten Gliedern des staatlichen Verwaltungsaufbaues vorbehalten ist.

2. **Die jüdischen Kultusvereinigungen und ihre Verbände haben die Rechtsstellung von Vereinen des bürgerlichen Rechts erhalten.** § 1².

Dabei wurde die von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland aufgestellte Musterfassung zugrunde gelegt. § 2 der 2. DVO. vom 4. VIII. 1939.

- a) **Die Rechtsfähigkeit ist den bestehenden Vereinigungen erhalten geblieben; die Eintragung in das Vereinsregister mußte nachgeholt werden. Die Reichsvereinigung kann für Kultusvereinigungen, die keinen ordnungsgemäßen Vorstand haben, einen neuen Vorstand bilden.**

Für die Zukunft können jüdische Kultusvereinigungen oder ihre Verbände die Rechtsfähigkeit nur durch Eintragung in das Vereinsregister erlangen.

- b) **Der Ein- und Austritt bestimmt sich ausschließlich nach den Vorschriften des Vereinsrechts.**

3. **Die jüdischen Kultusvereinigungen unterliegen grundsätzlich der Vereinsaufsicht nach den allgemeinen reichs- und landesrechtlichen Vorschriften.** Diese Aufsicht ist in folgender Richtung erweitert:

- a) Beschlüsse, die die Bildung, Veränderung und Auflösung der Vereinigungen und Verbände betreffen, bedürfen der Genehmigung.
- b) Gegen die Berufung der Mitglieder der Organe kann durch die höhere Verwaltungsbehörde Einspruch erhoben werden.

4. **Als Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft gilt nur, wer einer jüdischen Kultusvereinigung angehört.**

Damit ist der Unterschied zwischen der Zugehörigkeit zu einer jüdischen Synagogengemeinde und zu der jüdischen Religionsgemeinschaft, der früher in einigen deutschen Ländern, so in Preußen, galt, beseitigt.

Die Regelung dieser Frage spielt praktisch eine Rolle bei der Anwendung der Vorschrift des § 5² der 1. DVO. zum BürgerG. Vgl. dazu oben S. 15f. Man wird davon ausgehen müssen, daß derjenige, der in Zukunft aus der jüdischen Kultusvereinigung austritt oder in sie eintritt, damit auch aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausgeschlossen bzw. in sie eingetreten ist. Die Wirkung des Stichtags, des 16. IX. 1935, der für die rassistische Einordnung als Jude oder Mischling von Bedeutung ist, bleibt jedoch unberührt.

IV. Mietverhältnisse mit Juden.

Für die Mietverhältnisse mit Juden ist durch **Gesetz vom 30. IV. 1939** (ergänzt durch die DVO. vom 10. IX. 1940) eine Sonderregelung geschaffen worden.

Das Gesetz ist durch zwei Verordnungen vom 10. V. 1939 in der Ostmark und im Sudetengau eingeführt worden. Dabei sind die gesetzlichen Bestimmungen den Besonderheiten des in der Ostmark und im Sudetengau geltenden Mietrechts angepaßt worden.

A. Zweck und Geltungsbereich des Gesetzes.

- I. **Das deutsche Mieterschutzrecht** gewährt dem Mieter, um ihn vor den Folgen der Wohnungsnot zu schützen und ihm seine Wohnung als Heimstätte zu sichern, einen besonderen Schutz gegen Kündigung durch den Vermieter. Dieser Schutz, auf den sich grundsätzlich jeder Mieter berufen konnte, hat dazu beigetragen, daß die Juden durchweg im Besitz des übermäßigen Wohnraums geblieben waren, den sie innehatten, während zahlreiche deutsche Volksgenossen sich mit einem unzureichenden Unterkommen begnügen mußten. Ferner ist dort, wo jüdische Mitbewohner vorhanden sind, die Schaffung einer von dem gegenseitigen Vertrauen aller Hausbewohner getragenen Hausgemeinschaft, wie sie einer deutschrechtlichen Auffassung des Mietverhältnisses entspricht, nicht möglich. Hier schafft das Gesetz vom 30. IV. 1939 Abhilfe, indem es die Handhaben zur Erreichung folgender Ziele bietet:

1. **Ausscheidung der Juden aus deutschen Wohnstätten und Unterbringung in jüdischen Häusern.**
2. **Inanspruchnahme des von Juden bewohnten übermäßigen Wohnraums zur Unterbringung weiterer jüdischer Familien.**
3. **Ermöglichung eines Wohnungswechsels für die deutschen Volksgenossen, die noch in jüdischen Häusern wohnen.**

II. Die Vorschriften des Gesetzes vom 30. IV. 1939 gelten:

1. Für jüdische Grundstückseigentümer, Nutzungsberechtigte, Vermieter und Mieter. Darunter fallen, § 10:

a) Die Juden, vgl. §. 15, 2a und §. 17, c II.

Lebt ein Vermieter oder Mieter in einer Mischehe, ist also der eine Ehegatte Jude und der andere deutschblütig oder Mischling zweiten Grades, so gelten die Vorschriften des Gesetzes nur dann, § 7:

a) Wenn der Mann Jude ist.

Die mit ihrem Manne zusammenlebende jüdische Frau eines Deutschblütigen wird also von den Vorschriften des Gesetzes nicht getroffen.

b) Und wenn keine Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind oder wenn die vorhandenen Abkömmlinge als Juden gelten.

Grund der Regelung: Kinder aus einer Mischehe, die Mischlinge sind, sind arbeits- und wehrdienstpflichtig (vgl. §. 24f.). Deshalb sollen diese Kinder nicht in einer jüdischen Umgebung aufwachsen, in die sie aber geraten würden, wenn die Vorschriften des Gesetzes auf ihre Eltern anwendbar wären. Im übrigen soll sich die Anwendbarkeit des Gesetzes nach der rassischen Einordnung des Mannes richten. Die Vorschriften des Gesetzes treffen deshalb auch die kinderlose nichtjüdische Frau, die bei ihrem jüdischen Manne lebt.

b) Die jüdischen Unternehmen (jüdische Gewerbebetriebe usw.). Vgl. §. 59f.

2. Für nichtjüdische Grundstückseigentümer und Vermieter insoweit, als es sich um Grundstücke handelt, die erst nach Inkrafttreten des Gesetzes Eigentum eines Nichtjuden geworden sind. §§ 8, 10² §. 2.

In diesem Falle gelten aber folgende Besonderheiten:

- Das Gesetz ist insoweit nicht anwendbar, als der nichtjüdische Verfügungsberechtigte das Grundstück selbst benutzen will.
- Das Recht zur vorzeitigen Kündigung (vgl. unten B) ist ausgeschlossen.
- Die Gemeindebehörde kann auf die Inanspruchnahme des Grundstücks (vgl. unten C) verzichten.

B. Auflösung von Mietverhältnissen mit Juden.

Die Kündigung von Mietverhältnissen, bei denen auf der einen Seite ein Jude beteiligt ist, ist unter erleichterten Voraussetzungen zulässig.

I. Ein nichtjüdischer Vermieter kann einem jüdischen Mieter jederzeit kündigen, wenn er bei der Kündigung durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, daß die anderweitige Unterbringung des Mieters gesichert ist. §§ 1, 2.

Die Bescheinigung wird deshalb gefordert, weil im Falle der Obdachlosigkeit zahlreicher jüdischer Mieter die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet würde. Der Gemeindebehörde ist die Ausstellung der Bescheinigung deshalb übertragen, weil die Sorge für die anderweitige Unterbringung der Juden Aufgabe der Gemeinde ist (vgl. unten C).

Für die Gerichte ist die Entscheidung der Gemeinde, daß die anderweitige Unterbringung eines jüdischen Mieters gesichert ist, bindend. Wird von dem Vermieter die Bescheinigung vorgelegt, so gelten für die Kündigung folgende wesentliche Erleichterungen:

1. Die Kündigung kann stets zum nächsten gesetzlichen Kündigungsstermin ausgesprochen werden, also auch dann, wenn eine längere Kündigungsfrist vereinbart oder der Mietvertrag auf längere Zeit fest abgeschlossen ist (vorzeitige Kündigung mit gesetzlicher Frist) § 2.

Der Zweck der Vorschrift ist, auch langjährige Mietverträge mit jüdischen Mietern zur Lösung zu bringen.

2. Der jüdische Mieter kann sich nicht auf den gesetzlichen Mieterschutz berufen, also nicht einwenden, daß seine Wohnung dem Mieterschutzgesetz unterstehe. § 1.

Eine Kündigungsfrist kann dem jüdischen Mieter, weil seine anderweitige Unterbringung nach der Bescheinigung der Gemeindebehörde sichergestellt ist, nur ausnahmsweise bewilligt werden, nämlich nur dann, § 9:

- Wenn der jüdische Mieter durch Vorlegung einer Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, daß nachträglich Umstände eingetreten sind, die seine anderweitige Unterbringung verhindern.
- Wenn die sofortige Räumung ohne ersichtliche Schädigung der Gesundheit eines Betroffenen nicht durchführbar ist.

Ist nicht nur der Mieter, sondern auch der Vermieter Jude, so gelten die Kündigungsvereinfachungen nicht. Eine Ausnahme gilt aber aus städtebaulichen Gründen in Berlin, München und Wien und in anderen Gemeinden, in denen der Reichsarbeitsminister dies anordnet. RD. vom 10. IX. 1940.

II. Ein nichtjüdischer Mieter kann einem jüdischen Vermieter jederzeit zum nächsten gesetzlichen Kündigungsstermin kündigen, also auch dann, wenn eine längere Kündigungsfrist vereinbart oder der Mietvertrag auf längere Zeit fest abgeschlossen ist (vorzeitige Kündigung mit gesetzlicher Frist). § 2 §. 1.

Dagegen kann umgekehrt nicht der jüdische Vermieter dem nichtjüdischen Mieter vorzeitig kündigen.

C. Unterbringung der Juden.

Juden sollen bei Juden wohnen, d. h. nach Möglichkeit in bestimmten Häusern zusammengefaßt werden, jedoch ohne Bildung von „Judenvierteln“ (Ghettos). Für die Unterbringung kommen in erster Linie Häuser (Miethäuser oder Eigenheime) in Betracht, die im Eigentum von Juden stehen und bereits überwiegend von Juden bewohnt sind. Innerhalb dieser Häuser soll der einzelnen jüdischen Familie nicht mehr als der erforderliche Wohnraum zur Verfügung stehen. Dafür zu sorgen, daß die Juden möglichst bald entsprechend den genannten Grundsätzen untergebracht werden, ist Aufgabe der Gemeindebehörde.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, mußte in größeren Gemeinden zunächst der von den Vorschriften des Gesetzes betroffene Wohnraum ermittelt werden. Die Gemeindebehörde hatte zu diesem Zwecke erforderlichenfalls

die Anmeldung derjenigen Räume anzuordnen, die an Juden vermietet sind oder nach den Vorschriften des Gesetzes (unten I bis III) für die Unterbringung von Juden in Anspruch genommen werden können. Auf Grund der Erfassung des Wohnraums wird alsdann der Austausch der Wohnräume in die Wege geleitet, der durch die folgenden Vorschriften ermöglicht und gefördert wird:

I. Juden müssen in Wohnräume, die sie als Eigentümer oder auf Grund eines Nutzungsrechts innehaben oder von einem Juden gemietet haben, auf Verlangen der Gemeindebehörde weitere Juden als Mieter oder Untermieter aufnehmen. § 4¹ C. 1.

1. Verweigert ein Jude den Abschluß eines entsprechenden Mietvertrages mit dem ihm von der Gemeindebehörde zugewiesenen Mitbewohnern, so kann die Gemeindebehörde bestimmen, daß ein Vertrag als vereinbart gilt, und die Höhe der Miete und den sonstigen Vertragsinhalt festsetzen (Festsetzung eines Zwangsmietvertrages).
2. Das Mietverhältnis mit dem von der Gemeindebehörde zugewiesenen jüdischen Mieter kann von dem Vermieter nur mit Zustimmung der Gemeindebehörde gekündigt werden.

II. Juden dürfen leerstehende oder freiverbende Räume nur mit Genehmigung der Gemeindebehörde neu vermieten. Die Gemeindebehörde kann auch in diese Räume jüdische Mieter einweisen und nötigenfalls einen Zwangsmietvertrag festsetzen. § 5.

Die Genehmigungspflicht und die Einweisungsbefugnis (namentlich auch gemäß Biff. 1) bieten die Handhabe dazu, die Juden nötigenfalls zwangsweise in bestimmten Häusern zusammenzufassen. Hinsichtlich der Räume, die in nichtjüdischen Häusern durch den Auszug von Juden frei werden, stehen der Gemeindebehörde im allgemeinen keine Zwangsbefugnisse zu (vgl. aber unter III). Die Gemeindebehörde wird aber darauf hinwirken, daß diese Räume vorzugsweise solchen deutschen Volksgenossen zur Verfügung gestellt werden, die aus jüdischen Häusern ausziehen wollen.

III. In Berlin, Wien und München müssen Wohnungen und sonstige Räume, die durch den Auszug von Juden frei werden, gemeldet werden und dürfen nur mit behördlicher Genehmigung neu vermietet werden. B.D. vom 8. II. 1939 und vom 10. IX. 1940.

Der Zweck der Anordnung ist namentlich, die Unterbringung der sog. Abbruchmieter und kinderreicher Familien zu ermöglichen. Dem entsprechend ist der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern entsprechende Anordnungen in allen den Städten zu treffen, für die der Führer besondere städtebauliche Maßnahmen angeordnet hat. — Die Meldung ist in Berlin an die Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt, in München an den Oberbürgermeister zu erstatten.

IV. Juden dürfen Untermietverträge nur mit Juden abschließen. § 3.

Der Zweck dieser Vorschrift ist ein doppelter:

1. Untermietverträge zwischen deutschen Volksgenossen und Juden sollen verhindert werden, weil gerade die Untermietverträge eine besonders enge Verbindung zwischen Mieter und Untermieter mit sich bringen.
2. Untermietverträge zwischen Juden sollen gefördert werden, weil sie die Unterbringung weiterer Juden in jüdischen Häusern ermöglichen. Deshalb bestimmt das Gesetz auch, daß die in § 549 BGB. vorgesehene besondere Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung nicht erforderlich ist, wenn der Vermieter Jude ist.

Zweiter Abschnitt.

Erbpflege und Gesetzgebung.

Unter **Erbpflege** versteht man die **Sorge für die Erbgesundheit des Volkes**. Erst die Gesetzgebung des nationalsozialistischen Reiches hat die Grundlagen für eine wirksame Erbpflege geschaffen, und zwar durch Maßnahmen zur **Verhinderung der Fortpflanzung erblich minderwertiger** und durch Maßnahmen zur **Wahrung der Erbgesundheit**.

Erbgesundheit und Rassenreinheit lassen sich nicht voneinander trennen. Beide **bedingen einander** wie Körper und Seele eines Menschen. Während die rassenpolitischen Maßnahmen die Geschlossenheit und Wesenseinheit der deutschen Persönlichkeit und dadurch die Harmonie des Volkskörpers gewährleisten sollen, sollen die rassenhygienischen und erbpflegerischen Maßnahmen die körperliche, geistige und seelische Gesundung und Gesundheit der Lebenden und kommenden Geschlechter verbürgen. **In ihrem Zusammenwirken sichern sie den biologischen Bestand des Volkes.**

Erster Teil.

Verhinderung der Fortpflanzung erblich minderwertiger

(insbesondere Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. VII. 1933).

Vorbemerkung.

I. Die bevölkerungspolitischen Verfallserscheinungen, die die nationalsozialistische Regierung bei der Machtübernahme vorfand, erschöpften sich nicht in dem **Eindringen artfremden Blutes** in das deutsche Volk. Vielmehr zeigte sich **auch eine gefährdete Erbverfassung** des deutschen Volkes selbst, die durch zwei Tatsachen gekennzeichnet war:

1. **Ständiger zahlenmäßiger Rückgang** der gesunden und **hochwertigen Bevölkerungsteile**.
2. **Unverhältnismäßige Zunahme** der **erblich minderwertigen Bevölkerungsteile**.

An die Stelle einer natürlichen Auslese war bereits die sog. **Gegenauslese** getreten. Die erbgesunden Teile unseres Volkes waren zum großen Teile aus den verschiedensten Gründen zum **Zweikindersystem**, ja sogar zum **Ein- oder Keinkindersystem** übergegangen, während die erblich Minderwertigen durchschnittliche **Geburtenziffern von 3—4 Kindern** in jeder Ehe aufwiesen. Läßt man einer solchen Entwicklung freien Lauf, so muß dies schon in wenigen Geschlechterfolgen zu einer erheblichen Minderung der gesunden Erbmasse und zu einem Überwuchern der Minderwertigen führen. Schon seit Jahrzehnten hatten verantwortungsbewußte Männer der Wissenschaft und Politik in Deutschland und in anderen Ländern die drohende Gefahr erkannt und Maßnahmen gegen die fortschreitende Zunahme der minderwertigen Erbmasse gefordert. Sie konnten jedoch nicht durchdringen.

II. Die nationalsozialistische Regierung erkannte die ungeheure Gefahr, die unserem Volke drohte, und traf sofort Maßnahmen, um der Entwicklung Einhalt zu gebieten. Nach den gesicherten Ergebnissen der Erblehre kann einer Verschlechterung der Erbmasse eines Volkes nur dadurch entgegengetreten werden, daß eine Fortpflanzung erblich Minderwertiger verhindert wird. Die Grundlage hierfür wurde geschaffen durch das **Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (ErbkrG.) vom 14. VII. 1933**, das durch die Gesetze vom 26. VI. 1935 und 4. II. 1936 in Einzelpunkten ergänzt und durch 6 Ausführungsverordnungen näher ausgestaltet worden ist. Das Gesetz führte als Maßnahmen zur Verhinderung der Fortpflanzung erblich Minderwertiger ein:

1. Die Unfruchtbarmachung erblich Minderwertiger.
2. Die Absonderung erblich Minderwertiger.

Damit wurde der Weg beschritten, den der Führer bereits in seinem Buche bezeichnet hatte (Mein Kampf, S. 279).

I. Die Unfruchtbarmachung.

A. Unfruchtbarmachung und Erbpflege.

I. Im Mittelpunkt des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses steht die **Unfruchtbarmachung der Erbkranken**, die planmäßig und nötigenfalls im Wege des staatlichen Zwanges durchgeführt wird.

1. Die Unfruchtbarmachung (Sterilisation) besteht in der Unterbrechung der Geschlechtsdrüsen-Ausführungsgänge.

a) Sie beeinträchtigt nicht die Fähigkeit zur Ausübung des **Geschlechtsverkehrs**. Der Geschlechtstrieb (Libido), die Geschlechtsliebe und die Geschlechtskraft (Potenz) bleiben erhalten. Es wird **lediglich die Befruchtung verhindert**.

Hiernach ist die Unfruchtbarmachung streng zu unterscheiden von der **Entmannung** (Kastration), die in einer Entfernung der männlichen oder weiblichen Geschlechtsdrüsen besteht und regelmäßig eine Veränderung des ganzen Wesens des Menschen zur Folge hat. Vgl. unten S. 106.

b) Der **ärztliche Eingriff** ist ohne besondere Gefahr. Gesundheitliche Störungen sind von der Unfruchtbarmachung weder beim Manne noch bei der Frau zu befürchten.

Sollte der Eingriff infolge der besonderen körperlichen Verfassung eines Erbkranken dennoch eine Gefahr für das Leben bedeuten, so unterbleibt die Unfruchtbarmachung, wenn eine entsprechende Bescheinigung des zuständigen Amtsarztes vorgelegt wird.

2. Die **Rechtfertigung dafür**, daß das Gesetz die Unfruchtbarmachung den anderen Mitteln zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vorgezogen hat, ergibt sich aus folgendem:

a) Die **Unfruchtbarmachung** ist im Vergleich zu allen Maßnahmen, die die Fortpflanzungsfähigkeit unberührt lassen, das **einzig sichere Mittel**, um die Vererbung der Erbkrankheiten, die nach den gesicherten Ergebnissen der Erblehre für die Verschlechterung der Erbverfassung des Volkes ursächlich ist, zu verhüten. Erziehung, Aufklärung und selbst Eheverbote wären keine ausreichenden Maßnahmen, weil gerade bei den erblich Minderwertigen die notwendige Einsicht und die Fähigkeit zur Selbstbeherrschung nicht vorausgesetzt werden können.

b) Die **deutsche ärztliche Kunst** ist in der Lage, den ärztlichen Eingriff einwandfrei durchzuführen.

3. Die **planmäßige Durchführung der Unfruchtbarmachung** ist sichergestellt, weil nur auf diese Weise eine wesentliche Verminderung der Zahl der Erbkranken erwartet werden kann. Das Gesetz verläßt sich mit gutem Grund (vgl. oben 2a) nicht auf die Einsicht des Einzelnen, sondern ordnet **staatlichen Zwang** an, und zwar nach folgenden Richtungen:

a) **Anzeigespflicht.**

Dem zuständigen Amtsarzt ist von allen Personen, die sich mit der Behandlung Erkrankter befassen, Mitteilung zu machen, wenn sie Kenntnis von dem Fall einer Erbkrankheit erhalten. Art. 3^a der 1. ABD.

Im einzelnen gilt die Anzeigespflicht:

- a) Für approbierte Ärzte, denen in Ausübung ihrer Berufstätigkeit ein Fall von Erbkrankheit bekannt wird.
- β) Für alle sonstigen Personen, die sich mit der Heilbehandlung, Untersuchung oder Beratung von Kranken befassen.
- γ) Für die Leiter von Anstalten hinsichtlich der Anstaltsinsassen.

b) **Antragspflicht des Amtsarztes.**

Der Amtsarzt ist kraft seines Amtes verpflichtet, das Verfahren auf Unfruchtbarmachung zu beantragen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Um die notwendigen Feststellungen treffen zu können, kann der Amtsarzt:

- a) Den Unfruchtbarzumachenden zur ärztlichen Untersuchung vorladen und ihn nötigenfalls zur Untersuchung polizeilich vorsehren lassen.
- b) Von den anzeigepflichtigen Personen (oben a) Auskunft verlangen.

c) **Zwangsweise Durchführung der Unfruchtbarmachung.**

Eine durch das Gericht angeordnete Unfruchtbarmachung ist auch gegen den Willen des Betroffenen durchzuführen. Dabei ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig. § 12 ErbfrG.

Eine Ausnahme gilt nur für den Fall, daß der Unfruchtbarzumachende allein den Antrag auf Unfruchtbarmachung gestellt hat.

II. **Die planmäßige Durchführung der Unfruchtbarmachung Erbkranker bedeutet, weil sie erstmalig den erfolgreichen Kampf gegen die Verschlechterung der Erbverfassung unseres Volkes ermöglicht hat, eine bahnbrechende Tat.**

1. **Das deutsche Gesetz ist nicht ohne Vorbilder im Ausland. Gleichwohl kann man sagen, daß das Gesetz Pionierarbeit geleistet hat.**

a) Schon vor 1933 gab es in einer Reihe von Staaten Nordamerikas Gesetze, die die Unfruchtbarmachung aus erbpflegerischen Gründen vorsahen und zum Teil schon über zwei Jahrzehnte in Kraft waren. Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Unfruchtbarmachungen war aber verhältnismäßig gering, weil entweder die planmäßige Durchführung der Gesetze oder die Möglichkeit der zwangsweisen Vollstreckung der Unfruchtbarmachung fehlte. Deshalb konnten diese Gesetze im Kampf gegen die Verschlechterung der Erbverfassung keine wesentlichen Erfolge erzielen. In Europa gab es seit 1928 im Schweizer Kanton Waadt und seit 1929 in Dänemark Sterilisationsgesetze.

b) In Anlehnung an das deutsche Vorbild wurden dann seit 1933 in anderen europäischen und außereuropäischen Staaten entsprechende Gesetzesentwürfe eingebracht, die auch zum Teil bereits angenommen und in Kraft getreten sind. Außerdem lassen sich in einer Reihe weiterer Länder ernsthafte Bestrebungen feststellen, die unter Bezugnahme auf das deutsche Gesetz eine gesetzlich geregelte Unfruchtbarmachung verlangen.

2. **Die Kritik, die das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in einigen Kreisen gefunden hat, ist unbegründet. Man hat die Berechtigung der Unfruchtbarmachung namentlich aus zwei Gründen in Abrede gestellt:**

a) **Die Unfruchtbarmachung sei ein zu weitgehender Eingriff in die Rechte des Einzelnen.** Dieser Einwand entstammt der liberalistisch-individualistischen Denkungsweise.

Der Einwand geht fehl: Der Nationalsozialismus ist die Lehre von der Volksgemeinschaft. Im nationalsozialistischen Staat steht daher im Mittelpunkt alles Geschehens das Volk und nicht der Einzelne. Die Berechtigung einer staatlichen Maßnahme kann daher nicht daran gemessen werden, ob sie die Belange des Einzelnen berührt und ob sie von ihm eine besondere Leistung oder ein besonderes Opfer fordert. Es ist vielmehr darauf abzustellen, ob eine Maßnahme vom Standpunkt des gesamten Volkes aus gesehen nützlich und notwendig erscheint oder nicht. Ist diese Frage zu bejahen, so muß der Einzelne mit seinen Belangen hinter den Belangen der Gesamtheit zurücktreten. Daraus rechtfertigt sich auch die Unfruchtbarmachung Erbkranker, die zur Erhaltung des Volksganzen erforderlich ist.

b) **Die Unfruchtbarmachung entspreche nicht der Ethik.** Dieser Einwand wird insbesondere von der katholischen Kirche erhoben, die auch offen zur Nichtanwendung des Gesetzes auffordert.

Auch dieser Einwand ist unbegründet: Der Zweck des Staates ist, den Fortbestand des Volkes zu sichern. Damit ist dem Staat ein hohes ethisches Ziel gesetzt, das er nicht erreichen könnte, ohne für die Bewahrung der Erbgesundheit des Volkes zu sorgen. Es würde der Ethik nicht entsprechen und wäre deshalb unmoralisch, zugunsten eines kleinen kranken Volksteils das ganze Volk dem Verfall preiszugeben. Die Moral fordert also gerade die gesetzlich geregelte Unfruchtbarmachung, die in Wirklichkeit eine wahrhafte Tat der Nächstenliebe und der Vorsorge für die kommenden Geschlechter ist.

III. **Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses gilt seit dem 1. I. 1940 auch in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten. Vgl. B.D. vom 14. XI. und 15. XII. 1939.**

B. Sachliche Voraussetzungen der Unfruchtbarmachung.

Die Unfruchtbarmachung auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ist von der Erfüllung folgender Voraussetzungen abhängig:

I. **Es muß eine Erbkrankheit oder schwerer Alkoholismus vorliegen:**

1. **Erbkrankheiten im Sinne des Gesetzes sind nur die folgenden Krankheiten, § 1² ErbfrG.:**

- a) Angeborener Schwachsinn.
- b) Schizophrenie (Spaltungsirresein).
- c) Zirkuläres (manisch depressives) Irresein.
- d) Erbliche Fallsucht.
- e) Erblicher Weitsitz (Huntington'sche Chorea).
- f) Erbliche Blindheit.
- g) Erbliche Taubheit.
- h) Schwere erbliche körperliche Mißbildung, z. B. Knochenbrüchigkeit, Zwergwuchs, Spalthand, Spaltfuß, Häufung mehrerer leichter Mißbildungen.

Die Aufzählung der Erbkrankheiten im Gesetz ist eine erschöpfende. Bei Vorliegen einer anderen Krankheit oder aus einem anderen Grunde ist eine Unfruchtbarmachung auf Grund des Gesetzes unzulässig, und zwar auch dann, wenn der Erkrankte der Unfruchtbarmachung zustimmt oder sie sogar wünscht.

Die im Gesetz verwendeten Krankheitsbegriffe umfassen zum Teil mehrere einzelne Krankheiten, die dem Grade oder der Art nach verschieden sind. Die Frage, ob im Einzelfall eine bestimmte Krankheitserscheinung unter eine der von dem Gesetz aufgezählten Erbkrankheiten fällt, ist von der ärztlichen Wissenschaft zu entscheiden.

2. **Schwerer Alkoholismus** bedeutet den **schweren triebhaften Mißbrauch von Alkohol**. § 1³ ErbfrG.

Der schwere Alkoholismus ist regelmäßig ein Anzeichen für krankhafte Erbanlagen. Das Gesetz zählt ihn aber nicht zu den Erbkrankheiten, sondern führt ihn gesondert als Grund für die Unfruchtbarmachung auf. Sinngemäß ist der schwere Alkoholismus den Erbkrankheiten gleichzustellen.

II. Die Erbkrankheit muß im Einzelfalle durch einen im Deutschen Reich approbierten Arzt einwandfrei festgestellt sein. Art. 1¹ der 1. W.D. vom 5. XII. 1933.

1. Die Krankheit muß in der Person des Unfruchtbarzumachenden selbst gegeben sein.

- a) Diesem Erfordernis ist auch dann genügt, wenn die Krankheit nur vorübergehend aus einer verborgenen Anlage sichtbar geworden ist. Art. 1¹ der 1. W.D.
- b) Dagegen genügt nicht die Feststellung, daß jemand aus einer erbkranken Familie stammt.

2. Die Krankheit muß, weil nur dann eine Gefahr für den Nachwuchs besteht, tatsächlich „erblich“ sein.

- a) Angeborener Schwachsinn, Schizophrenie und zirkuläres Irresein sind stets erblich. Bei diesen Krankheiten bedarf es daher keiner besonderen Feststellung der Erbllichkeit.
- b) Bei den im Gesetz aufgeführten anderen Krankheiten muß dagegen die Erbllichkeit in jedem Falle festgestellt werden. Eine Erbkrankheit ist nicht gegeben, wenn die Krankheit nur erworben, aber nicht angeboren ist. So liegt z. B. keine „körperliche Mißbildung“ im Sinne des Gesetzes vor, wenn es sich um eine Mißbildung infolge einer Verletzung handelt.

3. Die wahlweise (alternative) Feststellung in dem Sinne, daß eine von mehreren der gesetzlich benannten Erbkrankheiten sicher vorliegt, ist zulässig.

z. B.: Es genügt die Feststellung, daß der Erkrankte jedenfalls an Spaltungsirresein oder an zirkulärem Irresein leidet.

III. Die Gesundheit der Nachkommen muß durch die Erbkrankheit gefährdet sein.

Das Gesetz bezweckt die Unterbrechung des erbkranken Stromes, um die Erbgesundheit des Volknachwuchses zu sichern. Die Feststellung einer Erbkrankheit genügt daher für sich allein noch nicht zur Unfruchtbarmachung des Krankheits-trägers. Vielmehr erklärt das Gesetz entsprechend seinem Zweck die Unfruchtbarmachung erst dann für zulässig, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß die Nachkommen des Krankheits-trägers an schweren körperlichen oder geistigen Erb-schäden leiden werden. § 1¹ ErbfrG.

1. Die Entscheidung der Frage, ob schwere Erbschäden für die Nachkommen zu erwarten sind, richtet sich nach den Vererbungs-gesetzen.

Hiernach rechtfertigt der Umstand, daß eine nur leichte Grundausprägung einer Erbkrankheit vorliegt, nicht den Schluß, daß die Nachkommen nicht an schweren Erbschäden leiden werden.

2. „Nachkommen“ im Sinne des Gesetzes sind nicht nur die Kinder, sondern auch die entfernteren Nachkommen. Die Gefährdung der späteren Nachkommen steht also der Gefährdung der Kinder gleich.

Lassen sich bei den Kindern keine Erbkrankheiten feststellen, so schließt dies die Unfruchtbarmachung des erbkranken Elternteils nicht aus, wenn der erbkrante Elternteil noch fortpflanzungsfähig ist und nach den Vererbungs-gesetzen damit zu rechnen ist, daß die Erbkrankheit bei den entfernteren Abstammungen wieder hervortritt.

3. Die Unfruchtbarmachung kann unterbleiben, wenn Nachkommen nicht zu erwarten sind. Dies kann der Fall sein:

- a) Weil der Erkrankte selbst nicht fortpflanzungsfähig ist, z. B. wegen hohen Alters.
- b) Weil der Erkrankte wegen Anstaltsbedürftigkeit in einer geschlossenen Anstalt verwahrt wird. Vgl. unten S. 109f.

4. Bei jugendlichen Erkrankten soll mit der Unfruchtbarmachung nicht bis zum Eintritt der Fortpflanzungsfähigkeit gewartet werden. Denn dem Sinne des Gesetzes entspricht es, die Unfruchtbarmachung möglichst früh auszuführen, bevor eine Fortpflanzungsgefahr überhaupt entsteht. Vor Vollendung des 10. Lebensjahres soll die Unfruchtbarmachung aber nicht durchgeführt werden. Art. 1³ der 1. W.D.

IV. Der Erkrankte muß die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder sich im Inland aufhalten.

Das Gesetz beschränkt seine Anwendbarkeit nicht auf deutsche Staatsangehörige. Deshalb können nach dem allgemeinen Grundsatz, daß **Ausländer während ihres Aufenthalts in Deutschland den deutschen Gesetzen unterworfen sind**, auch Ausländer unfruchtbar gemacht werden. Allerdings besteht für die Unfruchtbarmachung eines Ausländers kein Anlaß, wenn sein Aufenthalt in Deutschland nur vorübergehend ist oder alsbald beendet wird. Daraus ergeben sich für das Verfahren gegen Ausländer folgende Grundsätze:

1. **Das Verfahren auf Unfruchtbarmachung kann gegen erkrankte Ausländer eingeleitet werden, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Deutschland haben.**

Die Unfruchtbarmachung wird durchgeführt, wenn der Ausländer damit einverstanden ist.

2. **Ein erkrankter Ausländer kann die Unfruchtbarmachung durch alsbaldiges freiwilliges Verlassen des Reichsgebiets abwenden. Macht er von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch und weigert er sich gleichwohl, den Eingriff vornehmen zu lassen, so kommt in Betracht:**

- a) **Die Reichsverweisung.** Sie kann erfolgen auf Grund des § 3 Ziff. 9 des Gesetzes über Reichsverweisungen vom 23. III. 1934, an dessen Stelle jetzt die Vorschriften der Ausländerpolizeiverordnung vom 22. VIII. 1938 getreten sind. Die Vorschriften zählen also insoweit zu den gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Erbpflege.
- b) **Die zwangsweise Durchführung der Unfruchtbarmachung.** Sie ist nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern zulässig.

C. Das Verfahren auf Unfruchtbarmachung.

Über die Unfruchtbarmachung der Erbkranken wird im Wege eines ordentlichen gerichtlichen Verfahrens entschieden.

Die Einführung eines solchen Verfahrens war deshalb erforderlich, weil einerseits die Verhütung erbkranken Nachwuchses für die Zukunft des gesamten Volkes von grundlegender Bedeutung ist und weil andererseits die Unfruchtbarmachung für den Betroffenen eine höchst einschneidende Maßnahme bedeutet. Das Verfahren ist im einzelnen so ausgestaltet, daß die Erreichung des Gesetzeszwecks auf jeden Fall gewährleistet, aber auch dem Unfruchtbarmachenden die Sicherheit einer unbedingt gerechten Entscheidung gegeben ist.

1. Die Gerichte.

Die Durchführung des Erbgesundheitsverfahrens ist eigenen neugebildeten und besonders zusammengesetzten Gerichten übertragen.

I. Gerichte des Erbgesundheitsverfahrens sind:

1. **Die Erbgesundheitsgerichte.** Sie sind den Amtsgerichten angegliedert und entscheiden im ersten Rechtszug als Kollegialgerichte in der Besetzung von 3 Mitgliedern. § 6 ErbfrG.

Mitglieder des Erbgesundheitsgerichts sind:

a) Ein Amtsrichter als Vorsitzender.

Ausgeschlossen als Richter ist der Amtsrichter, der über die Erteilung der vormundschaftlichen Genehmigung zu dem von einem gesetzlichen Vertreter gestellten Antrag auf Unfruchtbarmachung (vgl. unten S. 100) entschieden hat.

b) Ein Amtsarzt.

Ausgeschlossen vom Richteramt ist der Amtsarzt, der den Antrag auf Unfruchtbarmachung (vgl. S. 100) gestellt hat.

c) Ein weiterer für das Deutsche Reich approbierter Arzt. Er muß mit der Erbgesundheitslehre besonders vertraut sein.

2. **Die Erbgesundheitsobergerichte.** Sie sind den Oberlandesgerichten angegliedert und entscheiden im zweiten und letzten Rechtszug in der Besetzung von 3 Mitgliedern. § 10 ErbfrG.

Vorsitzender ist ein Mitglied des Oberlandesgerichts; im übrigen sind die Erbgesundheitsobergerichte ebenso besetzt wie die Erbgesundheitsgerichte.

- II. **Zuständig für die Entscheidung ist das Erbgesundheitsgericht, in dessen Bezirk der Unfruchtbarmachende seinen allgemeinen Gerichtsstand (Wohnsitz, evtl. gewöhnlichen Aufenthaltsort) hat.** § 5 ErbfrG.

Für die Inassen von Anstalten ist daneben auch das Erbgesundheitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Anstalt liegt. Art. 1^a der 2. W.D. vom 29. V. 1934.

- III. **Die Erbgesundheitsgerichte und -obergerichte sind unabhängige Gerichte, die nur dem Gesetz unterworfen sind. Sie entscheiden auf Grund ihrer freien richterlichen Überzeugung.** § 8 S. 1 ErbfrG.

2. Die Einleitung des Verfahrens.

Die Einleitung des Verfahrens auf Unfruchtbarmachung erfolgt nicht von Amts wegen; sie setzt einen Antrag an das Erbgesundheitsgericht voraus. Den Antrag kann nur stellen, wer nach dem Gesetz dazu berechtigt ist.

Der Antrag ist eine notwendige Voraussetzung, um das Verfahren in Gang zu bringen. Die Rechtswirksamkeit eines durchgeführten Verfahrens wird jedoch nicht berührt, wenn sich nachträglich herausstellt, daß ein gültiger Antrag nicht vorgelegen hat.

- I. **Das Antragsrecht steht, um Mißbräuche zu verhüten, nur bestimmten Personen zu. Von dem Antragsrecht zu unterscheiden ist die Anzeigepflicht, die dazu dient, Fälle von Erbkrankheiten zur Kenntnis des Amtsarztes zu bringen.** Vgl. oben S. 93.

Antragsberechtigt ist, § 2^a ErbfrG.:

1. Der Unfruchtbarzumachende selbst:

a) Falls er voll geschäftsfähig ist.

Hat er einen Pfleger für seine Person erhalten (§ 1910 BGB.), so ist dessen Zustimmung zur Stellung des Antrages erforderlich.

b) In folgenden Fällen der beschränkten Geschäftsfähigkeit mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters:

a) Bei Entmündigung wegen Verschwendung oder Trunksucht.

β) Bei der Bestellung eines vorläufigen Vormundes gemäß § 1906 BGB.

γ) Zwischen der Vollendung des 18. und 21. Lebensjahres. Ist ein Minderjähriger für volljährig erklärt, so bedarf er zur Stellung des Antrages keiner Zustimmung.

2. Der gesetzliche Vertreter mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichts, wenn der Unfruchtbarzumachende:

a) Geschäftsunfähig ist. § 104 BGB.

b) Wegen Geisteschwäche entmündigt ist. §§ 6, 114 BGB.

c) Das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

3. Der beamtete Arzt. Als beamtete Ärzte im Sinne des Gesetzes gelten, Art. 3¹ der 1. ABD.:

a) Der örtlich zuständige Amtsarzt (Kreisarzt, Bezirksarzt usw.) und sein Stellvertreter.

b) Der Gerichtsarzt und sein Stellvertreter für die von ihnen untersuchten Personen.

Der beamtete Arzt ist, wenn er die Unfruchtbarmachung für geboten hält, kraft seines Amtes verpflichtet, den Antrag auf Unfruchtbarmachung zu stellen, falls der Unfruchtbarzumachende oder sein gesetzlicher Vertreter den Antrag nicht selbst stellt. Art. 3² der 1. ABD.

4. Der Anstaltsleiter einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt oder einer Strafanstalt für die Insassen der Anstalt. § 3 Biff. 2 ErbfrG.

Ist der Anstaltsleiter nicht selbst Arzt, so bedarf sein Antrag der Zustimmung des leitenden Anstaltsarztes. Art. 3³ der 1. ABD.

II. Der Antrag auf Unfruchtbarmachung ist schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Erbgesundheitsgerichts zu stellen (§ 4 S. 1 ErbfrG.). Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Die Tatsachen, die für das Vorliegen einer Erbkrankheit oder für schweren Alkoholismus sprechen und Veranlassung zur Stellung des Antrages gegeben haben, sind glaubhaft zu machen. Das kann geschehen durch Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses oder durch jedes andere Beweismittel, z. B. durch eidesstattliche Versicherungen oder Urkunden. § 4 S. 2 ErbfrG.

2. Der Unfruchtbarzumachende, der den Antrag selbst stellt, hat eine Bescheinigung eines für das Deutsche Reich approbierten Arztes darüber vorzulegen, daß er über das Wesen und die Folgen der Unfruchtbarmachung aufgeklärt worden

ist. Wird der Antrag von einem gesetzlichen Vertreter gestellt, so muß dieser die notwendige Aufklärung erhalten haben; sie ist gleichfalls durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen. § 2² ErbfrG. und Art. 2 der ABD.

III. Der Antrag kann, wenn er von dem Unfruchtbarzumachenden selbst oder von dem gesetzlichen Vertreter gestellt ist, zurückgenommen werden. Dann ist das Verfahren einzustellen, außer wenn sich der Amtsarzt oder bei Anstaltsinsassen der Anstaltsleiter dem Antrag angeschlossen hat. § 2³ ErbfrG.

3. Der Verlauf des Verfahrens.

Auf das Verfahren vor den Erbgesundheitsgerichten und -obergerichten sind grundsätzlich die Vorschriften des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend anwendbar (Art. 4² der 1. ABD.). Abweichungen gelten nur insoweit, als sie durch den Zweck des Verfahrens und die Besonderheiten der zu treffenden Entscheidung bedingt sind.

I. Allgemeine Verfahrensgrundsätze.

1. Grundsatz der Amtsprüfung.

Dem Gericht ist die Aufgabe gestellt, die objektive Wahrheit zu erforschen. Es ist nicht an das Vorbringen des Unfruchtbarzumachenden oder an gestellte Anträge gebunden, sondern berechtigt und verpflichtet, von sich aus alle zur Wahrheitsforschung notwendigen Ermittlungen vorzunehmen. Diesem Zwecke dienen die folgenden Vorschriften, § 7² ErbfrG.:

a) Das Gericht kann Zeugen und Sachverständige vernehmen sowie das persönliche Erscheinen und die ärztliche Untersuchung des Unfruchtbarzumachenden anordnen.

b) Ärzte, die als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden, sind ohne Rücksicht auf das Berufsgeheimnis zur Aussage verpflichtet.

c) Gerichte und Verwaltungsbehörden sowie Krankenanstalten haben dem Gericht auf Ersuchen Auskunft zu erteilen.

2. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit. § 7¹ ErbfrG.

Das Verfahren ist nicht öffentlich. Die an dem Verfahren und an der späteren Durchführung der Unfruchtbarmachung beteiligten Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Verletzung der Schweigepflicht ist strafbar. § 15 ErbfrG.

3. Grundsatz der Mündlichkeit. § 8 S. 2 ErbfrG.

Die Entscheidung ergeht auf Grund einer mündlichen Verhandlung. Der Unfruchtbarzumachende hat den Anspruch auf rechtliches Gehör.

II. Die Entscheidung.

Über den Antrag auf Unfruchtbarmachung wird auf Grund der mündlichen Verhandlung durch Beschluß entschieden.

1. Der Beschluß geht entweder auf Anordnung der Unfruchtbarmachung oder auf Zurückweisung des gestellten Antrags. Die Unfruchtbarmachung muß angeordnet werden, wenn ihre gesetzlichen Voraussetzungen (oben S. 95ff.) vorliegen. In beiden Fällen trägt die Staatskasse die Kosten des Verfahrens. § 13¹ ErbfrG.
2. Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit. Er ist schriftlich abzufassen, mit Gründen zu versehen und von den an der Beschlußfassung beteiligten Mitgliedern des Gerichts zu unterschreiben. § 8 S. 2—4 ErbfrG.
3. Der Beschluß wird den Beteiligten von Amts wegen zugestellt. § 8 S. 5 ErbfrG.

III. Rechtsmittel.

Gegen den Beschluß des Erbgesundheitsgerichts kann Beschwerde eingelegt werden, über die das Erbgesundheitsobergericht entscheidet. Die Einlegung der Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. § 9 ErbfrG.

1. Beschwerdeberechtigt sind die zur Stellung des Antrags auf Unfruchtbarmachung berechtigten Personen, insbesondere also der Amtsarzt und der Unfruchtbarzumachende oder dessen gesetzlicher Vertreter.
2. Die Beschwerde ist binnen einer Frist von zwei Wochen nach der Zustellung des Beschlusses des Erbgesundheitsgerichts schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Erbgesundheitsgerichts oder obergerichts einzulegen.
Die Beschwerdefrist ist eine Notfrist, gegen deren schuldlose Versäumung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand möglich ist.
3. Das Erbgesundheitsobergericht entscheidet über die Beschwerde endgültig. Eine weitere Beschwerde gibt es nicht. § 10³ ErbfrG.

4. Der ärztliche Eingriff.

Der die Unfruchtbarmachung anordnende Gerichtsbeschluß wird durch Vornahme des ärztlichen Eingriffs vollstreckt. Erst damit ist der Zweck des Verfahrens erreicht.

Um eine möglichst zuverlässige und sachgemäße Ausführung des Eingriffs zu sichern, hat das Gesetz die Art der Ausführung nicht in das Belieben des Erbkranken oder auch des Arztes gestellt, sondern die Ausführung an bestimmte feste Regeln gebunden, die in jedem Fall zu beobachten sind, gleichgültig ob der Erbkranke sich freiwillig stellt oder ob Zwangsmaßnahmen gegen ihn erforderlich werden.

I. Das Vollstreckungsverfahren.

1. Der Erbkranke wird, sobald das Gericht die Unfruchtbarmachung endgültig beschlossen hat, durch den Amtsarzt

schriftlich aufgefordert, den ärztlichen Eingriff binnen 2 Wochen vornehmen zu lassen (Art. 6¹ der 1. W.D.). In der Regel wird eine freiwillige Duldung des Eingriffs zu erreichen sein.

- a) Verweigert der Erbkranke den ärztlichen Eingriff, so wird der Eingriff, weil auf seine Ausführung nicht verzichtet werden kann, unter Anwendung von Zwang vorgenommen. Nötigenfalls hat die Polizeibehörde auf Ersuchen des Amtsarztes den Erbkranken in eine Krankenanstalt einzuliefern. § 12¹ ErbfrG. und Art. 6⁵ der 1. W.D.
- b) Die Vornahme des Eingriffs wird durch Gerichtsbeschluß ausgesetzt, wenn die Unfruchtbarmachung nach dem Zeugnis des zuständigen Amtsarztes mit Lebensgefahr für den Erbkranken verbunden ist oder wenn der Erbkranke sich in eine geschlossene Anstalt aufnehmen läßt. Vgl. Art. 6 der 1. W.D. und unten S. 109f.

2. Der ärztliche Eingriff darf erst erfolgen, wenn der die Unfruchtbarmachung anordnende Gerichtsbeschluß rechtskräftig geworden ist. § 11¹ S. 2 ErbfrG.

Ob diese Voraussetzung vorliegt, hat der den Eingriff vornehmende Arzt zu prüfen. Er muß sich zu diesem Zweck ein Rechtskraftzeugnis beschaffen, das von dem Urundsbeamten der Geschäftsstelle des Erbgesundheitsgerichts ausgestellt wird.

3. Der ärztliche Eingriff muß ausgeführt werden, § 11¹ ErbfrG.:

- a) Von einem für das Deutsche Reich approbierten Arzt, der chirurgisch geschult und ausdrücklich zur Ausführung der Unfruchtbarmachung zugelassen ist.

Der Eingriff darf nicht von dem Arzt ausgeführt werden, der den Antrag auf Unfruchtbarmachung gestellt oder in dem Verfahren als Beisitzer mitgewirkt hat.

- b) In einer Krankenanstalt, die ausdrücklich zur Ausführung von Unfruchtbarmachungen zugelassen ist.

4. Die Kosten des ärztlichen Eingriffs trägt bei den Krankenversicherung angehörenden Personen die Krankenkasse, bei anderen Personen im Falle der Hilfsbedürftigkeit der Fürsorgeverband. In allen anderen Fällen trägt die Kosten bis zur Höhe der Mindestsätze der ärztlichen Gebührenordnung und der durchschnittlichen Pflegesätze in den öffentlichen Krankenanstalten die Staatskasse, darüber hinaus der Unfruchtbargemachte. § 13² und Art. 7 der 1. W.D.

Wegen des Erfasses des durch den ärztlichen Eingriff etwa entstehenden Verdienstaussalles vgl. die 6. W.D. vom 23. XII. 1936.

II. Die Technik des ärztlichen Eingriffs.

Die Unfruchtbarmachung erfolgt grundsätzlich im Wege des chirurgischen Eingriffs, nur ausnahmsweise in einem anderen Verfahren. § 1¹ ErbfrG.

1. **Der chirurgische Eingriff** besteht darin, daß ohne Entfernung der Hoden oder Eierstöcke die **Samenstränge oder Eileiter verlegt, undurchgängig gemacht oder durchgetrennt** werden. Art. 1^a der 1. W.D.

Das Gesetz hat diese Art der Unfruchtbarmachung als Regel bestimmt, weil der chirurgische Eingriff ärztlich eingehend erprobt ist, hohe Sicherheit für den tatsächlichen Eintritt der Unfruchtbarkeit bietet und für den Betroffenen regelmäßig die geringste mögliche Beschwerung bedeutet.

2. **Anderere Verfahren der Unfruchtbarmachung** sind durch das Gesetz zwar nicht ausdrücklich verboten worden, sie **bedürfen aber einer ausdrücklichen Zulassung durch eine Ausführungsverordnung**. Diese Regelung ermöglicht es einerseits, der Fortentwicklung der ärztlichen Kunst hinreichend Rechnung zu tragen, und verhindert andererseits, daß nicht genügend erprobte Verfahren angewendet werden.

Durch die 5. Ausführungsverordnung vom 25. II. 1936 ist die **Unfruchtbarmachung durch Strahlenbehandlung** (Röntgenbestrahlung, Radiumbestrahlung) zugelassen worden, aber nur unter folgenden Voraussetzungen:

- a) Es muß sich um die Unfruchtbarmachung einer über 38 Jahre alten Frau handeln.
- b) Die Wahl der Strahlenbehandlung an Stelle des chirurgischen Eingriffs muß zweckmäßig sein, und zwar:
 - a) Entweder deshalb, weil die Vornahme eines chirurgischen Eingriffs wegen besonderer Umstände mit einer Gefahr für Leben oder Gesundheit der Frau verbunden wäre.
 - ß) Oder deshalb, weil aus gesundheitlichen Gründen ohnedies eine Strahlenbehandlung der Geschlechtsorgane erforderlich ist.
- c) Der Amtsarzt und die erkrankte Frau müssen der Strahlenbehandlung zustimmen. Kann der Frau wegen ihres krankhaften Geisteszustandes die Bedeutung der Maßnahme nicht verständlich gemacht werden, so bedarf es der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters oder Pfleger.
- d) Die Strahlenbehandlung darf nur von besonders zugelassenen Ärzten und in besonders zugelassenen Anstalten vorgenommen werden. Zweck Feststellung der Wirksamkeit der Behandlung ist eine dreimalige Nachuntersuchung vorgeschrieben.

III. Die Schwangerschaftsunterbrechung.

Besondere Vorschriften gelten, wenn bei einer unfruchtbar zu machenden Frau in dem Zeitpunkt, in welchem der Eingriff ausgeführt werden soll, eine Schwangerschaft besteht. In diesem Fall ist eine Ausnahme von dem allgemeinen Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung (§ 218 StGB.) gerechtfertigt, weil die Austragung des Kindes aus Gründen der Erbpflege unerwünscht ist. Das Gesetz erklärt deshalb die **Schwangerschaftsunterbrechung**, mit der die Unfruchtbarmachung mög-

licht verbunden werden soll, unter folgenden Voraussetzungen für zulässig, § 10a ErbFG.:

1. Das **Erbgesundheitsgericht** muß durch rechtskräftigen Beschluß **bereits auf Unfruchtbarmachung** der schwangeren Frau **erkannt** haben.
2. Die **Schwangere** muß mit der Unterbrechung der Schwangerschaft **einverstanden** sein. Ohne ihre Einwilligung ist die Schwangerschaftsunterbrechung nur statthaft, wenn sie wegen unmittelbarer Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht hinausgeschoben werden kann.
3. Die **Frucht** darf **noch nicht lebensfähig** sein. Das ist dann anzunehmen, wenn die Unterbrechung vor Ablauf des 6. Schwangerschaftsmonats erfolgt.
4. Die **Unterbrechung** der Schwangerschaft darf **keine ernsthafte Gefahr** für das Leben oder die Gesundheit der Frau mit sich bringen.

5. Einschränkung der Verfahren auf Unfruchtbarmachung während des Krieges.

Der gegenwärtige Krieg erforderte eine weitgehende Einschränkung aller Gerichts- und Verwaltungsverfahren, um möglichst viele Kräfte für andere Zwecke freizumachen und eine Benachteiligung der durch den Krieg betroffenen Beteiligten zu verhindern. Deshalb sind durch die ErbpflegeVO. vom 31. VIII. 1939 auch die Verfahren auf Unfruchtbarmachung auf die dringenden Fälle beschränkt worden.

- I. **Neue Verfahren auf Unfruchtbarmachung** sollen **nur beantragt** werden, wenn ein **dringlicher Fall** vorliegt, d. h. wenn die Unfruchtbarmachung wegen besonders großer Fortpflanzungsgefahr nicht aufgeschoben werden kann. § 1.

Das Vorliegen dieser Voraussetzung hat zu prüfen:

1. Der beamtete Arzt, wenn er einen Antrag stellen will.
2. Das Gesundheitsamt, wenn der Unfruchtbarzumachende selbst, sein gesetzlicher Vertreter oder ein Anstaltsleiter (vgl. S. 99—100) einen Antrag gestellt hat. Die Anzeigepflicht der approbierten Ärzte (S. 93, 3a) besteht in vollem Umfange weiter. Die Anzeigen werden beim Gesundheitsamt gesammelt, falls sie nicht weiterbearbeitet werden müssen, weil ein dringender Fall gegeben ist.

- II. **Bereits anhängige Verfahren auf Unfruchtbarmachung** werden **eingestellt**. § 2.

Sie werden nur auf besonderen Antrag des beamteten Arztes fortgesetzt, der diesen Antrag nur in dringenden Fällen stellen soll.

- III. Die **Durchführung von bereits rechtskräftigen Beschlüssen** auf Unfruchtbarmachung kann vom Amtsarzt **ausgesetzt** werden, falls Ärzte, die zur Unfruchtbarmachung ermächtigt sind (S. 103, I 3 a), nicht zur Verfügung stehen. § 4.

In dringenden Fällen ist der rechtskräftige Beschluß aber stets durchzuführen, und zwar notfalls unter Hinzuziehung anderer Ärzte.

D. Unfruchtbarmachung und Entmannung.

1. Allgemeines.

Das Mittel zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ist grundsätzlich die Beseitigung der Fortpflanzungsfähigkeit durch Unfruchtbarmachung. Daneben gibt es aber gewisse Fälle, in denen statt der Unfruchtbarmachung die Entmannung (Kastration) gesetzlich vorgesehen ist.

I. Die Entmannung besteht in der Entfernung der männlichen Keimdrüsen. Dadurch unterscheidet sie sich von der Unfruchtbarmachung, bei der die Keimdrüsen erhalten bleiben und lediglich die Fortpflanzung verhindert wird.

Die Entmannung hat eine wesentlich weitergehende Wirkung als die Unfruchtbarmachung. Sie bewirkt, weil die Keimdrüsen entfernt werden, regelmäßig eine Veränderung im ganzen Wesen des Menschen.

II. Die Entmannung kommt nur bei Sittlichkeitsverbrechern in Anwendung.

1. Hauptzweck der Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern ist, den Geschlechtstrieb abzutöten oder doch wesentlich zu verändern. Durch die Entmannung sollen in erster Linie die Gefahren abgewendet werden, die aus der Begehung künftiger Sittlichkeitsverfehlungen der Volksgemeinschaft und besonders den unmittelbaren Opfern dieser Verfehlungen drohen.

2. Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern ist, da mit ihr die Fortpflanzungsunfähigkeit eintritt, auch für die Erbpflege von wesentlicher Bedeutung. In den meisten Fällen handelt es sich bei Sittlichkeitsverbrechern um Menschen mit erbkranker Veranlagung.

2. Fälle der Entmannung.

Die Gesetze sehen eine zwangsweise und eine freiwillige Entmannung vor.

I. Die zwangsweise Entmannung ist in dem durch das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßnahmen der Sicherung und Besserung vom 24. XI. 1933 eingefügten § 42 k StGB. geregelt, und zwar als fakultative Sicherungsmaßnahme.

1. Im Strafverfahren kann das Gericht die zwangsweise Entmannung anordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

a) Der Täter muß ein zur Zeit der Entscheidung mindestens 21 Jahre alter Mann sein.

b) Der Täter muß wegen eines Sittlichkeitsdelikts verurteilt werden.

c) Die Gesamtwürdigung der Straftaten muß ergeben, daß der Täter ein gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher ist. Vgl. Näheres Heft 8¹ S. 107 f.

Das Gesetz stellt bei Vorliegen der vorgenannten Voraussetzungen die Entscheidung über die Entmannung in das pflichtgemäße Ermessen des Gerichts. Das Gericht hat die Entmannung anzuordnen, wenn ihm diese Maßnahme erforderlich erscheint. Sieht das Gericht von der Anordnung der Entmannung ab, so kann, falls der Täter erbkrank ist, ein Verfahren auf Unfruchtbarmachung (vgl. oben S. 98 ff.) eingeleitet werden.

2. Die Entmannung wird in einer Krankenanstalt von einem approbierten Arzt ausgeführt. § 456 c StGB.

II. Die freiwillige Entmannung ist geregelt durch § 14² ErbBrG., der eine Ergänzung des § 42 k StGB. darstellt. Ihre Zulassung rechtfertigt sich daraus, daß es dem Interesse der Volksgemeinschaft widersprechen würde, wenn es einem Manne mit entarteter geschlechtlicher Veranlagung verwehrt wäre, sich auch freiwillig von seiner krankhaften Veranlagung durch Entfernung der Keimdrüsen befreien zu lassen.

Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse sind allerdings vorläufig freiwillige Entmannungen im allgemeinen nicht vorzunehmen. § 5² der ErbpflegeVO.; vgl. jedoch auch den RdErl. des RM. v. Innern vom 27. VI. 1940 (RMVStB. S. 1291), in dem bestimmt ist, daß der Eingriff in dringenden Fällen vorgenommen werden kann.

1. Die freiwillige Entmannung ist unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

a) Es muß sich um einen Mann handeln, der an einem entarteten Geschlechtstrieb leidet und der sich bereits einer schweren, unter Strafe gestellten sittlichen Verfehlung schuldig gemacht hat.

Zu einer strafgerichtlichen Verurteilung braucht es nicht gekommen zu sein, z. B. weil die Tat verjährt ist oder weil eine Verurteilung mangels Zurechnungsfähigkeit des Täters nicht erfolgen kann.

b) Es muß nach amts- oder gerichtsärztlichem Gutachten zu befürchten sein, daß bei Unterlassung des Eingriffs weitere Verfehlungen der genannten Art begangen werden.

2. Die Entmannung wird in einer Krankenanstalt von einem approbierten Arzt ausgeführt. Art. 9¹ der 3. WVO.

E. Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung aus rein gesundheitlichen Gründen.

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bringt auch die Entscheidung der Frage, ob und in welchem Umfange ein ärztlicher Eingriff zur Verhütung von Nachwuchs aus an-

deren als erbgesundheitslichen Gründen zulässig ist. Damit geht das Gesetz über seinen eigentlichen Zweck, die Unfruchtbarmachung aus erbgesundheitslichen Gründen zu regeln, hinaus. Dies rechtfertigt sich daraus, daß es zweckmäßig erschien, die genannte wichtige und umstrittene Frage gesetzlich zu klären.

I. Eine Unfruchtbarmachung oder Schwangerschaftsunterbrechung, die nicht nach den Vorschriften des ErbkrG. erfolgt, und eine **Entfernung von Keimdrüsen**, die nicht auf Grund der Vorschriften über die Entmannung erfolgt, sind **nur dann zulässig**, wenn ein Arzt sie nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur **Abwendung einer ernststen Gefahr** für das Leben oder die Gesundheit des Betroffenen und mit dessen **Eintwilligung vollzieht**. § 14¹ ErbkrG.

Die Bedeutung dieser Vorschrift liegt in folgendem:

1. Die Vorschrift zählt die Fälle, in denen außerhalb der Erbpflege, also aus rein gesundheitlichen Gründen, eine Unfruchtbarmachung oder eine Schwangerschaftsunterbrechung vorgenommen werden darf, **erschöpfend auf**.
2. Die Vorschrift klärt **endgültig** die seit langem streitige Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Schwangerschaftsunterbrechung nicht nach § 218 StGB. strafbar ist. Jetzt ist festgestellt:
 - a) Nicht rechtswidrig ist der ärztliche Eingriff, der auf einer bestimmten medizinischen Indikation, nämlich einer ernstlichen Lebens- und Gesundheitsgefahr, beruht.
 - b) Rechtswidrig und verboten ist der Eingriff in allen anderen Fällen namentlich im Falle der sog. sozialen Indikation.

II. Die Entscheidung darüber, ob eine Unfruchtbarmachung oder Schwangerschaftsunterbrechung aus gesundheitlichen Gründen erforderlich ist, haben besondere **ärztliche Gutachterstellen** zu treffen.

Die Gutachterstellen werden von dem Reichsminister des Innern gebildet. Sie entscheiden nach Richtlinien, die der Reichsminister des Innern erläßt. Art. 6 der 4. W.D. vom 18. VII. 1935, vgl. auch § 5¹ C. 2 der ErbpflegeW.D.

1. Dem einzelnen Arzt ist die Entscheidung deshalb entzogen, weil es sich bei der Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung um Maßnahmen handelt, die für die Betroffenen und für die Volksgemeinschaft von besonderer Bedeutung sind.

Die Gutachterstellen sollen zur Herausbildung einheitlicher Maßstäbe und Auffassungen in dieser wichtigen Frage beitragen. Darüber hinaus setzen sie den einzelnen Arzt in die Lage, unberechtigten Wünschen seiner Patienten nachdrücklich entgegenzutreten zu können.

2. Der Arzt darf — außer bei unmittelbarer Gefahr für Leben oder Gesundheit der Schwangeren — den **Eingriff erst vor-**

nehmen, nachdem ihn die Gutachterstelle aus gesundheitlichen Gründen **für erforderlich erklärt hat**. Der Eingriff soll grundsätzlich in einer Krankenanstalt vorgenommen werden. Art. 5, 9 der 4. W.D.

II. Die Absonderung.

Neben die Unfruchtbarmachung, die das Hauptmittel zur Verhütung erbkranken Nachwuchses darstellt, tritt als **weitere Maßnahme auf dem Gebiete der Erbpflege die Absonderung**. Sie besteht darin, daß der **erblich Minderwertige in einer geschlossenen Anstalt untergebracht** und ihm so die Möglichkeit der Fortpflanzung genommen wird. Das Anwendungsgebiet dieser Maßnahme muß naturgemäß ein beschränktes bleiben. Denn mit der Unterbringung in einer Anstalt wird der Betroffene regelmäßig gleichzeitig aus seinem gesamten Lebenskreis und Tätigkeitssfeld herausgenommen, während die Unfruchtbarmachung ihm nach wie vor gestattet, seinem Beruf nachzugehen und sich seinen sonstigen Aufgaben und Pflichten zu widmen.

Die Absonderung ist als erbpflegerische Maßnahme gesetzlich vorgesehen bei Erbkranken und bei Verbrechern.

A. Die Anstaltsunterbringung Erbkranker.

Grundsätzlich ist, wenn eine der im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses genannten Erbkrankheiten festgestellt ist, die Unfruchtbarmachung durchzuführen. In den folgenden zwei Ausnahmefällen tritt aber die **Anstaltsunterbringung an die Stelle der Unfruchtbarmachung**:

- I. Wenn der Erbkranke wegen Anstaltsbedürftigkeit **dauernd in einer Anstalt verwahrt wird**. Gegen solche Erbkranken soll ein Verfahren auf Unfruchtbarmachung überhaupt nicht eingeleitet werden.

Die Art der Unterbringung des Erbkranken muß folgenden Vorschriften entsprechen, Art. 1² der 1. W.D.:

1. Es muß sich um eine **geschlossene Anstalt handeln**, die die volle Gewähr dafür bietet, daß die Fortpflanzung unterbleibt. Die Trennung der Geschlechter muß unbedingt sichergestellt sein.
2. Der Erbkranke darf, solange er fortpflanzungsfähig ist, aus der Anstalt **weder beurlaubt noch entlassen werden**, es sei denn, daß die Unfruchtbarmachung durchgeführt oder ein gestellter Antrag endgültig abgelehnt ist. Ausnahmen hiervon können nur aus besonderen Gründen und nur mit Zustimmung des Amtsarztes gemacht werden.

II. Wenn der Erbfranke sich in eine Anstalt aufnehmen läßt, nachdem die Unfruchtbarmachung rechtskräftig angeordnet ist. Dann ist die Unfruchtbarmachung auszuführen.

Für diesen Fall gelten außer den oben zu I 1—2 genannten Vorschriften noch folgende Besonderheiten:

1. Die Ausführung der Unfruchtbarmachung wird durch das Gericht angeordnet. Sie setzt einen Antrag des Erbkranken oder seines gesetzlichen Vertreters voraus.
2. Die Wirksamkeit des Gerichtsbeschlusses, der die Unfruchtbarmachung angeordnet hat, wird durch die Ausführung der Vollstreckung nicht berührt. Die Ausführung gilt nur solange, als der Erbfranke in einer geschlossenen Anstalt verbleibt.
3. Ein jugendlicher Erbfranke, dessen Unfruchtbarmachung angeordnet und der in einer Anstalt untergebracht ist, kann nach Vollendung des 18. Lebensjahres selbst entscheiden, ob er in der Anstaltsverwahrung verbleiben oder die Unfruchtbarmachung ausführen lassen will. Entscheidet er sich für letzteres, so kann er die Wiederaufhebung der Ausführung beantragen.

B. Die Unterbringung von Verbrechern.

I. Die Unterbringung von Verbrechern stellt auch eine erbpflegerische Maßnahme dar, weil sie die Vererbung der Verbrecheranlage verhindert.

1. Eine Unfruchtbarmachung kommt nur bei einem Teil der Träger von Verbrecheranlagen in Frage.

Nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ist eine Unfruchtbarmachung nur zulässig, wenn eine der im Gesetz aufgezählten Erbkrankheiten (vgl. oben S. 95f.) vorliegt. Der Gesetzgeber war sich darüber im klaren, daß damit nicht alle Fälle auszumerkender Erbanlagen erfaßt wurden, nahm aber dieses Ergebnis bewußt in Kauf. Bei Erbkrankheiten, die nicht im Gesetz genannt sind, ist eine Unfruchtbarmachung unzulässig und es kann auch gegen den Erbkranken nach diesem Gesetz keine andere Maßnahme ergriffen werden. Der wichtigste der von dem Gesetz nicht vollkommen erfaßten Fälle ist die Verbrecheranlage, die zweifellos ebenfalls zu den erblich bedingten Anlagen gehört. Bei Verbrechern kommt eine Verhinderung der Fortpflanzung durch Unfruchtbarmachung nur in Frage:

- a) Wenn die Verbrecheranlage die Folge von angeborenem Schwachsinn ist. Denn dann ist der Verbrecher erbkrank im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und kann unfruchtbar gemacht werden.

b) Wenn es sich um einen gefährlichen Sittlichkeitsverbrecher handelt. Denn dann kann im Strafverfahren auf Entmannung erkannt und damit die Fortpflanzungsfähigkeit beseitigt werden.

2. Für die anderen Fälle von Verbrecheranlagen wird den Erfordernissen der Erbpflege durch die Unterbringung der Verbrecher Rechnung getragen. Sie ist geregelt durch das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßnahmen der Sicherung und Besserung vom 24. XI. 1933, das bereits beim Erlass des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses angekündigt worden war.

Das Gesetz vom 24. XI. 1933 bezweckt den Schutz der Volksgemeinschaft vor den Verbrechern und sieht daher vor, daß die Verbrecher — unabhängig von der Strafverbüßung — durch Unterbringung in Anstalten abgesondert werden. Damit dient das Gesetz zunächst den Erfordernissen der Strafrechtsplege. Es stellt aber gleichzeitig eine bedeutsame Maßnahme der Erbpflege dar, indem es den Verbrechern für die Zeit der Unterbringung die Möglichkeit der Fortpflanzung nimmt.

II. Die Unterbringung der Verbrecher wird im Strafverfahren durch das Gericht angeordnet. Vgl. Näheres Heft 8¹ S. 92ff.

1. Gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher (§ 20a StGB.) und gegen Landesverräter „muß“ die Sicherungsverwahrung angeordnet werden, wenn die öffentliche Sicherheit dies erfordert.

Die Sicherungsverwahrung bedeutet, daß der Verbrecher nach der Verbüßung der Freiheitsstrafe nicht auf freien Fuß gesetzt wird, sondern weiterhin in Verwahrung bleibt.

2. Eine Unterbringung „kann“ ferner angeordnet werden:

- a) Gegen Zurechnungsunfähige oder vermindert Zurechnungsfähige. Sie werden in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht.
- b) Gegen Trinker, Morphinisten und andere Süchtige. Sie werden in einer Trinkerheilanstalt oder in einer Entziehungsanstalt untergebracht.
- c) Gegen Asoziale, insbesondere Bettler, Landstreicher und Dirnen. Sie werden in ein Arbeitshaus eingewiesen.

III. Für die Erbpflege ist die Unterbringung der Verbrecher deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Unterbringung so lange dauert, bis ihr Zweck erreicht ist. § 42f. StGB.

1. Grundsätzlich ist die Dauer der Unterbringung zeitlich nicht beschränkt. Dies gilt namentlich für die Sicherungsverwahrung der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher. Die Unbeschränktheit der Sicherungsverwahrung ist vom Standpunkt der Erbpflege besonders wichtig, weil sie es gestattet, die Gewohnheitsverbrecher, die in erster Linie als Träger

von Verbrecheranlagen in Frage kommen, dauernd von der Fortpflanzungsmöglichkeit auszuschließen.

Das Gericht hat jeweils vor dem Ablauf einer bestimmten Frist, die z. B. für die Sicherungsverwahrung 3 Jahre beträgt, zu entscheiden, ob der Zweck der Unterbringung erreicht ist. Bei der Prüfung dieser Frage kann neben den mit der Unterbringung verfolgten strafrechtlichen Zwecken auch den erbpflegerischen Notwendigkeiten in vollem Umfang Rechnung getragen werden. Hiernach wird vielfach die Unterbringung jedenfalls so lange ausgedehnt werden müssen, bis die Fortpflanzungswahrscheinlichkeit gering geworden ist.

2. **Beschränkungen** hinsichtlich der Dauer der Unterbringung bestehen nur für die Unterbringung in einer Irrenheilanstalt oder einer Entziehungsanstalt und für die erstmalige Unterbringung in einem Arbeitshaus. In diesen Fällen darf die Unterbringung nicht länger als 2 Jahre dauern.

Zweiter Teil.

Wahrung der Ehegesundheit.

(Ehegesundheitsgesetz vom 18. X. 1935).

Vorbemerkung.

- I. Die Familie ist nach nationalsozialistischer Anschauung die Keimzelle des Volkes; sie ist dazu berufen, den Fortbestand des Volkes zu sichern. Diese Aufgabe kann, weil der Fortbestand eines Volkes von der Erbgesundheit seiner Angehörigen abhängt, nur von solchen Familien erfüllt werden, deren Gründer ehegesund, d. h. zur Erzeugung erbgesunder Nachkommen geeignet sind. Nur die ehegesunde Familie kann die Garantin der Erbgesundheit des Volkes sein.

Daraus ergeben sich die folgenden bevölkerungspolitischen Forderungen:

1. Die Schließung erbungesunder Ehen muß verhindert werden. So erwünscht die Schließung gesunder Ehen ist, so unerwünscht ist die Schließung von Ehen, die wegen einer körperlichen oder geistigen Erkrankung eines der Verlobten von vornherein den Keim des Verfalls in sich tragen und die Gefahr einer erbungesunden Nachkommenschaft mit sich bringen.
2. Das Volk muß zu einer natürlichen Auffassung vom Wesen der Ehe erzogen werden. In jedem Volksgenossen muß die Erkenntnis erweckt werden, daß der eigentliche Zweck der Ehe in der Erzeugung einer erbgesunden Nachkommenschaft liegt.

II. Die früheren Gesetze haben diese bevölkerungspolitischen Forderungen in keiner Weise berücksichtigt.

1. Vorschriften, deren eigentlicher Zweck die Verhinderung erbungesunder Ehen war, fehlten überhaupt. Die Tatsache, daß einer der Verlobten an einer schweren ansteckenden oder erblichen Krankheit litt, bildete kein rechtliches Hindernis für die Eheschließung.
2. Einzelne Vorschriften des bisherigen Rechts, die an sich anderen Zwecken dienen, wirkten sich mittelbar im Sinne einer Verhinderung erbungesunder Ehen aus. Durch diese Vorschriften wird aber nur ein praktisch kaum ins Gewicht fallender Bruchteil der Fälle erfaßt, in denen es sich um die Eingehung erbungesunder Ehen handelt.

In Betracht kommen namentlich die folgenden Vorschriften:

- a) Ein Verlobter, der weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet, macht sich strafbar, wenn er eine Ehe eingeht, ohne vorher seine Krankheit dem anderen Verlobten mitzuteilen. Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. II. 1927.
- b) Ein wegen Geisteskrankheit Entmündigter kann keine Ehe eingehen, weil er geschäftsunfähig ist und deshalb die zur Eheschließung notwendige Willenserklärung nicht abgeben kann. §§ 104 BGB., 2 EheG.
- c) Die Verlobten mußten nach den Vorschriften des früheren Personenstandsgesetzes von dem Standesbeamten, der ihnen vor Anordnung des Aufgebots ein entsprechendes Merkblatt auszuhandigen hat, auf die Wichtigkeit einer ärztlichen Untersuchung vor der Eheschließung hingewiesen werden. Alles weitere blieb aber nach diesen Vorschriften den Verlobten überlassen.

III. Die Erbgesundheit der Ehen wird jetzt durch das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. X. 1935 gesichert.

Das Gesetz wird durch eine Durchführungsverordnung vom 29. XI. 1935 (DVB.) ergänzt.

1. Den Kern des Gesetzes bilden bestimmte Cheverbote, die in den Fällen, in denen die Ehegesundheit der Verlobten nicht gewährleistet ist, die Eheschließung verhindern. Die Cheverbote umfassen die schweren Fälle, in denen die Erkrankung eines Verlobten eine besonders ernste Gefahr für die Ehegesundheit darstellt. Die einzelnen Fälle sind im Gesetz erschöpfend aufgezählt.

Die Beachtung der Cheverbote wird durch die Einführung eines „Ehe-tauglichkeitszeugnisses“ sichergestellt, das von einer ärztlichen Dienststelle (Gesundheitsamt) erteilt wird und bei jeder Eheschließung vorzulegen ist. Vgl. unten S. 118.

2. Das Gesetz führt dadurch, daß es die Ausstellung des Ehe-tauglichkeitszeugnisses vorschreibt, alle Verlobten vor der Eheschließung einer ärztlichen Cheberatung zu. Dies ist

von besonderer Bedeutung, weil die Eheverbote des Gesetzes — vom erbbiologischen Standpunkt aus gesehen — nur eine Mindestforderung erfüllen. Denn die Eheverbote betreffen ja nur die schweren Fälle (vgl. oben I) und die Eheschließung bleibt daher in vielen Fällen, in denen ärztliche Bedenken gegen die Ehe bestehen, rechtlich zulässig. Gerade in diesen Fällen soll die Eheberatung eingreifen und die Verlobten durch Rat und Aufklärung sowie durch einen Appell an das Verantwortungsbewußtsein gegenüber Volk und Familie von der beabsichtigten Ehe abhalten. Die Eheberatung bedeutet deshalb eine wichtige Ergänzung der gesetzlichen Eheverbote. Vgl. dazu die Richtlinien des Reichsministers des Innern für die Beurteilung der Erbgesundheit vom 18. VII. 1940 (RMBlB. S. 1519).

IV. Das Ehegesundheitsgesetz gilt seit dem 1. I. 1940 auch in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten. Vgl. B.D. vom 14. XI. und 15. XII. 1939.

I. Die Eheverbote.

A. Die einzelnen Eheverbote.

Das Gesetz (§ 1) enthält vier Eheverbote, und zwar:

I. Das Eheverbot der Erbkrankheit.

Eine Ehe darf nicht geschlossen werden, wenn einer der Verlobten erbkrank im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ist.

Das Gesetz greift also nur durch, wenn eine der im ErbkrG. aufgezählten acht Erbkrankheiten vorliegt (vgl. oben S. 95f.). Leidet ein Verlobter an einer anderen Krankheit, die den Nachwuchs gefährdet, z. B. an einer Geschlechtskrankheit oder schwerem Morphinismus, so wird vielfach eines der anderen Eheverbote eingreifen, z. B. das Eheverbot der ansteckenden Krankheit oder der Geistesstörung. Vgl. unten II und IV.

1. Der Zweck des Eheverbotes ist:

- a) Die Erzeugung erbkranker Nachkommenschaft zu verhüten. Deshalb wird ein fortpflanzungsfähiger Erbkranker nicht zu einer Ehe mit einem fortpflanzungsfähigen Erbgesunden oder einem anderen fortpflanzungsfähigen Erbkranken zugelassen.
- b) Die Bindung eines fortpflanzungsfähigen Erbgesunden an einen erbkranken Ehepartner zu verhüten. Ein fortpflanzungsfähiger Erbgesunder soll sich, damit seine Fruchtbarkeit dem deutschen Volk erhalten bleibt, einen erbgesunden Ehepartner suchen. Deshalb ist ihm auch die Ehe mit einem unfruchtbaren Erbkranken verboten.

2. Der Zweck des Eheverbotes greift nicht durch, wenn der andere Verlobte unfruchtbar ist oder beide Verlobte unfruchtbar sind. Denn in diesem Falle droht weder ein erbkranker Nachwuchs noch ein Ausfall erbgesunden Nachwuchses. Deshalb ist die Ehe eines Erbkranken mit einem Unfruchtbaren nicht verboten.

Über die Ehevermittlung für Unfruchtbargemachte vgl. den RdErl. des Min. d. Innern vom 23. I. 1941 (RMBlB. S. 175).

- a) Gleichgültig ist, ob der unfruchtbare Verlobte gleichfalls erbkrank oder ob er an sich erbgesund ist, ferner ob die Unfruchtbarkeit auf natürlichen Gegebenheiten oder auf einem künstlichen Eingriff beruht.
- b) Die Unfruchtbarkeit des Verlobten muß einwandfrei nachgewiesen sein. Bei Frauen im Alter von über 45 Jahren bedarf es keines besonderen Nachweises der Unfruchtbarkeit. § 25 B.D.

II. Das Eheverbot der ansteckenden Krankheit.

Eine Ehe darf nicht geschlossen werden, wenn einer der Verlobten an einer ansteckenden Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommenschaft befürchten läßt.

1. Der Zweck des Eheverbotes ist:

- a) Der Schutz des gesunden Verlobten. Das Verbot gilt deshalb, wenn der andere Verlobte gesund ist, auch für Ehen, aus denen Nachkommen nicht zu erwarten sind. In diesem Falle dient das Verbot nicht der Erbpflege, die grundsätzlich auf die Erbgesundheit der Nachkommen hinzielt, sondern ausschließlich dem Schutz des andern Verlobten. Es rechtfertigt sich in diesem Falle aus dem Wesen der Ehe, da die Übertragung der Krankheit auf den gesunden Verlobten zu einer Zerrüttung der ehelichen Gemeinschaft führen würde.
- b) Der Schutz der Nachkommenschaft; insoweit ist dieses Eheverbot also eine Maßnahme der Erbpflege. Das Verbot gilt deshalb grundsätzlich auch dann, wenn beide Verlobte an der gleichen Krankheit leiden. Denn in diesem Falle wird zwar nicht der andere Verlobte, wohl aber die Nachkommenschaft gefährdet. Nur dann gilt bei gleichartiger Erkrankung beider Verlobter das Eheverbot nicht, wenn Nachkommen, die gefährdet werden könnten, nicht in Frage kommen, also wenn aus der beabsichtigten Ehe, weil einer der Verlobten unfruchtbar ist, keine Nachkommen zu erwarten sind, und wenn keiner der Verlobten Nachkommen aus einer früheren Ehe besitzt, die durch die neue Eheschließung einer Ansteckungsgefahr ausgesetzt würden.

2. Im einzelnen schließt das Eheverbot zwei Voraussetzungen in sich:

- a) **Eine ansteckende Krankheit**, d. h. eine mit Ansteckungsgefahr verbundene Krankheit.

Ob eine solche Krankheit vorliegt, bestimmt sich nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft. Es gehören hierhin die sog. **gemeingefährlichen Krankheiten**, z. B. Ausfall, Cholera, Fleckfieber, Pocken, und die übertragbaren Krankheiten, z. B. Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, Scharlach, Unterleibstypus.

- b) **Die Gefahr einer erheblichen Gesundheitsschädigung des anderen Verlobten oder der Nachkommen.** Vgl. oben 1.

a) Ob diese Gefahr besteht, muß im Einzelfall an Hand der Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft nachgeprüft werden.

β) Das Ehehindernis fällt grundsätzlich weg, wenn der erkrankte Verlobte geheilt wird. Es bleibt aber bestehen, wenn der erkrankte gewesene Verlobte „Bazillenträger“ geblieben ist. Denn dann ist die Gefährdung des anderen Verlobten oder der Nachkommenschaft in gleicher Weise begründet wie im Falle einer Erkrankung.

III. Das Eheverbot der Entmündigung.

Eine Ehe darf nicht geschlossen werden, wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht.

Die vorläufige Vormundschaft ist eine Vorstufe der Entmündigung. Sie kann nur bei Personen angeordnet werden, deren Entmündigung beantragt ist. Vgl. Grundriß Bd. 4, S. 141.

1. Der Zweck des Eheverbots ist:

- a) **In erster Linie der Schutz der Nachkommenschaft.** Eine Entmündigung kann nach dem BGB. ausgesprochen werden bei Geisteskrankheit, Geisteschwäche, Verschwendung und Trunksucht (§ 6 BGB., vgl. Grundriß Bd. 1 S. 55). Aus diesen Tatbeständen folgt, daß ein Entmündigter regelmäßig Träger minderwertiger Erbanlagen ist. Deshalb ist das Verbot der Eheschließung von Entmündigten ein Erfordernis der Erbpflege.

- b) **Daneben die Rücksichtnahme auf das Familienleben und die Aufzucht der Kinder.** Selbst wenn im Einzelfall eine Entmündigung nicht auf schlechte Erbanlagen zurückzuführen ist, so wird der Entmündigte doch unfähig sein, ein geordnetes Familienleben zu führen und die Nachkommenschaft im Sinne der Volksgemeinschaft zu erziehen. Auch in diesen Fällen ist daher das Ehehindernis gerechtfertigt.

2. Das Verbot greift immer durch, solange eine Entmündigung oder eine vorläufige Vormundschaft besteht. Daraus folgt:

- a) Das Ehehindernis gilt auch dann, wenn beide Verlobte entmündigt sind.
- b) Das Ehehindernis gilt auch dann, wenn der Entmündigte unfruchtbar oder wenn beide Verlobte unfruchtbar sind.

- c) Das Ehehindernis fällt weg, wenn die Entmündigung oder die Stellung unter vorläufige Vormundschaft aufgehoben wird. In diesem Falle kann die Ehe aber aus einem anderen Grund verboten bleiben, z. B. wegen Erbkrankheit oder wegen fortbauender Geistesstörung des entmündigt gewesenen Verlobten.

IV. Das Eheverbot der Geistesstörung.

Eine Ehe darf nicht geschlossen werden, wenn einer der Verlobten, ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt.

1. **Der Grund dieses Eheverbots liegt hauptsächlich darin, daß nach dem BGB. die Zulässigkeit der Entmündigung eines Geisteskranken oder Geisteschwachen sich nicht nach den Grundätzen der Erbpflege, sondern danach bestimmt, ob der Geistesgestörte seine eigenen Angelegenheiten zu besorgen vermag, und daß die Entmündigung nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag ausgesprochen wird. Bei vielen Geistesgestörten kommt es deshalb nicht zur Entmündigung. Eine Eheschließung des Geistesgestörten muß aber in diesen Fällen verhindert werden, falls dies mit Rücksicht auf das Familienleben oder aus Gründen der Erbpflege notwendig ist.**

z. B.: Ein geisteschwaches minderjähriges Mädchen lebt im Haushalt seiner Eltern; es hat keinen besonderen Pflichtkreis und ist imstande, seine geringfügigen Angelegenheiten selbst zu besorgen. In diesem Falle sind die Voraussetzungen einer Entmündigung nach § 6 BGB. nicht gegeben. Gleichwohl ist aber eine erblich minderwertige Nachkommenschaft zu besorgen. Deshalb greift hier das Eheverbot der Geistesstörung ein.

2. Das Eheverbot setzt im einzelnen voraus:

- a) **Eine geistige Störung eines der Verlobten.** Ob eine solche Störung vorliegt, ist nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft zu beurteilen.

z. B.: Als geistesgestört sind Personen anzusehen, die an Psychopathien oder an Psychosen leiden.

- b) **Unertwünschtheit der Ehe für die Volksgemeinschaft.** Diese Voraussetzung ist dann gegeben, wenn die geistigen Störungen so stark sind oder in solchen Formen auftreten, daß der andere Verlobte oder die Nachkommenschaft gefährdet erscheint. Wirtschaftliche Interessen eines der Verlobten oder auch der öffentlichen Hand müssen demgegenüber zurücktreten.

z. B.: Ein Volksgenosse, der von der öffentlichen Fürsorge unterstützt wird, will ein geisteschwaches vermögendes Mädchen heiraten. Durch die Eheschließung würde die öffentliche Hand von der Unterstützung des Verlobten befreit werden und auch dieser würde seine wirtschaftliche Lage verbessern. Trotzdem ist die Ehe unerwünscht und deshalb unzulässig. Denn das Interesse der Volksgemeinschaft an der Verhinderung erblich minderwertiger Nachkommen geht den wirtschaftlichen Interessen der öffentlichen Hand und der Verlobten vor.

B. Persönlicher Geltungsbereich der Eheverbote.

Das Ehegesundheitsgesetz dient der Erhaltung und Förderung der Erbgesundheit des „deutschen“ Volkes. Durch die Eheschließung von Ausländern wird die Erbgesundheit des deutschen Volkes im allgemeinen nicht berührt. Die Eheverbote gelten deshalb grundsätzlich nicht, wenn es sich um Personen handelt, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, also dem Schutzverband des Deutschen Reiches nicht angehören.

Im einzelnen gilt folgendes:

I. Besitzt nur einer der Verlobten die deutsche Staatsangehörigkeit, ist also der andere Verlobte Ausländer oder staatenlos, so ist zu unterscheiden:

1. Ist der männliche Verlobte deutscher Staatsangehöriger, so erwirbt die ausländische Braut mit der Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit. Aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, in einem solchen Falle die Nachprüfung auch auf den Gesundheitszustand der Braut zu erstrecken. Das Eheges. findet deshalb Anwendung.

Das gleiche gilt, wenn die Braut staatenlos ist.

2. Will eine Deutsche einen Ausländer heiraten, so verliert sie durch die Eheschließung mit dem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie erlangt regelmäßig gleichzeitig die Staatsangehörigkeit ihres Mannes. Auch die Kinder werden fremde Staatsangehörige. Deshalb findet in diesem Falle das Eheges. keine Anwendung.

Dagegen ist das Eheges. anwendbar, wenn der männliche Verlobte staatenlos ist.

II. Besitzt keiner der Verlobten die deutsche Staatsangehörigkeit, so ist zu unterscheiden:

1. Sind beide Verlobte staatenlos, so ist das Eheges. anwendbar, wenn die Ehe im Inland geschlossen wird oder wenn beide Verlobte im Inland ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben.
2. Sind beide Verlobte Ausländer oder ist der Verlobte Ausländer und die Braut staatenlos, so ist das Eheges. unanwendbar.

II. Das Ehetauglichkeitszeugnis.

A. Bedeutung des Ehetauglichkeitszeugnisses.

- I. Der Standesbeamte darf bei einer Eheschließung nur dann mitwirken, wenn die Ehegesundheits der Verlobten nachgewiesen ist. Der Nachweis ist zu führen durch Vorlegung eines „Ehetauglichkeitszeugnisses“. § 2 Eheges.

Wegen der gegenwärtig noch geltenden Übergangsregelung vgl. unten S. 121.

1. Die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses ist Aufgabe der Gesundheitsämter. Sie ist ein Teil der Eheberatung. § 1 DVO.

2. Durch die Vorlegung des Zeugnisses wird der volle Nachweis der Ehegesundheits erbracht. Daneben besteht grundsätzlich kein eigenes Prüfungsrecht des Standesbeamten.

3. Die Gültigkeit des Ehetauglichkeitszeugnisses ist befristet. Es wird ungültig, wenn die Ehe nicht binnen 6 Monaten seit der Ausstellung des Zeugnisses geschlossen wird. Das Gesundheitsamt kann die Frist verlängern. § 7 DVO.

II. Das Ehetauglichkeitszeugnis bescheinigt auch, daß das Ehehindernis des artfremden Bluteinschlages nicht gegeben ist. Vgl. oben S. 55.

B. Die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses.

- I. Über die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses entscheidet die bei jedem Gesundheitsamt bestehende Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege.

1. Die Erlangung des Zeugnisses erfordert eine ärztliche Untersuchung für jeden Verlobten. Sie kann erfolgen:

- a) Durch das zuständige Gesundheitsamt. Zuständig ist das Gesundheitsamt, in dessen Bezirk der Verlobte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat:

Hat ein Verlobter seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so kann er sich bei jedem deutschen Gesundheitsamt untersuchen lassen.

- b) Durch jeden vom Reichsarztesführer hierfür zugelassenen Arzt der freien Praxis. Das Ergebnis der Untersuchung wird in einem Untersuchungsbogen niedergelegt und dem Gesundheitsamt übersandt.

Hat ein Verlobter seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so kann er sich durch einen ausländischen Arzt untersuchen lassen, dessen Zuverlässigkeit durch eine deutsche Amtsstelle bescheinigt ist.

Soweit erforderlich hat das Gesundheitsamt nach Eingang des Untersuchungsergebnisses weitere Ermittlungen über die Erbgesundheits der Verlobten anzustellen.

2. Für beide Verlobte wird grundsätzlich ein gemeinsames Ehetauglichkeitszeugnis ausgestellt, und zwar durch das für die Untersuchung der Braut zuständige Untersuchungsamt.

Ist dieses Gesundheitsamt nicht auch für die Untersuchung des Bräutigams zuständig, so wird das Zeugnis erst ausgestellt, wenn auch die Unterlagen über den Gesundheitszustand des Bräutigams vorliegen. Sie werden durch das für die Untersuchung des Bräutigams zuständige Gesundheitsamt übersandt.

3. Das Ehetauglichkeitszeugnis ist zu versagen, wenn ein Eheverbot nach § 1 Eheges. vorliegt (oder wenn das Ehehindernis des artfremden Bluteinschlages gegeben ist). Über die

Verfagung wird den Verlobten eine Bescheinigung erteilt, aus der der Grund, der zur Verfagung geführt hat, hervorgeht.

Die Ausstellung des Zeugnisses kann ferner abgelehnt werden, wenn die Verlobten den Anordnungen des Gesundheitsamtes, die die Beibringung der für die Beurteilung erforderlichen Unterlagen betreffen, keine Folge leisten.

4. Das Ehetauglichkeitszeugnis ist zurückzunehmen, wenn das Gesundheitsamt später erfährt, daß ein Ehehindernis nach § 1 EhegesG. vorliegt.

Die Zurücknahme ist aber nicht mehr zulässig, wenn die Ehe bereits geschlossen ist.

- II. Gegenüber einer Verfagung oder Zurücknahme des Ehetauglichkeitszeugnisses kann jeder Verlobte die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts (vgl. oben S. 98f.) anrufen. Vgl. aber für die Kriegszeit unten III.

1. Ausschließlich zuständig ist das Erbgesundheitsgericht, in dessen Bezirk das Gesundheitsamt, dessen Entscheidung angefochten wird, seinen Sitz hat.

Aus wichtigen Gründen kann dieses Gericht die Sache an ein anderes Erbgesundheitsgericht abgeben.

2. Das Erbgesundheitsgericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob ein Ehehindernis nach § 1 EhegesG. vorliegt. Es ist also nicht auf die Nachprüfung des von dem Gesundheitsamt bezeichneten Verfagungsgrundes beschränkt, sondern muß, wenn es die Entscheidung des Gesundheitsamtes aufheben will, auch nachprüfen, ob kein anderer Verfagungsgrund besteht.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften des ErbtrG. entsprechende Anwendung. Zwangsmaßnahmen zwecks Untersuchung der Verlobten kann das Erbgesundheitsgericht aber nicht durchführen. Solche Zwangsmaßnahmen sind auch nicht erforderlich. Wenn einer der Verlobten den Anordnungen des Gerichts keine Folge leistet, so kann das Gericht die Verfagung des Ehetauglichkeitszeugnisses bestätigen, weil eine Nachprüfung der Ehetauglichkeit wegen des Verhaltens der Verlobten nicht möglich ist. § 18 der DVO.

3. Die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts geht:

- a) Entweder dahin, daß die Verfagung (oder Zurücknahme) des Ehetauglichkeitszeugnisses bestätigt wird. Diese Entscheidung ist dann zu treffen, wenn ein Ehehindernis nach § 1 EhegesG. vorliegt oder wenn infolge des Verhaltens eines Verlobten eine Nachprüfung der Ehetauglichkeit nicht möglich ist.

In diesem Falle kann die Ausstellung eines Ehetauglichkeitszeugnisses frühestens 6 Monate, nachdem die Entscheidung des Gerichts rechtskräftig geworden ist, erneut bei dem Gesundheitsamt beantragt werden.

- b) Oder dahin, daß ein Ehehindernis nach § 1 EhegesG. nicht vorliegt. Diese Entscheidung ersetzt das Ehetauglichkeitszeugnis; sie kann weder von dem Gesund-

heitsamt noch von dem Erbgesundheitsgericht zurückgenommen werden.

Die Geltungsdauer der Entscheidung ist auf 6 Monate beschränkt. Dies folgt daraus, daß die Entscheidung das Ehetauglichkeitszeugnis ersetzt, dessen Gültigkeit ebenfalls auf 6 Monate befristet ist. Vgl. oben S. 119.

- III. Gegen die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts kann von jedem Verlobten und von dem Leiter des Gesundheitsamtes innerhalb einer Frist von 2 Wochen die Beschwerde an das Erbgesundheitsobergericht eingelegt werden. § 13 DVO.

Dieses Gericht entscheidet endgültig.

C. Übergangsregelung.

- I. Die Untersuchung sämtlicher Heiratswilligen auf ihre Ehetauglichkeit würde den erst seit kurzer Zeit eingerichteten Gesundheitsämtern eine Mehrarbeit bringen, der sie mit den zur Zeit vorhandenen Arbeitskräften nicht gewachsen wären. Deshalb tritt die Vorschrift, daß in jedem Falle vor der Eheschließung ein Ehetauglichkeitszeugnis beizubringen ist, erst in einem späteren Zeitpunkt in Kraft, den der Reichsminister des Innern bestimmt. § 8² EhegesG.

Zur Zeit gilt folgende Übergangsregelung:

1. Ein Ehetauglichkeitszeugnis ist vor der Eheschließung nur dann beizubringen, wenn der Standesbeamte begründete Zweifel hat, ob ein Ehehindernis nach § 1 EhegesG. vorliegt (§ 3 DVO.). Durch diese Regelung wird zweierlei erreicht:

- a) Die Schließung gesunder Ehen wird nicht erschwert. Eine Verzögerung solcher Eheschließungen, weil etwa die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses nicht rechtzeitig erfolgen kann, wird vermieden.
- b) Die Volksgemeinschaft ist bereits weitgehend vor der Schließung ungesunder Ehen geschützt, weil in Zweifelsfällen das Zeugnis schon jetzt beigebracht werden muß.

2. Der Standesbeamte hat, um eine Grundlage für die Entscheidung gemäß I zu gewinnen, die Verlobten vor der Eheschließung auch darüber zu befragen, ob ihnen Ehehindernisse nach dem Ehegesundheitsgesetz bekannt sind. Dabei hat er die Verlobten darauf hinzuweisen, daß sie sich durch wissentlich falsche Angaben strafbar machen. Vgl. unten III C.

- a) Die Erklärung der Verlobten, daß ihnen Ehehindernisse nach dem EhegesG. nicht bekannt seien, hat der Standesbeamte ohne besondere Nachprüfung als zutreffend anzusehen und demgemäß von der Anforderung eines Ehetauglichkeitszeugnisses Abstand zu nehmen.

Der Standesbeamte hat die für die Verlobten zuständigen Gesundheitsämter unverzüglich von der Bestellung des Aufgebots zu benachrichtigen. Jedes dieser Ämter hat dem Standesbeamten unverzüglich Mitteilung zu machen, falls es die Vorlegung eines Ehefähigkeitszeugnisses für zweckmäßig hält. Dann muß der Standesbeamte die Vorlegung dieses Zeugnisses verlangen. § 20 der 1. ABD. zum PStG. vom 19. V. 1938, vgl. auch § 7¹ der ErbpflegeBD.

- b) Können die Verlobten die Erklärung nicht abgeben oder sind dem Standesbeamten Tatsachen bekannt, die die Erklärung als unrichtig erscheinen lassen, so hat der Standesbeamte die Eheschließung von der Vorlegung eines Ehefähigkeitszeugnisses abhängig zu machen.

II. Durch den Krieg sind über diese Übergangsregelung hinaus noch weitere Vereinfachungen erforderlich geworden.

1. Auf Grund der ErbpflegeBD. gilt für die Kriegszeit folgendes:

- a) Untersuchungen auf Ehefähigkeit sollen im allgemeinen nicht stattfinden. § 6¹ E. 1 ErbpflegeBD.
b) Das Ehegesundheitszeugnis darf nicht mehr in jedem Falle des Vorliegens eines Eheverbotes nach § 1 EhegesG., sondern nur dann versagt werden, wenn besonders schwere Schäden für die Volksgesundheit oder die Reinheit des deutschen Blutes oder ein Verlust wertvollen Erbgutes zu befürchten ist. § 6¹ E. 3 der BD.
c) Eine Anrufung der Erbgesundheitsgerichte in Ehegesundheitsachen (oben B III) findet nicht mehr statt. § 7² der BD.

2. Besondere Erleichterungen gelten für den Fall der Kriegstraumung, d. h. wenn die Eheschließung ohne Aufgebot stattfindet, weil einer der Verlobten der Wehrmacht angehört oder zum Dienst in der Wehrmacht einberufen ist. In diesem Falle haben die Verlobten ihre Angaben über ihre ehegesundheitslichen Verhältnisse durch eidesstattliche Versicherung zu bekräftigen. Die Vorbringung eines Ehefähigkeitszeugnisses darf nicht verlangt werden. 2. ABD. zum PStG. vom 30. VIII. 1939, vgl. auch § 8 ErbpflegeBD.

III. Folgen des Verstosses gegen ein Eheverbot.

A. Nichtigkeit verbotswidrig geschlossener Ehen.

- I. Eine entgegen einem der Eheverbote des § 1 EhegesG. geschlossene Ehe ist in zwei Fällen nichtig:

1. Bei Erschleichung der Eheschließung durch die Verlobten. Im einzelnen ist erforderlich:

- a) Beide Verlobte müssen den untersuchenden Arzt, das Gesundheitsamt, das Erbgesundheitsgericht oder den Standesbeamten durch willentlich

falsche Angaben getäuscht haben. Eine von einem Verlobten ohne Wissen des anderen Verlobten verübte Täuschung macht also die Ehe nicht nichtig.

- b) Die verübte Täuschung muß ursächlich für die Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses oder für die Mitwirkung des Standesbeamten bei der Eheschließung geworden sein.

2. Wenn die Ehe zur Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossen ist. Diese Vorschrift war deshalb erforderlich, weil viele ausländische Staaten die Zulässigkeit der Eheschließung ausschließlich nach ihrem innerstaatlichen Eherecht beurteilen, also die Eheverbote nach § 1 EhegesG. auch bei deutschen Verlobten nicht beachten (Domizilprinzip).

- a) Die Gesetzesumgehung muß beabsichtigt sein. Hier genügt es im Gegensatz zu 1., wenn ein Verlobter in Umgehungsabsicht gehandelt hat; diese Frage ist allerdings streitig.

- b) Es genügt die Absicht der Gesetzesumgehung. Nicht erforderlich ist das Bewußtsein, daß ein Eheverbot vorliegt.

II. Die Nichtigkeit der Ehe kann nur im Wege der Nichtigkeitsklage geltend gemacht werden.

1. Die Nichtigkeitsklage kann nur von dem Staatsanwalt erhoben werden (§ 28 EheG.). Für das Verfahren gelten die Vorschriften der ZPO. über das Verfahren in Ehesachen. Vgl. Grundriß Bd. 6² E. 34.

2. Ist die Ehe rechtskräftig für nichtig erklärt, so wird sie mit rückwirkender Kraft als nichtig behandelt. Auf die Nichtigkeit kann sich jeder ohne weiteres berufen.

III. Die Ehe wird mit rückwirkender Kraft gültig, wenn das Eheverbot wegfällt, bevor die Ehe für nichtig erklärt ist.

3. B.: Der Ehegatte, der zur Zeit der Eheschließung an einer ansteckenden Krankheit litt, wird geheilt.

B. Aufhebbarkeit verbotswidrig geschlossener Ehen.

- I. Die Aufhebung verbotswidrig geschlossener Ehen richtet sich nach den Vorschriften des Ehegesetzes vom 6. VII. 1938. Danach ist zu unterscheiden:

1. War das Eheverbot bei Eingehung der Ehe beiden Ehegatten unbekannt, so kann der gesunde Ehegatte gemäß § 37 EheG. die Aufhebung der Ehe verlangen.

Denn nach dieser Vorschrift kann die Aufhebung einer Ehe von dem Ehegatten verlangt werden, der sich bei der Eheschließung über solche persönliche Eigenschaften des anderen Ehegatten getrrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eheschließung abgehalten hätten. Darunter fallen alle Umstände, die ein Eheverbot nach § 1 EhegesG. begründen.

2. War das Eheverbot nur dem Ehegatten bekannt, in dessen Person es begründet war, so kann der andere Ehegatte die Aufhebung der Ehe gemäß § 37 EheG. verlangen (vgl. oben 1). Daneben kann das Aufhebungsverlangen auch auf § 38 EheG. gestützt werden, wenn dem gesunden Ehegatten das Eheverbot arglistig verschwiegen worden ist.

War das Eheverbot nur dem gesunden Ehegatten bekannt, so kommt eine Aufhebung praktisch nicht in Betracht. Denn sie würde in jedem Fall eine arglistige Täuschung des kranken Ehegatten voraussetzen.

3. War das Eheverbot beiden Ehegatten bekannt, so kommt eine Aufhebung der Ehe nicht in Frage. In diesem Falle wird aber die Ehe vielfach gemäß A I nichtig sein.

II. Das Aufhebungsverlangen muß im Wege der Klage gegen den anderen Ehegatten geltend gemacht werden.

1. Die Ehe wird — wie bei einer Scheidung — mit der Rechtskraft des Aufhebungsurteils aufgelöst. Auch im übrigen hat die Aufhebung der Ehe die gleichen Wirkungen wie die Ehescheidung. §§ 34, 42 EheG., vgl. Näheres Heft 4⁴ S. 39.
2. Nach dem Tode eines Ehegatten ist die Aufhebung der Ehe nicht mehr möglich, da sie in diesem Falle schon durch den Tod aufgelöst ist.

C. Strafbarkeit der verbotswidrigen Eheschließung.

Die Erschließung einer verbotswidrigen Eheschließung (vgl. oben A I) wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. § 4 EhegesG.

I. Der Versuch ist strafbar.

II. Voraussetzung der Strafbarkeit des vollendeten Vergehens ist, daß die Ehe für nichtig erklärt ist.

IV. Befreiungen.

Von allen Vorschriften des Ehegesundheitsgesetzes können Befreiungen erteilt werden. Diese Möglichkeit ist vorgesehen, weil das Sach- und Rechtsgebiet, das durch das Gesetz geregelt ist, eine bewegliche Handhabung des Gesetzes zweckmäßig erscheinen läßt.

I. Auf Grund der DD. gelten zur Zeit folgende allgemeine Befreiungen:

1. Die Eheverbote nach § 1 EhegesG. stehen einer Eheschließung nicht entgegen, wenn die Ehe wegen lebensgefährlicher Erkrankung eines Verlobten ohne Aufgebot geschlossen werden darf. § 24 DD.

Der Standesbeamte hat darauf zu achten, daß diese Vorschrift nicht zu einer Umgehung des Gesetzes ausgenutzt wird. Die lebensgefährliche Erkrankung muß ärztlich bescheinigt werden.

2. Während der Dauer der Übergangsregelung (oben II C) darf der Standesbeamte, wenn auch nur einer der Verlobten seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, die Ausstellung des für die Eheschließung im Ausland benötigten Ehesfähigkeitszeugnisses nicht von der Beibringung eines Ehefähigkeitszeugnisses abhängig machen. § 27 DD.

II. Eine Befreiung im Einzelfalle kann erteilen:

1. Der Reichsminister des Innern von jeder Vorschrift des EhegesG. Er kann diese Befugnis an andere Stellen übertragen.
2. Die höhere Verwaltungsbehörde (Regierungspräsident). Sie kann aber Befreiungen nur von den Eheverboten und von der Pflicht zur Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses gewähren und ist dabei an Richtlinien gebunden, die der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit der Parteikanzlei erläßt.

Gegen die Ablehnung eines Befreiungsantrages ist die Beschwerde an den Reichsminister des Innern zulässig.

Sachverzeichnis.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Absonderung 109.
Abwidler 62.
Abstammungsnachweis 20, 34.
Alkoholismus 96.
Amtsarzt, Antragspflicht 94.
angeschlossene Verbände 23.
Ankaufsstelle für Kulturgut 76.
Anmeldung des jüdischen Vermögens 71.
Anstalten, jüdische 85.
Anstaltsunterbringung Erbtrauer 109.
ansteckende Krankheit, Eheverbot 115.
Antrag auf Unfruchtbarmachung 99.
Anzeigepflicht bei Erbkrankheit 92.
Apotheker 47.

Arbeitsdienst 25.
arische Abstammung 19.
Arisierung 65.
artfremdes Blut 5, 18.
— Eheverbot 55.
artverwandte Rassen 5, 18.
Arzt 37.
ärztliches Pflegepersonal 47.
Aufsichtsrat 60.
Ausgleichszahlung 69.
Auskunftserteilung, Ausschluß d. Juden 62.
Auslese 92.
Ausstellungen 63.
Auswanderung 9, 13.

Bauer 36.
Beamte 33.
Befreiung 17, 125.
Beratungsstelle 119.
Vereinigung aller Schulen 65.
Berufe 36.
Beschäftigungsverbot 57.
Bestallung als Arzt, Erlöschen bei Juden 38.
Bewachungsgewerbe, Ausschluß der Juden 62.
Bestellkontore 61.
Betriebsführer 64.
Blindheit 96.
Blutschußgesetz 49.
Blutmischung 6.
Börsebesuch, Ausschluß der Juden 63.
Bücherrevisoren 48.

D.N.F. 24.
Deutschbürtigkeit 18.
deutsche Abstammung 18.
Deutsches Beamtengesetz 34.

Ehegesundheit 112.
Ehegesundheitsgesetz 113.
Ehefähigkeitszeugnis 118.
Eheverbot wegen ansteckender Krankheit 115.
— wegen artfremden Blutes 55.
— wegen Entmündigung 116.
— wegen Erbkrankheit 114.
— wegen Geistesstörung 117.
— wegen jüdischen Bluteinschlags 50.
Einbürgerung, unerwünschte 28.
Einzelhandelsverkaufsstellen 61.
Entjüdung der Gewerbebetriebe 65.
Entmannung 106.
Entmündigung, Eheverbot 106.
Erbanlagen 5.
Erbgesundheitsgesetz 91.
Erbgesundheitsgerichte 98.
Erbhof 34, 36.
Erbkrankheit 95.
— Eheverbot 114.
erblich Minderwertige 91.
Erbpflege 91.
Erschleichung der Eheheiratung 122.

Fallsucht 96.
Familiennamen der Juden 80.
Flaggenverbot für Juden 32.
Fortpflanzung Erbkranker, Verhütung 91.
freiwillige Entmannung 107.
Fremdenführergewerbe 63.
Fürsorgewesen 84.

Geistesstörung, Eheverbot 117.
Genehmigung bei Veräußerung 65, 73, 75, 77.
Genossenschaften 65.
Geschlechtsverkehr, verbotener 56.
Gesundheitsgefährdung der Nachkommen 97.
Gesundheitspflege, Hilfskräfte 48.
Gewerbebetrieb, jüdischer 59.
Gewohnheitsverbrecher 111.
Ghetto 89.
Gliederungen der M.E.D.N.F. 21.
Großeltern, Rassezugehörigkeit 14.
Grundbesitz, jüdischer 72.
Grundstückshandel 62.

Halbjuden 16.
Handwerk 62.
Hausangestellte 57.
Hebammen 48.
Heilkunde, Verbot für Juden 39.
Heiratsvermittlung 63.
Helfer in Steuerfachen 48.
Hilfskräfte in der Gesundheitspflege 48.
H.J. 21.

Jagdschein 78.
Juden 11.
— als leitende Angestellte 64.
— Begriffsbestimmung 14.
— Eheverbote 50.
— Gewerbebetriebe 59.
— Namensrecht 80.
— Religionsgemeinschaft 15.
— Vermögen, Anmeldung usw. 71.
— Vermögensabgabe 77.
— Waffenbesitz 78.
Judenbann 78.
Judenfrage 11.
Judenvermögensabgabe 77.
jüdische Gewerbebetriebe 59.
— Kultusvereinigungen 85.
— Mischlinge 16.
jüdischer Konsulent 41.
Juwelen 75.

Kapitalbeteiligung, jüdische 60.
Kastration 106.
Kennkarte 79.
Kenntlichmachung jüdischer Gewerbebetriebe 64.
Konsulent, jüdischer 41.
Kontributionen 77.
Kraftfahrzeuge 78.
Krankentassen 38.
Krankenschwester 47.
Kriegstraumung 51, 122.

Kriegsvorschriften auf dem Gebiete der
Erbpflege 105, 122.
Kultusvereinigungen 85.
Kündigung von Mietverhältnissen 88.
Kunstgegenstände 74.

Legitimationskarten 63.
liberale Staatsauffassung 26.
Luftschuß 25.

Marktbesuch 63.
Masseur 48.
Mendelsche Gesetze 5.
Messen 63.
Mischchen 13.
— Verbote 50.
Mietverhältnisse mit Juden 87.
Mischlinge, Begriffsbestimmung 16.
— Eheheiratung 51.
— Grade 16.
Mischlingsfrage 13.
Mischbildungen 96.
Munitionsherstellung 63.

Nachprüfung der Entjüdungsgeschäfte 69.
Namensrecht der Juden 80.
Nationalsozialismus 7, 26, 50, 92.
Neueröffnung jüdischer Betriebe 70.
nichtige Ehen 52, 122.
nordisches Rassegut 12.
Notare 43.
N.E.D.N.F. 21.
N.E.N.F. 22.
N.E.-Ärztebund 23.
— Bund deutscher Technik 24.
— Dozentenbund 23.
— Frauenschaft 23.
— Kriegsofferversorgung 24.
— Lehrerbund 23.
— Rechtswahrerbund 23.
— Studentenbund 23.
— Volkswohlfahrt 24.

Öffentliche Ämter 32, 35.
Öffentliche Aufträge 64.
Öffentliche Fürsorge für Juden 84.
Öffentlich-rechtliche Körperschaften 35.
Östmark 31.
— Beamte 33.
— Vereinigung des Beamtentums 33.
— Beschäftigungsverbot 57.
— Blutschußgesetz 49.
— Erbkrankengesetz 95.
— Reichsbürgerrecht 31.

Paßwesen 79.
Patentanwalt 43.
Pflegepersonal 47.
Pflichtteilsentziehung 55.
politische Rechte, Ausübung 26.
polizeirechtliche Vorschriften für Juden 77.
Postwurfsendungen 64.
Privatschulen, jüdische 84.

Rasse, Begriff 5.
Rassenfrage in Deutschland 11.
Rassenmischung 6.
— Verhütung 49.
rassenpolitische Forderungen 9.
Rassenschande 56.
Rassenschutzesetzgebung, Grundlagen 10.
Rechtsanwalt 40.
Rechtskonsulent 48.
Reichsarbeitsdienst 25.
Reichsbund deutscher Beamter 24.
Reichsbürger, Reichsbürgerbrief 28.
Reichsbürgergesetz 27.
— Bedeutung 29.
Reichskulturkammer 44.
Reichsnährstand 37.
Reichspressekammer 44.
Reichsvereinigung der Juden 81.
Reinheit des Blutes, Anforderungen 19.

S.N. 21.
Schiedsrichter 35.
Schizophrenie 96.
Schmutz 75.
Schöffen 35.
Schriftleiter 45.
Schulen, jüdische 83.
Schußwaffenherstellung 63.
Schwachsinn 96.
Schwangerschaftsunterbrechung 104, 108.
Sittlichkeitsverbrecher 107, 111.
44 21.
Staatsangehörigkeit 7, 28.
Stadthausierheine 63.
Stand 36.
Sterilisation 92.
Steuerberater 48.
Stiftungen, jüdische 85.
Synagogengemeinden 85.

Taubheit 96.
Technik der Unfruchtbarmachung 103.
Tierarzt 46.
Treuhänder 68.

Unfruchtbarmachung, Begriff 92.
— Durchführung 102.
— sachliche Voraussetzungen 95.
— Verfahren der Anordnung 98.

Unterbringung von Verbrechern 110.
Untermietverträge 90.

Zeitsatz 96.
Veräußerung jüdischer Betriebe 65.
verbotene Ehen 50, 114.
— Gewerbebetriebe für Juden 61.
Vereine, jüdische 82.
Vererbung 5.
Verfahren auf Unfruchtbarmachung 98.
Verhütung erbkranken Nachwuchses 91.
Vermittlungsagenten 62.
Vermögen, jüdisches 71.
— Ermittlung 71.
Vermögen, Einsatz 72.
Vermögensabgabe 77.
Vermutung für Rassezugehörigkeit der
Großeltern 15.
Verwandtschaften 61.
Verjährung jüdischer Betriebe 61.
Versteigerergewerbe 63.
Vertragshilfe 65.
Verzeichnis der jüdischen Betriebe 61.
Vierteljuden 16.
Volk 6, 26.
Vollständigkeit 18.
Vollschulen 83.
vorläufiges Reichsbürgerrecht 29.

Vorname der Juden 80.
Vorstand der Handelsgesellschaften 60.

Waffenbesitz 78.
Wandergewerbescheine 63.
Wehrdienst 24.
Weibliche Hausangestellte 57.
Wertpapierbesitz 74.
Wiederherstellung des Berufsbeamten-
tums 33.
Wirtschaft, Ausschaltung der Juden 58.
Wirtschaftsprüfer 48.
Wohlfahrtspflege, jüdische 84.

Zahnarzt 46.
Zeichen der jüdischen Betriebe 64.
zerstörende Wirkung des Judentums 13.
zirkuläres Erreifein 96.
Zulassung zur Rechtsanwaltschaft 41.
Zwangsweise Entmannung 106.
— Veräußerung jüdischer Gewerbebe-
triebe 67.
— Veräußerung jüdischer Grundstücke 74.
— Veräußerung jüdischer Wertpapiere 75.
— Veräußerung sonstigen jüdischen Ver-
mögens 76.
Zweigniederlassung, jüdische 60.

Seeben erschien im Verlage W. Kohlhammer, Abteilung Schaeffer, Leipzig C 1

Schaeffers Neugestaltung von Recht und Wirtschaft
32. Heft 1. Teil, 2. Teil

**321 Geschichte des Deutschen Bauernrechts und
des Deutschen Bauerntums**

von Dr. Johann von Leers, o. ö. Professor an der Universität Jena.
3. durchgesehene und ergänzte Auflage. 72 Seiten. Kartontiert 1,50 M.

322 Deutsches Bauernrecht

von Dr. H. Merkel, Präsidenten der Studiengesellschaft für Deutsche
Wirtschaftsordnung, Berlin und Dr. D. Wöhrmann, Oberlandes- und
Erbbhofgerichtsrat in Celle. 4. teilweise umgearbeitete Auflage. 136 Seiten.
Kartontiert 2,80 M.

Schaeffers „Abriß aus Kultur und Geschichte“

Herausgegeben von Oberlandesgerichtsrat a. D. E. Schaeffer, Düsseldorf

Mitglied der Akademie für Deutsches Recht

Heft	Heft kartontiert M	Heft	Heft kartontiert M
1. Abriß der Germanischen Vorgeschichte. In Vorbereitung.		6. Abriß der Deutschen Geschichte von 1792 bis 1940 (Von der Französischen Revolution bis zum Großdeutschen Reich). 6. Auflage	1,80
2. Abriß der Germanischen Geschichte (Vom Römernzug bis zu Karl dem Großen). 1. Aufl. Frühjahr 1942 etwa		7. Abriß der Antiken Geschichte (griechisch- römische Geschichte). In Vorbereitung.	
3. Abriß der Deutschen Kaiser Geschichte (900 bis 1250). (Deutsche Volkwerdung im Mittelalter.) 2. Auflage	1,80	8. Abriß der Kolonialkunde In Vorbereitung.	
4. Abriß der Deutschen Geschichte von 1250 bis 1648 (Vom Untergang der Staufer bis zum Westfäl. Frieden). Erscheint 1942.		9. Abriß der Auslandskunde. In Vorbereitung.	
5. Abriß der Deutschen Geschichte von 1648 bis 1792 (Vom Westfälischen Frieden bis zur Französi. Revolution). 4. Aufl. 1,50	1,50	10. Abriß der Germanischen Völkerver- hältnisse. 1. Auflage	1,50
		Weitere Hefte in Vorbereitung.	

Eine vortreffliche Handhabe, ein meisterlich durchdachtes Hilfsmittel. Geradezu spielend erwirbt man sich damit ein geistiges Besitztum, das für die richtige Beurteilung der politischen Situationen von unschätzbbarer Bedeutung ist. Wer die wohlfeile gesamte Reihe der Schaeffer-Abrisse besitzt, hat ein hochwertiges Nachschlagebuch in vielen wichtigen Fragen zur Hand. Hier wird im besten Sinne lebendiges und praktisches Wissen ohne jeden ver-
schwendenden Ballast vermittelt. (Harburger Anzeiger)

Die wesentliche Arbeit bei diesem Abriß ist die Auswahl des besonders Wichtigen und Kennzeichnenden und seine übersichtliche Anordnung durch zweckmäßige Textgestaltung. Die Fälle der Tatsachen aus der politischen, der geistigen und der Kultur- und Wirtschafts-
geschichte in eine knappe und doch inhaltsreiche Form zu gießen, ist dem Verfasser im vollen Maße gelungen (Heft 5). (Reichswaltung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes)

(Aus dem Verlag W. Kohlhammer, Abteilung Schaeffer, Leipzig C 1)

Schoeffler, Neugestaltung von Recht und Wirtschaft

Seit
Seit letztem M

- 1 Das Reich im Nationalsozialistischen Weltbild. 5. Aufl. 1940 2,25
- 2 Das Recht im Nationalsozialistischen Weltbild. Grundzüge des Deutschen Rechts. 4. Auflage in Vorbereitung.
- 3 Grundzüge des Nationalsozialistischen Rechtslehre. 2. Aufl. 1941 1,40
- 4 Das neue Ehrenrecht für Großdeutsches Reich. 2. Aufl. 1941 2,15
- 5 Erb- u. Familienrecht. In Vorbereitung.
- 6 Rassen- und Erbsorge in der Gesetzgebung des Reiches. 3. Aufl. 1942 2,50
- 7 Strafrecht.
Allgemeiner Teil. 8. Aufl. 1941 2,70
- 8 Besonderer Teil. 7. Aufl. 1941 3,40
- 10 Jugendrecht. In Vorbereitung.
- 11 Grundriß des Deutschen Wohlfahrts-
pflege. 2. Aufl. 1942 etwa 8,00
- 12 Wettbewerbsrecht und Neues Waren-
zeichenrecht. 1. Aufl. 1937 1,50
- 13 Neues Patentrecht u. Neues Marken-
recht. Nach Grundzügen des Ur-
heberrechts. 1. Aufl. 1938. Mit Einl. 1,80
- 13 Neues Staatsrecht I. Der Neue Staats-
aufbau. 16. Aufl. 1941 3,30
- 13 Neues Staatsrecht II. Die Errichtung d.
Großdeutschen Reiches. 15. Aufl. 1941 2,10
- 13 Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom
Germanischen Volksstaat bis zum
Großdeutschen Reich. 8. Aufl. 1942 3,50
- 13 Der Staatsaufbau des Deutschen Reiches.
In system. Darstellung. 1. Aufl. 1942 etwa 1,00
- 14 Verwaltungsrecht. 6. Aufl. 1942 2,30
- 14 Neues Gemeindeverwaltungsrecht. Mit einer Dar-
stellung der Gemeindeverbände. 1. Aufl.
1941 2,10
- 14 Steuerrecht. 4. Aufl. 1941 3,00
- 14 Rechtspolizei. 8. Aufl. 1942 2,80
- 14 Neues Strafrecht für Großdeutsches
Reich. 5. Aufl. 1941 2,40
- 14 Öffentliches Hausrecht in Reich,
Ländern und Gemeinden. 2. Aufl. 1941 2,80

Seit
Seit letztem M

- 14 Gewerbeamt. In Vorbereitung.
- 15 Einführung in die Allgemeine Volkswirtschaftslehre. In Vorbereitung.
- 15 Geschichte der Volkswirtschaftlichen
Lehrmeinungen. In Vorbereitung.
- 15 Grundzüge der neuen Deutschen Wirt-
schaftsordnung. 2. Aufl. 1941 3,95
(Siehe auch „Neugestaltung“ Seite 10).
- 16 Preisrecht und Preisordnung.
1. Aufl. 1942 4,80
- 18 Betriebswirtschaftslehre.
Erscheint 1942.
- 18 Einführung in die Buchhaltung.
In Vorbereitung.
- 18 Grundriß der Buchhaltungslehre.
8. Aufl. 1941 2,10
- 18 Bilanzrecht. In Vorbereitung.
- 18 Grundriß der Kostenrechnung.
In Vorbereitung.
- 19 Arbeitsrecht I. Grundlagen u. Wesen
des Arbeitsrechts. 8. Aufl. 1942 1,50
- 19 Arbeitsrecht II. Die gesetzliche Rege-
lung des Arbeitsrechts. 8. Aufl. 1941 3,30
- 20 Handbuch der Wirtschaft. 1. Teil:
Deutsches Reich. 3. Aufl. 1942 1,80
- 22 Geschichte des Deutschen Bankrechts
und des Deutschen Bankwesens.
3. Aufl. 1942 1,50
- 22 Deutsches Bankrecht. 4. Aufl. 1942 2,80
- 22 Agrarpolitik. 1. Aufl. 1942 2,40
- 35 Aufgabe u. Aufbau des Reichsarbeits-
dienstes. 8. Aufl. 1942 1,00
- 40 Die Reichsverteidigung (Wehrrecht).
1. Aufl. 1940 1,00
- 40 Die Kriegswirtschaft. 1. Aufl. 1940 1,50
(Siehe auch „Neugestaltung“ Seite 15).
- 40 Strafrechtslehre seit Kriegsbe-
ginn. 1. Aufl. 1940 1,50
(Siehe auch „Grundriß“ Band 10).

* Die neuesten Kriegsverordnungen werden, wie bisher, laufend in Nachträgen beibehalten und den Schoeffler-Verlagen, soweit möglich, ohne Preisverhöhung beigegeben.